Dienstag, den 21. August 1928 — Einzelnummer 10 Pfennig — 39. Jahrgang — Nr. 196

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn = 0,50 Rmk., monatlich 1,75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2,10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 3852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: 1 Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 6 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Gegen den Panzerkreuzer

Die Stellungnahme der Breslauer Parteifunktionäre

Mit aller Entschiedenheit haben unsere Breslauer Parteifunktionäre gestern im großen Saale des Gewerkschaftshauses dagegen Stellung genommen, daß unsere Genossen in der Regierung ihre Zustimmung dazu gegeben haben, daß der Beschluß der Bürgerblockregierung und des Bürgerblockreichstages über den Bau eines Panzerkreuzers ausgeführt wird. Scharfe Worte sind gesprochen worden und eine scharfe Entschließung ist gegen eine sehr geringe Minderheit angenommen worden.

Parteivorsitzender Genosse Dr. **Eckstein** eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis, daß ihre Abhaltung schon vor vier Wochen beschlossen wurde, um die Lage im Reiche nach den Wahlen zu besprechen. Damals wußte man noch nicht, daß die Partei durch die Genossen in der Regierung in eine Krise gestoßen werden würde, wie wir sie seit dem August 1914 schwerer nicht mehr gehabt haben. Als Redner war

Reichstagsabgeordneter Genosse Mache

zur Stelle, der etwa folgendes ausführte:

Der Beschluß des Reichskabinetts, dem unsere Genossen zugestimmt haben, hat uns alle auf das tiefste bewegt und aufgewühlt. Als wir am Abend des 20. Mai die Wahlresultate erhielten, wußten wir, daß wir einen großen Zuwachs an Stimmen und Mandaten errungen hatten, daß der Sieg aber unbefriedigend war. Unsere Gegner hatten starke Verluste erlitten, aber nicht so starke Verluste, daß sie mattgesetzt gewesen wären. Die Stimmen der Deutschnationalen sind von 6,2 auf 4,4 Millionen zurückgegangen, dafür aber hatten sich neue Splittergruppen gebildet. Die christlichnationale Bauernpartei und die reaktionäre Mittelstandspartei haben die Stimmen der Deutschnationalen zum großen Teile aufgefangen. Die Sozialdemokratie war stärker als die beiden nächststarken Parteien, als Deutschnationale und Zentrum zusammen. So war damit zu rechnen, daß uns der Auftrag zur Bildung der Regierung zufallen würde. Unser Vormarsch hat nun die Gegner, auch diejenigen, mit denen wir es als Partner zu tun haben, stark zusammengeschweißt. Alle sind sich einig in der Abwehr unserer Bestrebungen, die privatkapitalistische Profitwirtschaft zu beschneiden. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung waren deshalb überaus schwierig. Es ist die Meinung vertreten, bei so geringem Entgegenkommen hätten wir das Regieren den anderen überlassen sollen. (Sehr richtig!) Aber da drängt sich die Frage auf, ob eine bürgerliche Regierung zustande gekommen wäre. Ich halte das für ausgeschlossen. Bei der Gefahr, keine Regierung zustande zu bringen, wäre der demokratisch-republikanische Staat in Mißkredit geraten. Neue Wahlen hätten sicher nur eine ganz geringe Verschiebung der Mandate gebracht, und die Argumente der Gegner für die Diktatur wären gestärkt worden. Am 29. Juni glückte die Regierungsbildung ohne Fraktionsbindung, *aber wir wollen heute sicher alle Minister mit Fraktionsbindung.* Nur mit schwerem Herzen und ohne Illusionen hat die Mehrheit damals dem Experiment zugestimmt, dessen Gefahren wir fühlten. Immerhin sind in den wenigen Sitzungen des Reichstages ein paar kleine Erfolge erzielt worden. Zunächst die Veränderung, daß die *Krisenfürsorge* bei den mehr als Vierzigjährigen auf 52 Wochen ausgedehnt wird. (Zurufe.) Die Großstädter merken davon nicht viel, denn hier hatten die Wohlfahrtsämter die Last der bis dahin mangelnden Krisenfürsorge bereits übernommen, aber draußen ist es anders. Die Erweiterung der Krisenfürsorge ganz allgemein von 26 auf 39 Wochen haben wir noch nicht, aber sie soll im September kommen. Eine Reihe weiterer Gruppen soll ebenfalls noch in die Krisenfürsorge einbezogen werden. Dann die allerdings auch nicht sehr erhebliche *Senkung der Lohnsteuer.* (Zurufe.) Wir haben uns manchmal in den Kommunen und in der Provinz über noch geringere Erfolge gefreut. Der geringe Erfolg bei der Lohnsteuer ist nur nach hartem Ringen im Steuerausschuß des Reichstages erreicht worden. Und wenn der Erfolg auch nur gering ist, zeigt er doch einen entgegengesetzten Kurs als bisher, wo die Lohnempfänger immer schwerer belastet und der Besitz entlastet wurde. Der Ausfall bei der Lohnsteuer beträgt 130 Millionen. Das nächste war *die Amnestie.* Wir haben dann eine Reihe von Initiativanträgen eingebracht, die die Abschaffung der Todesstrafe, Eherecht, Kinderrecht, Hausangestelltenrecht, Berufsausbildung, Wöchnerinnenfürsorge usw. betrafen. Die Anträge sind in der üblichen Weise vor der Verabschiedung in den Ausschuß gegangen. Wir haben keine Agitationsanträge gestellt, sondern sind an die praktische Arbeit herangegangen. Im Auswärtigen Ausschuß ist die *Unterzeichnung des Kellogg-Paktes* erreicht worden. *Gescheitert ist der 11. August als Nationalfeiertag.* (Zurufe.) Das beleuchtet die Situation und zeigt, daß keine Koalition vorhanden ist. Die sehr bescheidenen Erfolge sind nur in schwierigem und mühsamen Vordringen erreicht worden. (Zurufe.) Wir werden ja sehen, was sich unter den gegebenen Verhältnissen trotz stärkerer Position auf dem Breslauer Rathause von unseren Wünschen verwirklichen lassen wird.

Und nun kam plötzlich der betäubende Keulenschlag aus den eigenen Reihen. Löbe zeigte mir auf der Heimfahrt von Brüssel die Nachricht vom Panzerkreuzer in einer Kölnischen Zeitung. Wir waren beide sprachlos und fragten uns, wie so etwas möglich sei. In der Reichstagsfraktion ist zwar kein Beschluß gefaßt worden, bei den Besprechungen aber war *die Fraktion doch mindestens zu 90 Prozent gegen den Bau.* Der Redner verweist auf die unseren Lesern bekannte Begründung Hermann Müllers, *der er in keinem Falle zustimmt.* Parteivorstand und Fraktion haben sofort Stellung genommen, und gegenüber dem Verhalten der Genossen in der Regierung ihre Mißbilligung ausgesprochen. Das war *eine sehr starke Desavouierung* vor der Oeffentlichkeit. Der *Parteiausschuß* hat inzwischen gesprochen und entschieden, *daß die Fraktion jede weitere Rate ablehnen muß.* Zwar sind auf diese Weise 9 Millionen verpulvert, aber es ist besser als wenn 78 Millionen verpulvert werden. Der Parteiausschuß beschäftigte sich dann mit der Frage der *Einberufung eines besonderen Parteitages,* die ich für notwendig halte, doch wurde sie mit 26 gegen 6 Stimmen *abgelehnt.* Eine Entschließung mißbilligt die Haltung der Genossen in der Regierung, hält aber ihren Rücktritt nicht für geboten. Der Rücktritt würde bedeuten, daß die Regierung auffliegt und Neuwahlen erfolgen müssen. (Zurufe.) Mit dieser Belastung würden wir jetzt eine Wahlniederlage erleiden, und weil vier Genossen einen Fehler gemacht haben, braucht die Partei doch nicht einen noch größeren Fehler zu machen. Wir in Schlesien haben das größte Interesse, daß endlich der *deutsch-polnische Handelsvertrag* zustande kommt; er ist in Frage gestellt, wenn jetzt die Regierung auffliegt und neue Wahlen uns schwächen.

Es ist begreiflich, daß die Genossen im Lande erregt sind. Wir leiden alle darunter, daß die augenblicklichen Angriffe der Gegner berechtigt sind. Die *Hetze der Kommunisten* steht freilich auf einem anderen Blatt. *Ihre Moskauer Geldgeber haben an Deutschland Granaten geliefert. In ihrem Lande wird mehr gerüstet als in Deutschland.* Die Leute, die von einem neuen Kriege ihr Heil erwarten, haben kein Recht zu schreien. Die *Deutschnationalen* suchen auch Vorteile aus der Situation zu ziehen, indem sie ihr *Verbrechen an den Sparern* in Vergessenheit bringen wollen. Bei uns ist die Partei gegen ihre Minister, *die Deutschnationalen aber haben als Partei den Betrug an ihren Wählern verübt.*

Die Situation ist außerordentlich schwer für unsere aufopferungsvollen Genossen, die jetzt unter dem leiden müssen, was vier Männer in einem gar nicht scharf genug zu verurteilenden Irrtum begangen haben. Die Partei hat im Laufe der Jahrzehnte allerdings manchen inneren Streit ertragen müssen, aber wir haben in Treue zu ihr und zum Sozialismus doch weiter zueinander gestanden. Notwendig ist eine scharfe Kontrolle auch unserer eigenen Fehler. *Das Interesse der Arbeiterklasse gebietet, daß wir weiter treu zusammenstehen.* In nicht zu ferner Zeit kommen neue Wahlen, bei der wir die ungeschickte Handlung der vier wieder gut machen wollen.

Vorsitzender Genosse Dr. Eckstein unterbreitet der Versammlung zur Aussprache noch folgende Entschließung und sagt, *die Einberufung eines Parteitages muß das Ziel haben, die heutige Führung der Partei zu ändern.* Ein Kanzler, der so etwas tut, kann nicht Parteivorsitzender sein.

Entschließung

„Die Art des Zustandekommens der gegenwärtigen Reichsregierung hatte bei der Breslauer Sozialdemokratie, die eine Reihe von Forderungen für die Teilnahme an der Regierung aufgestellt und die Einberufung eines Parteitages verlangt hatte, die stärksten Bedenken ausgelöst. Die schlimmsten Befürchtungen sind durch die Entscheidung des Kabinetts in der Panzerkreuzerfrage übertroffen worden.

Nunmehr hat die Partei jede Verantwortung für die Handlungen des gegenwärtig amtierenden Kabinetts abzulehnen.

Die Funktionäre der Breslauer Sozialdemokratie drücken den Mitgliedern des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion, die für den Austritt aus der Reichsregierung gestimmt haben, ihr besonderes Vertrauen aus. Sie halten die Forderung auf Zurückziehung der sozialdemokratischen Minister weiter aufrecht. Sie erklären ausdrücklich, daß sie Solidarität mit ihren Handlungen nicht üben werden.

Die Funktionäre der Breslauer Sozialdemokratischen Partei halten die Einberufung eines Parteitages mit zahlreichen Genossen im Reiche, insbesondere in Sachsen, für notwendig und erwarten, daß der hiesige Bezirksvorstand weiter, wie bisher, auf die Einberufung des Parteitages drängt."

Die Aussprache

Genosse **Seewald:** Außer den von Genossen Mache angeführten Dingen gibt es noch manches andere, was mir nicht gefällt. So kann ich es als Arbeitersportler nicht verstehen, daß drei sozialdemokratische Minister im Ehrenausschuß zum Deutschen Turnfest waren, und wie Genosse Severing sagen konnte, die Zukunft ruht auf der deutschen Turnerschaft. Ich konnte es auch nicht verstehen, wie Genosse Löbe in Wien vor schwarz-weiß-roten Sängern eine so schwungvolle Rede halten konnte. Mit der Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers ist eine so schlimme Parteischädigung bewirkt, daß wir sagen können: Ihr braucht zwar aus der Regierung nicht auszutreten, aber aus der Partei werdet Ihr ausgeschlossen. *Wenn ein kleiner Funktionär auch nur den tausendsten Teil von solchem Schaden angerichtet hätte, wäre er sicher ausgeschlossen worden.*

Genosse Dr. **Marck:** Die Parteigeschichte wird später einmal urteilen, die Partei hat im Mai 1928 nach Rückschlägen ihren neuen Vormarsch angetreten, da wurde ihre Front von vier Männern von hinten erdolcht. Manche glauben, die Fraktion sei unschuldig, aber ich sehe hier keinen Zufall, sondern *eine logische Folge des Zusammenwirkens von Umständen.* Im Reiche wurden für die Beteiligung an der Regierung Bedingungen gestellt, *in Berlin aber hat man sich um unsere Forderungen nicht gekümmert. Die Fraktion hat Bindungen für die Minister abgelehnt.* Ich sehe in der Zustimmung zum Panzerkreuzerbau den Ausfluß einer gewissen Gesinnung. Hermann Müller hat die Koalitionspolitik als den Ausfluß der Versöhnung bezeichnet, und Hilferding sagte auf dem Parteitage in Kiel, man dürfe nicht immer fragen, wie sage ichs meinen Funktionären? Jetzt wird man vielleicht vom Kreuzer A weiter buchstabieren bis zum D. Das Mißtrauen ist berechtigt. Man könnte einen Fehler, auch wenn es ein sehr großer Fehler ist, noch hinnehmen, wenn es nicht der Weg der großen Koalition wäre, wenn es nicht noch schlimmer kommen könnte. In kleinen taktischen Fragen können Fehler vorkommen, *bei der Rüstungspolitik aber handelt es sich um ein System.* Man will die Partei auf eine Linie drängen, die zu 1914 geführt hat. Was können wir tun, außer mit der Annahme von Resolutionen? *Wir müssen in der Führung der Partei einen Umschwung herbeiführen.* Ein Parteitag muß diese Aenderung herbeiführen, damit solche Fehler in Zukunft vermieden werden

Genosse **Dziubale:** Die Hauptschuld liegt am Listensystem. Wenn sich jeder Genosse seinen Wahlkreis selbst erobern müßte, würden solche Fehler nicht vorkommen. Wir seufzen unter der Last der Reparationen und nun werden wir mit dem Panzerkreuzer belastet. Vor Neuwahlen durften die Genossen nicht zurückschrecken, denn sie werden so wie so bald kommen.

Genosse **Krumschmidt:** Von Hermann Müller kann ich nicht glauben, daß nur ein Irrtum vorliegt. Er hat vorher ein Telegramm an den Reichspräsidenten aus Anlaß der Geburt eines Enkels geschickt, worin er sich im Geschmack vollkommen verirrt hat. Die „Volkswacht" hat das Telegramm nicht gebracht, wohl weil es ihr gar zu dumm vorkam. Man appelliert an unsere Disziplin, aber wenn ein solches Spiel getrieben wird, müssen wir den anderen zeigen, wo die Grenzen der Disziplin liegen.

Vorsitzender **Dr. Eckstein:** Hindenburg wird nächstens nach Breslau kommen. Hierzu ist aus der Mitte der Versammlung folgende Entschließung eingegangen:

„Die Funktionäre beauftragen die Genossen in den städtischen Körperschaften, etwa angeforderte Mittel für den Empfang Hindenburgs im September abzulehnen.

Eine Teilnahme von Parteigenossen an etwaigen Feierlichkeiten anläßlich seiner Anwesenheit ist unstatthaft."

Genosse **Winzer:** Ueber die Verurteilung der Handlung sind wir wohl einer Meinung, aber geteilt sind unsere Meinungen über das, was zu geschehen hat. Wenn wir uns auch alle so verbittern, wie Krumschmidt, so müssen wir die Dinge am Ende doch wieder selbst ausbaden. Wir sind uns einig, daß wir kein Heer und keine Marine brauchen, aber die Panzerkreuzerfrage machte doch bei der Regierungsbildung solche Schwierigkeiten, daß sie aus den Verhandlungen ausgeschieden wurde. Wir haben eine Million Mitglieder, aber neun Millionen Stimmen erreicht. Die acht Millionen Stimmen kamen von Leuten, die durch uns besser regiert sein wollen als durch den Bürgerblock. Wenn Seewald kurzerhand den Ausschluß aus der Partei empfiehlt, so müssen wir über die Dinge doch etwas leidenschaftsloser diskutieren. Wir können nicht annehmen, daß Genossen, die dreißig Jahre an verantwortlicher Stelle gestanden haben, die Partei schädigen wollten. Ein Parteitag ist notwendig zur nötigen Klärung. Im übrigen haben wir selbst vor unserer Tür zu kehren. Leute aus anderen Parteien geht das gar nichts an.

Genosse **Schramm:** Ich muß Dr. Marck sachlich recht geben. In der Partei herrscht oben Krankheit und unten Gesundheit. Es gibt keine parlamentarischen Worte, um das Verhalten der regierenden Genossen richtig zu bezeichnen. Man denke doch nur an das Wort Hermann Müllers über verlogene Parolen im Wahlkampf. Wir wollen keine Lügner sein, eine Führergruppe hält nur nicht, was wir wollen. Solches Verhalten wächst nicht auf dem gesunden Boden unserer Partei, sondern durch den Kunstdünger der Koalitionspolitik und des Opportunismus. Die Presse darf auch nicht Fehler im eigenen Lager durch Hinweise auf Rußland zu verkleinern versuchen. Das Problem von Masse und Führern taucht vor uns auf. Der kleine Mann hat kein

Die Wirkungen der Amnestie in Preußen

1005 politische Uebeltäter begnadigt

Amtlich wird mitgeteilt: Für den *Bereich der preußischen Justizverwaltung* liegen jetzt die *vorläufigen Ergebnisse* des Reichsgesetzes über Straffreiheit vom 14. Juli 1928 (RGBl. I, S. 195) vor. Insgesamt sind die Wohltaten des Gesetzes in Preußen bis zum 1. August 1928 *1560 Beschuldigten und Verurteilten* zugute gekommen. Gegen 436 Beschuldigte ist das Verfahren eingestellt worden. 1124 *Verurteilten ist Straferlaß oder Strafmilderung zuteil geworden.* Von den letzteren waren 296 zu Geldstrafe oder Haft, 694 zu Gefängnis, 3 zu Festungshaft, 117 zu Zuchthaus und 14 *zum Tode verurteilt.* Unter den erlassenen oder gemilderten Gefängnisstrafen befinden sich 895 Strafen bis zur Dauer von 3 Monaten, 242 von mehr als 3 Monaten bis zu einem Jahr, 57 von mehr als einem Jahr.

Von den Begnadigten waren *1005 wegen politischer Straftaten* (§ 1, Absatz 1 des Amnestiegesetzes), 62 wegen Zuwiderhandlungen gegen das Militärstrafgesetzbuch bis 1. Oktober 1920 von Militärgerichten des Reichs oder der Länder (§ 1, Abs. 2 des Amnestiegesetzes) verurteilt. 57 hatten Verbrechen gegen das Leben begangen (§ 5 des Amnestiegesetzes); von diesen waren verurteilt 14 zum Tode, 37 zu Zuchthaus, 6 zu Gefängnis. 17 von den erlassenen oder gemilderten Strafen waren von außerordentlichen Gerichten des Reichs erkannt.

In einer Anzahl von Fällen schweben die Erörterungen noch. Die *endgültigen Zahlen* werden voraussichtlich *Ende September* vorliegen.

Verständnis dafür, daß hier etwa nur ein Irrtum führender Genossen vorliegt.

Genosse **Kunert**: Wir, die wir die Kleinarbeit machen, tragen am Fiasko derer, die oben sind. Am Kopfe der Partei muß geändert werden. Die Genossen wissen ja garnicht, was sie uns angetan haben, die wir die Agitation von Haus zu Haus zu betreiben haben.

Genosse **Krause**: Die vier Genossen haben sich auf Grund unseres Programms selbst aus der Partei ausgeschlossen, denn unser Programm sieht die Abrüstung vor. Am 21. Oktober beginnt unsere große Werbewoche; ich wünschte dann, daß die Genossen einmal für mich werben gingen.

Genosse **Ludwig**: Das Bild der Versammlung zeigt, wie aufgebracht unsere Funktionäre sind. Die Genossen sollten nicht mit formalrechtlichen Entschuldigungen kommen, nachdem sie eine solche Krise hervorgerufen haben. Eine Regierungskrise wäre besser gewesen, als eine Parteikrise.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Genosse **Wache** (Schlußwort): Es ist gefragt worden, wie sich die Breslauer Vertreter im Parteiausschuß gestellt haben. Die Genossin Zeis-Eckstein war für einen Parteitag, und sie kann ja berichten, wie ich mich gestellt habe. Ich halte einen Parteitag für notwendig. Aber wir sollten die Genossen doch nicht persönlich so schwer herabsetzen. Wir haben zwar die gute Kinderstube nicht genossen, doch wir sollen unsere Meinung scharf sagen, ohne persönlich zu verletzen. Ich bin für den Parteitag, aber nicht für den anderen Teil der Entschließung. Unsere Genossen haben einen verheerend großen Betriebsunfall auf dem Gewissen, aber wer bedenkt, was Otto Braun in Preußen geleistet hat, darf nicht oben alles verurteilen. Die Partei besteht aus Menschen mit Fehlern, aber der Glaube an die Entwicklung, und daß wir die Verhältnisse einmal mit unserer Mehrheit meistern werden, darf uns nicht verlassen. Ich lehne es ab, den Rücktritt aus der Regierung zu fordern, denn wir dürfen zu einem Fehler nicht einen noch größeren fügen. Wir dürfen uns nun nicht feige, nicht verbittert und verärgert in die Ecke stellen, denn von der weiteren Stärkung unserer Partei allein hängt die Zukunft der Arbeiterklasse ab.

Die Entschließung des Vorstandes wird, soweit sie einen Parteitag fordert, gegen eine Stimme angenommen. Der weitere Teil gegen eine kleine Minderheit und dann die gesamte Entschließung gegen wenige Stimmen angenommen.

Die Entschließung zum Besuche Hindenburgs wird gegen drei Stimmen angenommen.

Vorsitzender Dr. **Eckstein**: Wir sind uns einig. Die Versammlung der Parteifunktionäre hat den Ehrenschild der Partei reingehalten; wir haben die Möglichkeit zu weiterer gemeinsamer und erfolgreicher Arbeit für die Partei.

Der Geist der Verfassung

Die Erhöhung der Versicherungsgrenze und die Rechtsparteien

Uns wird geschrieben:

Die Presse der Rechten führt einen heftigen Feldzug gegen die Erhöhung der Versicherungsgrenze in der Angestelltenversicherung von 6000 auf 8400 Mark. Die Tatsache, daß in dieser Einzelfrage der Wille zum Ausbau der Sozialpolitik sich durchgesetzt hat, genügt, um den heftigsten Protest der Rechten hervorzurufen.

Die Presse der Volkspartei hat sich diesem Protest angeschlossen. Der „Hannoversche Kurier", eine der wenigen größeren Zeitungen der Deutschen Volkspartei, wendet sich heftig gegen die Erhöhung. Die Deutsche Volkspartei ist in der gegenwärtigen Regierungskoalition vertreten. Die Haltung der Presse in dieser Frage läßt erkennen, daß sie es als ihre Aufgabe in der Regierung betrachtet, den Ausbau der Sozialpolitik zu bremsen. Der Aufsatz, den der „Hannoversche Kurier" gegen die Erhöhung der Versicherungsgrenze richtet, zeigt diese Absicht in seltener Klarheit.

Die wahren Motive für diese Haltung der Unternehmerpresse gegen diese Erhöhung sind nicht populär. Sie lassen nur zu deutlich die klassenkämpferischen Absichten des Unternehmertums erkennen. Aus diesem Grunde sieht sich der „Hannoversche Kurier" veranlaßt, den Geist der Verfassung von Weimar, wie er ihn versteht, gegen die Erweiterung der Sozialversicherung ins Treffen zu führen. Er nennt die Erhöhung der Versicherungsgrenze „einen zielbewußten Schritt auf dem Wege von dem bürgerlichen Freistaat der Weimarer Verfassung zu der sozialen Republik". Der Geist der Verfassung von Weimar — so deklamiert er — ist bürgerlich, gut bürgerlich, die sozialdemokratischen Minister in der neuen Regierung aber wollen das ganze Volk unter „staatliche Fürsorge" stellen.

Die Herren Unternehmer wünschen eine bürgerliche Republik, in der kein Raum ist für soziale Reformen und für den Fortschritt zum sozialen Volksstaat. Ihre Wünsche aber machen nicht das Wesen der Verfassung von Weimar aus. Die Weimarer Verfassung ist ein Kompromiß zwischen den bürgerlichen Tendenzen und den zum Sozialismus hindrängenden Kräften im Volke. Sie hat die Möglichkeit geschaffen, daß die sozialistischen Kräfte im Rahmen des Staates an der Verwirklichung ihrer Ziele arbeiten können. Was aber die Sozialversicherung im einzelnen anbelangt, so schreibt der Artikel 161 der Reichsverfassung vor:

„Der Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit zum Schutze der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten."

Hier ist nicht von „Fürsorge", sondern von Versicherung die Rede. Es ist das Wesen des Versicherungsprinzips, daß die Mittel zum Schutze gegen die Wechselfälle des Lebens nicht vom Staat, sondern von den Versicherten aufgebracht werden! Eine prinzipielle Grenze für die Sozialversicherung nach oben hin kennt der Artikel 161 der Reichsverfassung nicht. Die Berufung auf die Verfassung gegen die Erhöhung der Versicherungsgrenze in der Angestellten-Versicherung ist deshalb so töricht wie nur möglich. Sie enthüllt nur, wie die Verfassung beschaffen ist, die sich in den Köpfen des Unternehmertums malt.

Das wahre Motiv der Gegnerschaft gegen diese Erhöhung hat mit der Verfassung nichts zu tun. Das Unternehmertum legt Wert darauf, die gehobenen Angestellten klassenmäßig von den übrigen Angestellten zu trennen. Es wendet sich gegen die Erhöhung der Versicherungsgrenze, weil die Einbeziehung in die Sozialversicherung stark betont, daß die Klassenlage aller Angestellten prinzipiell die gleiche ist. Dies ist das eine Motiv.

Das andere: Das Organ der Volkspartei legt selbst das Geständnis ab, daß auch die gehobenen Angestellten sich versichern und sich versichern müssen. Bisher mußten sie den Weg der Privatversicherung wählen. Hier tritt das stärkste Motiv der Gegnerschaft zutage: das Profitinteresse der Privatversicherung wird beeinträchtigt, wenn die Grenzen der Sozialversicherung erweitert werden. Sie ist das Profitinteresse einer engen Interessenschicht, das den Widerstand gegen die Ausdehnung der Sozialversicherung und gegen die Verwirklichung des Artikels 161 der Reichsverfassung hervorgerufen hat.

Dies Profitinteresse will sich hinter dem Geist der Verfassung von Weimar decken. Die Verfassung ist weder bürgerlich noch sozialdemokratisch. Sie ist der Rahmen, in dem sich die staatliche und soziale Entwicklung vollzieht. Die Entscheidung darüber, diese Entwicklung in der Richtung zur Plutokratie oder zum sozialen Volksstaat verlaufen wird, ist nicht in der Verfassung vorbestimmt; sie fällt im politischen Kampf. Das Beispiel dieser Einzelfrage zeigt, daß die Sozialdemokratie auf den heftigsten Widerstand des Unternehmertums und seiner politischen Vertretung stößt, wenn sie den Versuch macht, die Entwicklung zum sozialen Volksstaat vorwärtszustoßen. Ihre Aufgabe ist es daher, alle politischen Machtpositionen auszunutzen, um den plutokratischen Tendenzen entgegenzutreten und die soziale Entwicklung vorwärtszutreiben!

Regierungskrise in Thüringen

Die Demokraten treten aus der Regierung aus.

Weimar, 20. August. (Eigener Bericht.) In Weimar fand gestern eine Parteitagung der thüringischen Demokraten statt, die sich mit den letzten Beschlüssen der thüringischen Regierung beschäftigte. Ueber diese Tagung wird der Oeffentlichkeit folgende Erklärung übergeben:

„Der sehr stark besuchte außerordentliche Parteitag des Landesverbandes Thüringen der Deutschen Demokratischen Partei am Sonntag, den 19. August 1928 in Weimar, muß nach eingehender Aussprache mit Bedauern feststellen, daß sich die Thüringer Politik während der letzten Monate nach einer Richtung entwickelt hat, die die Demokratische Partei als verderblich für die Zukunft unseres Thüringer Landes ansieht. Insbesondere hat sie wahrnehmen müssen, daß unter dem Einfluß von Landbund und Wirtschaftspartei die Gesetzgebung und Verwaltung immer einseitiger gestaltet wurde. Unter voller Anerkennung der Bestrebungen der Demokraten in Regierung und Landtag hält sie es nach einer Anzahl schwerer Brüskierungen für notwendig, der Partei ihre volle Handlungsfreiheit zurückzugeben.

Die Demokratische Partei richtet daher an ihre Parteifreunde in der Regierung die Bitte, aus der jetzigen Regierung auszuscheiden. Der Parteitag sieht dabei auf dem Standpunkt, daß gerade nach den Erfahrungen der letzten Monate eine Regierung auf der Grundlage der Großen Koalition, wie sie jetzt im Reich verwirklicht worden ist, auch für Thüringen das Gegebene ist. Unter allen Umständen ist eine Aenderung der jetzigen Regierung notwendig."

Weiter wird gemeldet:

Auf der Tagung soll es, wie wir noch aus Weimar erfahren, außerordentlich stürmisch zugegangen sein. Die Vertreter aus dem Lande rechneten in der schärfsten Weise mit den Ministern genossen und mit den demokratischen Abgeordneten ab. Die Kritik an der Politik der Demokraten soll so vernichtend gewesen sein, daß die beiden demokratischen Abgeordneten erklärt haben sollen, ihre Mandate nunmehr niederlegen zu wollen. Ob die beiden Abgeordneten Schulze und Krüger nun auch aus Grund der auf dem Parteitag hervorgetretenen Differenzen zwischen der Politik der Demokraten im Landtag und den Forderungen der Vertreter aus dem Lande tatsächlich ihre Mandate niederlegen werden, muß noch abgewartet werden. Tatsache ist jedenfalls, daß sich die thüringischen Demokraten die schwankende Politik ihrer Vertreter nicht mehr länger gefallen lassen wollen.

Rußland kann dem Kelloggpakt beitreten

London, 21. August. (Eigener Funkbericht).

Die amerikanische Regierung hat am Montag offiziös verlautbaren lassen, daß bisher an dem Kellogg-Pakt unbeteiligte Regierungen nach der Pariser Zeremonie ihren Beitritt zu dem Kriegsächtungspakt durchaus erklären könnten und damit vollberechtigte Paktmitglieder würden. Diese Verlautbarung wird allgemein als eine Art Einladung an Rußland und Spanien betrachtet.

Litauen will in Königsberg beraten

Der litauische Liliput-Diktator Woldemaras hat, wie uns aus Riga gemeldet wird, der polnischen Regierung am Montag mitteilen lassen, daß er auf Königsberg als Konferenzort bestehen müsse. Als Termin schlägt Litauen den 25. August vor.

Der Seewolf.

Von Jack London.

89] (Nachdruck verboten.)

Ich hatte mir gleich am Anfang die Haut von den Fingern gerissen und beim Reffen hatte ich vor Schmerz kaum die Tränen zurückhalten können. Als jetzt alles getan war, ließ ich mich wie ein Weib gehen und warf mich, jammernd vor Schmerz und Erschöpfung, aufs Deck.

Unterdessen war Thomas Mugridge wie eine ertrunkene Ratte unter dem Backkopf hervorgezogen worden, wo er sich feige verkrochen hatte.

In der Kajüte fand ich alle Mann, auch die Matrosen, versammelt, und während der Kaffee auf dem kleinen Ofen gekocht wurde, tranken wir Whisky und kauten Zwieback. Nie im Leben war mir Essen so willkommen gewesen und nie hatte mir heißer Kaffee so geschmeckt. So gewaltig rollte und stieß die „Ghost", daß wir mehrmals unter allgemeinem Geschrei nach Backbord an die Wand geschleudert wurden.

„Zum Teufel mit dem Ausguck!" hörte ich Wolf Larsen sagen, als wir uns satt gegessen und getrunken hatten. „An Deck kann doch nichts mehr gemacht werden. Wenn jemand uns überrennen will, können wir ihm doch nicht ausweichen. Alle Mann in die Kojen und versucht ein bißchen zu schlafen!"

„Ich finde nicht, daß es das wert war," sagte ich zu Wolf Larsen, „ein zersplittertes Boot für Kellys Leben!"

„Kelly war nicht viel wert," lautete die Antwort.

„Gute Nacht!"

Nach allem, was sich ereignet hatte, bei fast unerträglichen Schmerzen in den Fingerspitzen und den Gedanken an die drei vermißten Boote, gar nicht zu reden von den wilden Sprüngen, die die „Ghost" machte, hätte ich nicht geglaubt, daß es möglich gewesen wäre, zu schlafen. Aber meine Augen müssen sich in demselben Augenblick geschlossen haben, als mein Kopf das Kissen berührte, und in äußerster Erschöpfung schlief ich die ganze Nacht, während sich die „Ghost", einsam und ungeleitet, ihren Weg durch den Sturm erkämpfte.

* * *

Am nächsten Tage, als dann die Gewalt des Orkans wieder gebrochen war, kreuzte Wolf Larsen zurück über die Stelle, wo er uns überrascht hatte, und fuhr dann, während die Boote ausgebessert und neue Segel gemacht wurden, etwas weiter nach Westen. Ein Robbenschoner nach dem anderen wurde gesichtet; die meisten hatten Boote und Mannschaften an Bord, die sie aufgelesen hatten und die ihnen nicht gehörten. Der größte Teil der Flotte hatte sich westlich von uns befunden und die weit verstreuten Boote hatten in wilder Flucht den ersten besten Zufluchtsort aufgesucht.

Zwei unserer Boote mit wohlbehaltener Mannschaft nahmen wir von der „Cisco" über und zu Wolf Larsens großer Freude und meinem Schmerz las er Smoke, Nilson und Leach von der „San Diego" auf. So waren wir nach fünf Tagen, nur um vier Mann ärmer — Henderson, Holyak, Williams und Kelly — wieder hinter den Herden her.

Wir verfolgten sie weiter nordwärts und nun trafen wir auf die gefürchteten Seenebel, Tag auf Tag wurden die Boote hinuntergefiert und verschwanden, fast ehe sie noch das Wasser berührt hatten. Wir an Bord stießen in regelmäßigen Zwischenräumen ins Horn und gaben alle fünfzehn Minuten Signalschüsse ab. Beständig wurden Boote verloren und wiedergefunden, und es war üblich, mit dem ersten besten Schoner zu jagen, der das Boot aufnahm, bis der eigene Schoner gefunden war. Da Wolf Larsen jedoch ein Boot fehlte, ergriff er Besitz von dem ersten fremden, das uns in die Quere kam, zwang die Mannschaft, auf der „Ghost" zu bleiben, und erlaubte ihnen nicht, zurückzukehren, als wir ihren eigenen Schoner sichteten. Ich weiß noch, wie er dem Jäger und seinen beiden Leuten das Gewehr auf die Brust setzte und sie nach unten trieb, als ihr Kapitän uns passierte, um nach ihnen zu fragen.

Johnson und Leach wurden schlimmer behandelt als je und sie erwarteten, daß mit der Jagdzeit auch ihr Leben zu Ende sein würde. Aber auch die übrige Mannschaft lebte ein wahres Hundeleben unter ihrem erbarmungslosen Herrn. Ich selbst kam ganz gut mit Wolf Larsen aus, obgleich ich nie den Gedanken loswerden konnte, daß ich am richtigsten handeln würde, wenn ich ihn tötete. Er übte einen ungeheuren Zauber auf mich aus, und ich fürchtete ihn grenzenlos. Und doch konnte ich mir nicht vorstellen, daß er tot hingestreckt daliegen sollte. Es war ein Hauch von Ewigkeit über ihm. Ich konnte ihn mir nur immer lebend vorstellen, immer herrschend, kämpfend und vernichtend.

Eine seiner Zerstreuungen war, wenn wir mitten in einer Robbenherde lagen und die See zu hoch ging, um die Boote niederzulassen, selbst mit zwei Pullern und einem Steuerer hinauszugehen. Er war ein guter Schütze und erbeutete viele Felle unter Verhältnissen, die die Jäger einfach unmöglich nannten.

Ich lernte immer mehr von der Navigation und an einem schönen Tage — etwas, was uns jetzt selten begegnete — erlebte ich die Befriedigung, selbst die „Ghost" führen, steuern und die Boote auflesen zu dürfen.

Wolf Larsen war von seinen Kopfschmerzen befallen, und so stand ich nun von morgens bis abends am Rade, kreuzte über das Meer nach dem letzten Leeboot, legte bei und nahm dieses und die anderen fünf auf, und das alles ohne Kommando oder Anweisung von dem Kapitän.

Hin und wieder wehte es steif, denn wir waren in eine stürmische Breite gekommen, und Mitte Juni erlebten wir einen Taifun, der bedeutungsvoll für meine ganze Zukunft werden sollte. Nie hatte ich gedacht, daß es so ungeheuere Wogen geben könnte! So gewaltig waren sie, daß selbst Wolf Larsen nicht beizudrehen wagte, obgleich wir Gefahr liefen, weit nach Süden und aus den Robbengründen getrieben zu werden.

Wir mußten etwa bis in die Route der Transpazifiklinie gekommen sein, und als der Taifun nachließ, befanden wir uns zur Überraschung der Jäger inmitten einer großen Robbenherde, — einer Art Nachhut; wie sie erklärten, etwas sehr Seltenes.

Gegen Abend näherte Leach sich mir. Ich war gerade damit fertig, die Häute zu zählen, die das letzte Boot an Bord gebracht hatte, als er in der Dunkelheit neben mich trat und leise fragte: „Herr von Weyden, können Sie mir sagen, wie weit wir von der Küste entfernt sind und in welcher Richtung Jokohama liegt?"

Mein Herz hüpfte vor Freude, denn ich wußte, was er vorhatte, und ich gab ihm die Richtung an: „500 Meilen West-Nord-West."

„Danke!" Mehr sagte er nicht und dann schlüpfte er wieder ins Dunkel zurück.

Am nächsten Morgen wurde Boot 3 mit Johnson und Leach vermißt. Gleichzeitig fehlten die Wasserfässer und Eßkisten aller anderen Boote, Bettzeug und Seesäcke der beiden Männer.

Der Wind war günstig, wenn auch unbeständig, aber mir schien, daß man ebensogut eine Stecknadel in einem Heuschober wie das winzige Boot in dieser blauen Unendlichkeit hätte suchen können. Wolf Larsen holte jedoch alles aus der „Ghost" heraus, um die Flüchtlinge vom Lande abzuschneiden, und kreuzte hin und her in der Überzeugung, irgendwo auf sie zu stoßen. (Fortsetzung folgt.)

SPD. erhält ein weiteres Mandat

Berlin, 20. August. (Eigener Bericht). Der Reichswahlausschuß hat am Montag in einer Sitzung ein grobes Additionsversehen korrigiert, das bei der Zusammenstellung des Wahlresultats vom 20. Mai zur Reichstagswahl im Wahlkreis Ostpreußen zu verzeichnen war. Dort waren im Regierungsbezirk Gerdauen 60 Stimmbezirke bei der Addierung ausgefallen. Es handelte sich um insgesamt 10 418 Stimmen, die sich folgendermaßen verteilen:

Sozialdemokraten 4622,
Deutschnationale 3808,
Zentrum 19,
Deutsche Volkspartei 318,
Kommunisten 710,
Demokraten 307,
Linke Kommunisten 31,
Mittelstandspartei 64,
Nationalsozialisten 182,
Deutsche Bauernpartei 224,
Völkischer Block 40,
Volksrechtspartei 42,
Evangelische Volksgemeinschaft 8,
Christlich-soziale Reichspartei 5,
Deutschsoziale Partei 11,
Reichsblock der Geschädigten 16 und
Alte Sozialdemokratische Partei 11.

Die mehr ermittelten 4622 sozialdemokratischen Stimmen sind den auf der Reichsliste entfallenen 26 165 Reststimmen zugezählt worden, so daß sich ein Rest von 30 787 Stimmen ergibt. Da 30 000 Reststimmen zu einem weiteren Mandat genügen, stellte der Reichswahlausschuß fest, daß auf die sozialdemokratische Reichsliste statt 9 Sitze 10 entfallen. Der durch diese Korrektur für gewählt erklärte Abgeordnete ist der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes Albert Falckenberg. Die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten beträgt jetzt 153.

Ein internationaler Bund sozialdemokratischer Juristen

Die in Brüssel im Anschluß an den Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zusammengetretene Konferenz der sozialistischen Juristen hat einstimmig die Gründung eines internationalen Bundes sozialdemokratischer Juristen beschlossen. Der Sitz des Bundes ist Berlin.

Der Bund hat die Aufgabe, zur Unterstützung der der SAJ. angeschlossenen Parteien und im Rahmen der Beschlüsse der sozialdemokratischen Parteien und der SAJ. hinzuwirken in allen Ländern: 1. Auf die Erfüllung der Rechtsordnung mit sozialistischem Geist. 2. Auf den juristischen Schutz der Arbeiter gegen Klassenjustiz und Verfolgung politischer Ueberzeugungen, für die Amnestierung der wegen politischer Straftaten Verfolgten. 3. Auf die Verteidigung der politischen und menschlichen Freiheitsrechte (Schutz der wegen politischer Straftaten Verfolgten). Ferner insbesondere 4. auf die Abschaffung der Todesstrafe, 5. auf den Schutz des Asylrechts.

In den Ländern, in denen die Freiheit der Richter und Verteidiger durch die Staatsgewalt bedroht oder beseitigt ist, hat der Bund die Pflicht, für die Wiederherstellung dieser Rechte einzutreten.

Die Konferenz fordert die Juristen der SAJ. angeschlossenen Parteien auf, in ihren Ländern Vereinigungen sozialdemokratischer Juristen zu gründen.

Dem provisorischen Büro des Bundes gehören an: Vandervelde, Longue, Renner, Rosenfeld, Modigliani, Posner, Behy.

Der deutsch-chinesische Zollvertrag

Zwischen China und Deutschland ist ein Zollvertrag abgeschlossen worden, der den bestehenden deutsch-chinesischen Vertrag vom Jahre 1921 ergänzt. Im Vertrag von 1921 sicherte Deutschland den Chinesen Tarifautonomie zu. China räumte uns aber damals hinreichende Konzessionen nicht ein. Vor allem wollte es Deutschland die Meistbegünstigung noch nicht zugestehen. In dem jetzigen Vertrag wird vereinbart, „daß in allen Zoll- und verwandten Angelegenheiten keiner der beiden hohen vertragsschließenden Staaten in dem Gebiet des anderen irgendwie gegenüber der Behandlung eines anderen Staates benachteiligt werden soll."

Damit kommen wir auf dem chinesischen Markt in den Besitz der Meistbegünstigung. Der Wert der Meistbegünstigungsklausel besteht darin, „daß Deutschland in Zukunft in China keine höheren oder anderen Zölle, inneren Angaben oder Steuern bei der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren zu zahlen hat als die von den Angehörigen Chinas oder von den Angehörigen irgendeines anderen Landes gezahlten Zölle, Abgaben usw." Da die deutsche Ausfuhr aus China im Jahre 1927 rund 260 Millionen Mark und die deutsche Einfuhr nach China rund 120 Millionen Mark betrug, ist die für Deutschland erreichte Gleichberechtigung von großer Bedeutung für unseren Warenverkehr. Sie kennzeichnet die Richtigkeit der Friedenspolitik, die wir seit Ende des Weltkrieges gegenüber China betrieben haben.

Die endgültige Regelung soll in einem Handels- und Schiffahrtsvertrag erzielt werden, der auf der Grundlage vollkommener Gleichberechtigung und Gleichstellung aufzubauen ist. Die Verhandlungen werden bald beginnen.

Mit dem vorliegenden Vertrag hat China gegenüber zwei großen Staaten, Nordamerika und Deutschland, in aller Form die Gleichberechtigung erlangt. Es ist anzunehmen, daß diese Tatsache früher oder später auch die anderen Länder zwingen wird, dem Beispiel Deutschlands und Amerikas zu folgen.

Tagung des Aeltestenrats des Reichstages

Der Reichstagspräsident hat den Aeltestenrat des Reichstages für Montag, den 27. August, vormittags 11 Uhr, einberufen. Der Aeltestenausschuß wird darüber zu entscheiden haben, ob dem kommunistischen Antrag auf Einberufung des Reichstages entsprochen werden soll oder nicht. Eine Aussicht, daß dem kommunistischen Antrag Folge geleistet wird, besteht nicht!

Die Hetze gegen die französischen Genossen

Wegen ihrer friedensfreundlichen Haltung in Brüssel

Paris, 20. August. (Eig. Bericht.) Ehe der Kongreß der Arbeiter-Internationale in Brüssel überhaupt eröffnet war, wurden die französischen Sozialisten von der nationalistischen Presse ihres Landes wegen ihrer Teilnahme an dieser Veranstaltung in der übelsten Weise angegriffen. Diese Hetze ist nach dem Abschluß des Kongresses eher heftiger als schwächer geworden. Insbesondere die Erklärung der französischen Delegation über die Räumung des Rheinlandes und die Rückgabe des Saargebiets an Deutschland hat im reaktionären Bürgertum einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen.

In ihrem Kampf gegen die Sozialisten geht die Rechtspresse so weit, daß sie die Erklärungen der deutschen Delegation zur Rheinlandfrage überhaupt nicht oder nur verdreht zur Kenntnis ihrer Leser bringt. Charakteristisch für die von einem großen Teil der bürgerlichen Presse angewandten Methoden ist die Art und Weise, wie das Hauptorgan der Hochfinanz, der Pariser „Temps", die Erklärung des Reichstagspräsidenten Löbe vor dem Brüsseler Kongreß behandelt. Dieses Blatt hat einen der wichtigsten Sätze aus dieser Erklärung einfach herausgestrichen und seinen Lesern dann auf Grund dieses gefälschten Textes einen Leitartikel serviert, in dem es sich bemühte, die französischen Sozialisten als von den Deutschen irregeführten Narren und die deutschen Sozialdemokraten als „Agenten ihrer Regierung" hinzustellen. Es ist nicht ganz klar, warum der „Temps", insbesondere in letzter Zeit, in seine alte Deutschenfresserei aus der ersten Ruhrepoche zurückverfallen ist. Sind es etwa die Einflüsse einzelner französischer Mitglieder der „Deutschfranzösischen Studienkommission" in Berlin? Merkwürdig, so lange die Deutschnationalen in der Regierung saßen, haben die französischen Herren dieses Komitees oft die Augen vor Dingen zugedrückt, die unzweifelhaft dem deutsch-französischen Versöhnungswerk schaden mußten. Jetzt, wo die Sozialdemokraten an der Macht sind und wo es keinen Zweifel darüber geben kann, daß der ehrlichste Friedenswille die gesamte Regierungspolitik in entscheidender Weise beseelt, hält der „Temps" es plötzlich wieder für angebracht, in Mißtrauen zu machen.

Vermutlich stehen auch gewisse Elemente des französischen Auswärtigen Amtes hinter der neuesten Hetze des Pariser „Temps". Es gibt dort Beamte, die mit der Gesamtrichtung der Briandschen Außenpolitik nicht einverstanden sind und denen es deshalb auf eine Intrige mehr oder weniger nicht ankommt. Es ist z. B. sicher, daß zwischen dem Generalsekretär des Quai d' Orsay, Philippe Berthelot, und dem wesentlich jüngeren Direktor des Briandschen Kabinetts, Leger, ein ziemlich scharfer Konflikt besteht. Der Außenminister selbst ist seit Wochen abwesend und kehrt nur von Fall zu Fall nach Paris zurück, wenn er dringende und hohe Besuche empfangen muß. Erst zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes wird er sich wieder einmal mehrere Tage in der französischen Hauptstadt aufhalten. Man nimmt in offiziellen Kreisen bestimmt an, daß es bei dieser Gelegenheit zu einer eingehenden Aussprache zwischen Briand und Stresemann über die schwebenden deutsch-französischen Probleme kommen wird. Diese Aussprache fürchtet man in gewissen Kreisen. Die Hetze gegen die deutschen und die französischen Sozialisten verfolgt deshalb u. a. auch den Zweck, die Atmosphäre für eine offene Auseinandersetzung zwischen den beiden Außenministern möglichst ungünstig zu gestalten. Leider ist es so, daß Briands taktische Bewegungsfreiheit nach der ausführlichen Debatte über die österreichische Anschlußfrage keineswegs ungehemmt ist. Da er außerdem damit rechnet, daß er für den Fall einer Regierungskrise im im Herbst oder Winter die Nachfolge Poincarés antritt, dürfte er kaum etwas tun, was einen Gegensatz zwischen ihm und den bürgerlichen Mittelparteien hervorrufen könnte. Andererseits weiß Briand, daß er, je nachdem wie sich die Dinge innerpolitisch entwickeln, mit den Sozialisten rechnen muß, so daß er auch bei ihnen nicht allzu hart anstoßen darf.

Alle diese Umstände lassen die Umrisse der französischen Außenpolitik von morgen hinter Schleiern verschwinden.

Flaggen-Zwischenfall in Brixen

Innsbruck, 20. August. Nach Meldungen aus Brixen wurde dort in der Nacht vom 16. auf den 17. August zwischen den beiden Türmen des Domes eine große Fahne in den in Südtirol verbotenen Farben rot-weiß aufgezogen. In den Morgenstunden wurde die Fahne sofort vom Militär heruntergeholt. Noch in den Vormittagsstunden begannen Verhöre und Haussuchungen. Dabei wurde zuerst der Meßner des Domes nach einem peinlichen Verhör in Gewahrsam genommen, worauf auch der Stellvertreter des auf Urlaub befindlichen Dompfarrers, Benedikt Pertramer, verhaftet wurde. Außerdem wurden der Dom-Kapellmeister Pius Goller sowie die Wirtschafterin des abwesenden Dompfarrers verhört. Schließlich beschlagnahmten die Behörden noch die Schlüssel des Domes. Im Laufe des 17. August begab sich eine Abordnung des Klerus unter Führung des bischöflichen Kanzlers, Prälaten Mutschlechner, zum Präfektur-Kommissar und verlangte die Herausgabe der Domschlüssel mit der Erklärung, daß sie sonst für nichts garantieren können. Ferner forderte die Abordnung die Freilassung des verhafteten Domgeistlichen. Wenn man diesen in Haft behalte, dann würden die übrigen Geistlichen ihre eigene Festnahme fordern. Die italienischen Behörden gaben zwar die Domschlüssel heraus, erklärten jedoch, daß wegen der Enthaftung Pertramers erst eine Weisung aus Bozen vorliegen müsse. Die Vorfälle haben in Brixen eine ungeheure Erregung ausgelöst. Wie der „Tiroler Anzeiger" berichtet, ist man in Brixen einhellig der Meinung, daß der Fahnenzwischenfall von den Faschisten selbst inszeniert worden sei. Man verweist darauf, daß gerade in der letzten Zeit eine Hetze gegen den deutschen Klerus eingeleitet wurde, der als das letzte Bollwerk des Deutschtums in Südtirol bezeichnet wird.

Gründung eines internationalen Stahlkontors?

Paris, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Innerhalb des Internationalen Stahlkartells sind nach Meldungen der französischen Presse zurzeit Vorbereitungen zur Gründung eines internationalen Ausfuhrkontors im Gange. Die Initiative hierzu soll von deutscher Seite ausgehen. Angeblich handelt es sich besonders darum, eine vernünftige Regelung der europäischen Ausfuhr zu schaffen, die durch das amerikanische Dumping besonders auf dem südamerikanischen Markt unter schwerster Konkurrenz zu leiden hat.

Rohheiten belgischer Faschisten

Sie pöbeln den Genossen Huysmans an

Brüssel, 20. August. (Eigener Drahtbericht.) Im Kursaal von Ostende, wo der russische Sänger Schaljapin an einem Konzert mitwirkte, veranstalteten Faschisten große Radauszenen gegen den anwesenden früheren Unterrichtsminister Camille Huysmans und seine beiden Töchter. Den Vorwand dazu lieferte der Einzug der belgischen Prinzessin Stefanie. Das Orchester stimmte die belgische Nationalhymne an. Obwohl sich Huysmans wie alle anderen von seinem Sitz erhob, wurde von mehreren in seiner Nähe befindlichen Faschisten ein wüstes Geschimpf gegen ihn losgelassen, weil er ein bereits vorher begonnenes leises Gespräch mit seinem Nachbar fortsetzte. Die Faschisten umringten Huysmans und schrien auf ihn ein: „Verräter, tötet ihn!" und machten Anstalten, ihn anzugreifen. Verschiedene spuckten um sich herum; einer schlug sogar mit einem Stock auf die Tochter Huysmans und eine andere sie begleitende Dame ein. Trotzdem Polizeikräfte herbeigerufen und mehrere Faschisten in Haft genommen wurden, dauerten die Szenen auch nach dem Konezrt noch an.

Es handelt sich hier um den ersten Fall, daß sich belgische Faschisten an einem sozialistischen Führer persönlich vergreifen. Die belgische Arbeiterpartei wird aus dieser Lehre die notwendigen Konsequenzen zu ziehen wissen.

Der deutsch-französische Schüleraustausch

Paris, 21. August. (Eig. Funkbericht.)

Der preußische Kultusminister Becker erklärte einem Vertreter des „Oeuvre" in Berlin, daß der Austausch deutscher und französischer Schüler in diesem Jahre ausgezeichnete Resultate ergeben habe. Er werde deshalb mit aller Kraft dafür eintreten, daß auf dem begonnenen Wege fortgeschritten werde. Dieser Austausch fördere vor allem die Sprachkenntnisse. Augenblicklich studierten in Paris etwa 300 deutsche Studenten, während es französische Studenten in Berlin zur Zeit nur drei gebe.

Großer Wahlsieg Venizelos

Athen, 21. August. (Eigener Funkbericht.)

Das vorläufige Ergebnis der griechischen Wahl liegt immer noch nicht vor. Vermutlich werden die Venizilisten von den 250 Sitzen der Kammer allein über 200 erhalten. Die Royalisten dürften kaum mehr als 30 Sitze erringen. Venizelos, der bereits am Montag die Vertreter der ausländischen Presse empfing, erklärte, daß der Ausgang der Wahlen einen großen Sieg des republikanischen Gedankens bedeute. Das könne selbst die Opposition nicht mehr bestreiten.

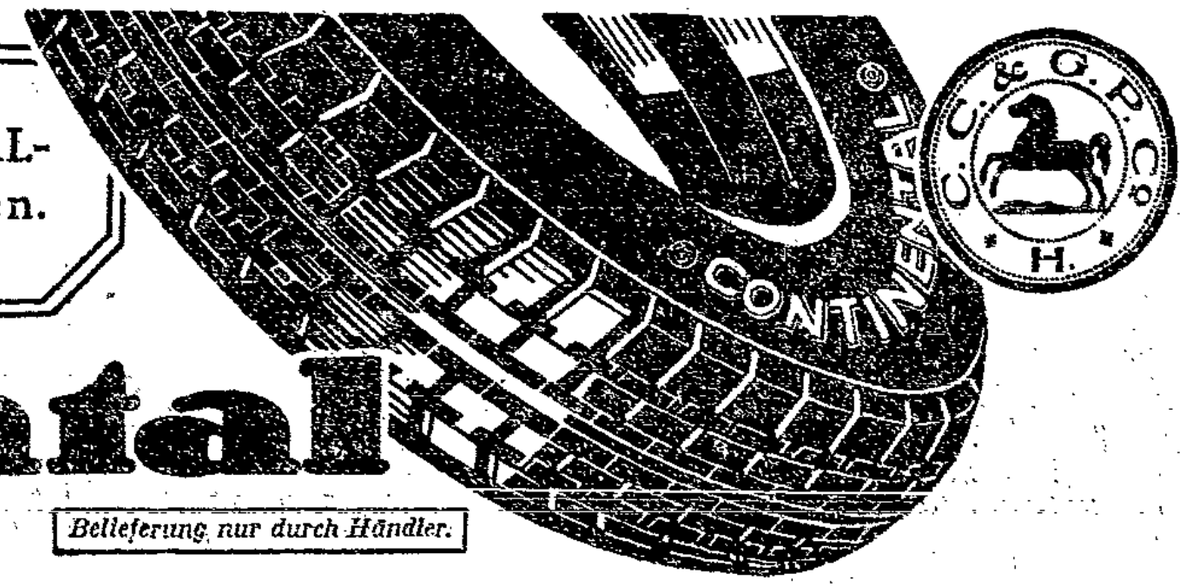
Der Terror in Bulgarien

Sofia, 20. August. (Eigener Bericht.) Im Zusammenhang mit den jüngsten politischen Morden in Sofia und in den mazedonischen Grenzbezirken hat das Innenministerium einen Befehl an die Polizei gerichtet, demzufolge sämtliche Personen zwangsweise zu stellen sind, die ohne Erlaubnis im Besitze von Waffen angetroffen werden. Personen, die sich in Sofia herumtreiben und nicht nachweisen können, daß sie dort ihren Wohnsitz haben, werden interniert. Wie eine Verlautbarung der Stadtkommandantur von Sofia mitteilt, sind bei den Polizeistreifen der letzten Tage bereits zahlreiche Leute verhaftet und in Internierungslager abgeschoben worden.

Diese Aktion der bulgarischen Regierung gegen die mazedonischen Terroristen wird nach den Informationen einiger Blätter auf die englisch-französische Demarche zurückgeführt, über deren Verlauf die bulgarische Regierung nach wie vor schweigt. Die Behauptungen der Presse, daß der englisch-französische Schritt die Regierung in eine schwierige Lage gebracht habe, da die Zurückweisung der von englisch-französischer Seite ausgesprochenen Wünsche hinsichtlich der Auflösung der Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation das Scheitern der Anleihe und andere Komplikationen zur Folge haben könnte, bezeichnen die offiziellen Stellen als unzutreffend. Der Ministerpräsident erklärte: Alles ist „Wind".

In Sofia selbst lächelt man über den Regierungsbefehl, die mazedonischen Komitadschis zu entwaffnen. Er dürfte in den Grenzkreisen Petritsch und Küstendil niemals durchgeführt werden, weil dort faktisch der Bandenführer Iwan Michailoff herrscht. Der Polizeiminister Liaptscheff dürfte es selbst angesichts der Gefahr eines Scheiterns der Völkerbundsanleihe nicht wagen, energisch gegen die Mazedonier vorzugehen, denn das wäre praktisch gleichbedeutend mit dem Ausbruch eines Bürgerkrieges oder mit dem Sturz der Regierung. Heer und Polizei, in denen der mazedonische Einfluß vorherrschend ist, ständig in dem gleichen Momente gegen die Regierung.

Nur gute Reifen sind wirtschaftlich. CONTINENTAL-Reifen sprechen für sich durch ihre Leistungen.



Continental Reifen

Belieferung nur durch Händler.

Verständnis dafür, daß hier etwa nur ein Irrtum führender Genossen vorliegt.

Genosse **Kunert**: Wir, die wir die Kleinarbeit machen, tragen am Fiasko derer, die oben sind. Im Kopfe der Partei muß geändert werden. Die Genossen wissen ja garnicht, was sie uns angetan haben, die wir die Agitation von Haus zu Haus zu betreiben haben.

Genosse **Krause**: Die vier Genossen haben sich auf Grund unseres Programms selbst aus der Partei ausgeschlossen, denn unser Programm sieht die Abrüstung vor. Am 21. Oktober beginnt unsere große Werbewoche; ich wünschte dann, daß die Genossen einmal für mich werben gingen.

Genosse **Ludwig**: Das Bild der Versammlung zeigt, wie aufgebracht unsere Funktionäre sind. Die Genossen sollten nicht mit formalrechtlichen Entschuldigungen kommen, nachdem sie eine solche Krise hervorgerufen haben. Eine Regierungskrise wäre besser gewesen, als eine Parteikrise.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Genosse **Nache** (Schlußwort): Es ist gefragt worden, wie sich die Breslauer Vertreter im Parteiausschuß gestellt haben. Die Genossin Zils-Eckstein war für einen Parteitag, und sie kann ja berichten, wie ich mich gestellt habe. Ich halte einen Parteitag für notwendig. Aber wir sollten die Genossen doch nicht persönlich so schwer herabsetzen. Wir haben zwar die gute Kinderstube nicht genossen, doch wir sollen unsere Meinung scharf sagen, ohne persönlich zu verletzen. Ich bin für den Parteitag, aber nicht für den anderen Teil der Entschließung. Unsere Genossen haben einen verheerend großen Betriebsunfall auf dem Gewissen, aber wer bedenkt, was Otto Braun in Preußen geleistet hat, darf nicht oben alles verurteilen. Die Partei besteht aus Menschen mit Fehlern, aber der Glaube an die Entwicklung, und daß wir die Verhältnisse einmal mit unserer Mehrheit meistern werden, darf uns nicht verlassen. Ich lehne es ab, den Rücktritt aus der Regierung zu fordern, denn wir dürfen zu einem Fehler nicht einen noch größeren fügen. Wir dürfen uns nun nicht feige, nicht verbittert und verärgert in die Ecke stellen, denn von der weiteren Stärkung unserer Partei allein hängt die Zukunft der Arbeiterklasse ab.

Die Entschließung des Vorstandes wird, soweit sie einen Parteitag fordert, gegen eine Stimme angenommen. Der weitere Teil gegen eine kleine Minderheit und dann die gesamte Entschließung gegen wenige Stimmen angenommen.

Die Entschließung zum Besuche Hindenburgs wird gegen drei Stimmen angenommen.

Vorsitzender Dr. **Eckstein**: Wir sind uns einig. Die Versammlung der Parteifunktionäre hat den Ehrenschild der Partei reingehalten; wir haben die Möglichkeit zu weiterer gemeinsamer und erfolgreicher Arbeit für die Partei.

Der Geist der Verfassung

Die Erhöhung der Versicherungsgrenze und die Rechtsparteien

Uns wird geschrieben:

Die Presse der Rechten führt einen heftigen Feldzug gegen die Erhöhung der Versicherungsgrenze in der Angestelltenversicherung von 6000 auf 8400 Mark. Die Tatsache, daß in dieser Einzelfrage der Wille zum Ausbau der Sozialpolitik sich durchgesetzt hat, genügt, um den heftigsten Protest der Rechten hervorzurufen.

Die Presse der Volkspartei hat sich diesem Protest angeschlossen. Der „Hannoversche Kurier", eine der wenigen größeren Zeitungen der Deutschen Volkspartei, wendet sich heftig gegen die Erhöhung. Die Deutsche Volkspartei ist in der gegenwärtigen Regierungskoalition vertreten. Die Haltung der Presse in dieser Frage läßt erkennen, daß sie es als ihre Aufgabe in der Regierung betrachtet, den Ausbau der Sozialpolitik zu bremsen. Der Aufsatz, den der „Hannoversche Kurier" gegen die Erhöhung der Versicherungsgrenze richtet, zeigt diese Absicht in seltener Klarheit.

Die wahren Motive für diese Haltung der Unternehmerpresse gegen diese Erhöhung sind nicht populär. Sie lassen nur zu deutlich die klassenkämpferischen Absichten des Unternehmertums erkennen. Aus diesem Grunde sieht sich der „Hannoversche Kurier" veranlaßt, den Geist der Verfassung von Weimar, wie er ihn versteht, gegen die Erweiterung der Sozialversicherung ins Treffen zu führen. Er nennt die Erhöhung der Versicherungsgrenze „einen zielbewußten Schritt auf dem Wege von dem bürgerlichen Freistaat der Weimarer Verfassung zu der sozialen Republik". Der Geist der Verfassung von Weimar — so deklamiert er — ist bürgerlich, gut bürgerlich, die sozialdemokratischen Minister in der neuen Regierung aber wollen das ganze Volk unter „staatliche Fürsorge" stellen.

Die Herren Unternehmer wünschen eine bürgerliche Republik, in der kein Raum ist für soziale Reformen und für den Fortschritt zum sozialen Volksstaat. Ihre Wünsche aber machen nicht das Wesen der Verfassung von Weimar aus. Die Weimarer Verfassung ist ein Kompromiß zwischen den bürgerlichen Tendenzen und den zum Sozialismus hindrängenden Kräften im Volke. Sie hat die Möglichkeit geschaffen, daß die sozialistischen Kräfte im Rahmen des Staates an der Verwirklichung ihrer Ziele arbeiten können. Was aber die Sozialversicherung im einzelnen anbelangt, so schreibt der Artikel 161 der Reichsverfassung vor:

„Der Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit zum Schutze der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten."

Hier ist nicht von „Fürsorge", sondern von Versicherung die Rede. Es ist das Wesen des Versicherungsprinzips, daß die Mittel zum Schutze gegen die Wechselfälle des Lebens nicht vom Staat, sondern von den Versicherten aufgebracht werden! Eine prinzipielle Grenze für die Sozialversicherung nach oben hin kennt der Artikel 161 der Reichsverfassung nicht. Die Berufung auf die Verfassung gegen die Erhöhung der Versicherungsgrenze in der Angestellten-Versicherung ist deshalb so töricht wie nur möglich. Sie enthüllt nur, wie die Verfassung beschaffen ist, die sich in den Köpfen des Unternehmertums malt.

Das wahre Motiv der Gegnerschaft gegen diese Erhöhung hat mit der Verfassung nichts zu tun. Das Unternehmertum legt Wert darauf, die gehobenen Angestellten klassenmäßig von den übrigen Angestellten zu trennen. Es wendet sich gegen die Erhöhung der Versicherungsgrenze, weil die Einbeziehung in die Sozialversicherung stark betont, daß die Klassenlage aller Angestellten prinzipiell die gleiche ist. Dies ist das eine Motiv.

Das andere: Das Organ der Volkspartei legt selbst das Geständnis ab, daß auch die gehobenen Angestellten sich versichern und sich versichern müssen. Bisher mußten sie den Weg der Privatversicherung wählen. Hier tritt das stärkste Motiv der Gegnerschaft zutage: das Profitinteresse der Privatversicherung wird beeinträchtigt, wenn die Grenzen der Sozialversicherung erweitert werden. Sie ist das Profitinteresse einer engen Interessenschicht, das den Widerstand gegen die Ausdehnung der Sozialversicherung und gegen die Verwirklichung des Artikels 161 der Reichsverfassung hervorgerufen hat.

Dies Profitinteresse will sich hinter dem Geist der Verfassung von Weimar decken. Die Verfassung ist weder bürgerlich noch sozialdemokratisch. Sie ist der Rahmen, in dem sich die staatliche und soziale Entwicklung vollzieht. Die Entscheidung darüber, ob diese Entwicklung in der Richtung zur Plutokratie oder zum sozialen Volksstaat verlaufen wird, ist nicht in der Verfassung vorbestimmt; sie fällt im politischen Kampfe. Das Beispiel dieser Einzelfrage zeigt, daß die Sozialdemokratie auf den heftigsten Widerstand des Unternehmertums und seiner politischen Vertretung stößt, wenn sie den Versuch macht, die Entwicklung zum sozialen Volksstaat vorwärtszustoßen. Ihre Aufgabe ist es daher, alle politischen Machtpositionen auszunutzen, um den plutokratischen Tendenzen entgegenzutreten und die soziale Entwicklung vorwärtszutreiben!

Regierungskrise in Thüringen

Die Demokraten treten aus der Regierung aus.

Weimar, 20. August. (Eigener Bericht.) In Weimar fand gestern eine Parteitagung der thüringischen Demokraten statt, die sich mit den letzten Beschlüssen der thüringischen Regierung beschäftigte. Ueber diese Tagung wird der Oeffentlichkeit folgende Erklärung übergeben:

„Der sehr stark besuchte außerordentliche Parteitag des Landesverbandes Thüringen der Deutschen Demokratischen Partei am Sonntag, den 19. August 1928 in Weimar, muß nach eingehender Aussprache mit Bedauern feststellen, daß sich die Thüringer Politik während der letzten Monate nach einer Richtung entwickelt hat, die die Demokratische Partei als verderblich für die Zukunft unseres Thüringer Landes ansieht. Insbesondere hat sie wahrnehmen müssen, daß unter dem Einfluß von Landbund und Wirtschaftspartei die Gesetzgebung und Verwaltung immer einseitiger gestaltet wurde. Unter voller Anerkennung der Bestrebungen der Demokraten in Regierung und Landtag hält sie es nach einer Anzahl schwerer Brüskierungen für notwendig, der Partei ihre volle Handlungsfreiheit zurückzugeben.

Die Demokratische Partei richtet daher an ihre Parteifreunde in der Regierung die Bitte, aus der jetzigen Regierung auszuscheiden. Der Parteitag steht dabei auf dem Standpunkt, daß gerade nach den Erfahrungen der letzten Monate eine Regierung auf der Grundlage der Großen Koalition, wie sie jetzt im Reich verwirklicht worden ist, auch für Thüringen das Gegebene ist. Unter allen Umständen ist eine Aenderung der jetzigen Regierung notwendig."

Weiter wird gemeldet:

Auf der Tagung soll es, wie wir noch aus Weimar erfahren, außerordentlich stürmisch zugegangen sein. Die Vertreter aus dem Lande rechneten in der schärfsten Weise mit den Ministergenossen und mit den demokratischen Abgeordneten ab. Die Kritik an der Politik der Demokraten soll so vernichtend gewesen sein, daß die beiden demokratischen Abgeordneten erklärt haben sollen, ihre Mandate nunmehr niederlegen zu wollen. Ob die beiden Abgeordneten Schulze und Krüger nun auch auf Grund der auf dem Parteitag hervorgetretenen Differenzen zwischen der Politik der Demokraten im Landtag und den Forderungen der Vertreter aus dem Lande tatsächlich ihre Mandate niederlegen werden, muß noch abgewartet werden. Tatsache ist jedenfalls, daß sich die thüringischen Demokraten die schwankende Politik ihrer Vertreter nicht mehr länger gefallen lassen wollen.

Rußland kann dem Kelloggpakt beitreten

London, 21. August. (Eigener Funkbericht).

Die amerikanische Regierung hat am Montag offiziös verlautbaren lassen, daß bisher an dem Kellogg-Pakt unbeteiligte Regierungen nach der Pariser Zeremonie ihren Beitritt zu dem Kriegsächtungspakt durchaus erklären könnten und damit vollberechtigte Paktmitglieder würden. Diese Verlautbarung wird allgemein als eine Art Einladung an Rußland und Spanien betrachtet.

Litauen will in Königsberg beraten

Der litauische Liliput-Diktator Woldemaras hat, wie uns aus Riga gemeldet wird, der polnischen Regierung am Montag mitteilen lassen, daß er auf Königsberg als Konferenzort bestehen müsse. Als Termin schlägt Litauen den 25. August vor.

Der Seewolf.

Von Jack London.

89) (Nachdruck verboten.)

Ich hatte mir gleich am Anfang die Haut von den Fingern gerissen und beim Reffen hatte ich vor Schmerz kaum die Tränen zurückhalten können. Als jetzt alles getan war, ließ ich mich wie ein Weib gehen und warf mich, jammernd vor Schmerz und Erschöpfung, aufs Deck.

Unterdessen war Thomas Mugridge wie eine ertrunkene Ratte unter dem Backkopf hervorgezogen worden, wo er sich feige verkrochen hatte.

In der Kajüte fand ich alle Mann, auch die Matrosen, versammelt, und während der Kaffee auf dem kleinen Ofen gekocht wurde, tranken wir Whisky und kauten Zwiebacke. Nie im Leben war mir Essen so willkommen gewesen und nie hatte mir heißer Kaffee so geschmeckt. So gewaltig rollte und fließ die „Ghost", daß wir mehrmals unter allgemeinem Geschrei nach Backbord an die Wand geschleudert wurden.

„Zum Teufel mit dem Ausguck," hörte ich Wolf Larsen sagen, als wir uns satt gegessen und getrunken hatten. „An Deck kann doch nichts mehr gemacht werden. Wenn jemand uns überrennen will, können wir ihm doch nicht ausweichen. Alle Mann in die Kojen und versucht ein bißchen zu schlafen!"

„Ich finde nicht, daß es das wert war," sagte ich zu Wolf Larsen, „ein zersplittertes Boot für Kellys Leben!"

„Kelly war nicht viel wert," lautete die Antwort.

„Gute Nacht!"

Nach allem, was sich ereignet hatte, bei fast unerträglichen Schmerzen in den Fingerspitzen und den Gedanken an die drei vermißten Boote, gar nicht zu reden von den wilden Sprüngen, die die „Ghost" machte, hätte ich nicht geglaubt, daß es möglich gewesen wäre, zu schlafen. Aber meine Augen müssen sich in demselben Augenblick geschlossen haben, als mein Kopf das Kissen berührte, und in äußerster Erschöpfung schlief ich die ganze Nacht, während sich die „Ghost", einsam und ungeleitet, ihren Weg durch den Sturm erkämpfte.

* * *

Am nächsten Tage, als dann die Gewalt des Orkans wieder gebrochen war, kreuzte Wolf Larsen zurück über die Stelle, wo er uns überrascht hatte, und fuhr dann, während die Boote ausgebessert und neue Segel gemacht wurden, etwas weiter nach Westen. Ein Robbenschoner nach dem anderen wurde gesichtet; die meisten hatten Boote und Mannschaften an Bord, die sie aufgelesen hatten und die ihnen nicht gehörten. Der größte Teil der Flotte hatte sich westlich von uns befunden und die weit verstreuten Boote hatten in wilder Flucht den ersten besten Zufluchtsort aufgesucht.

Zwei unserer Boote mit wohlbehaltener Mannschaft nahmen wir von der „Cisco" über und zu Wolf Larsens großer Freude und meinem Schmerz las er Smoke, Nilson und Leach von der „San Diego" auf. So waren wir nach fünf Tagen, nur um vier Mann ärmer — Henderson, Holyak, Williams und Kelly — wieder hinter den Herden her.

Wir verfolgten sie weiter nordwärts und nun trafen wir auf die gefürchteten Seenebel, Tag auf Tag wurden die Boote hinuntergefiert und verschwanden, fast ehe sie noch das Wasser berührt hatten. Wir an Bord fließen in regelmäßigen Zwischenräumen ins Horn und gaben alle fünfzehn Minuten Signalschüsse ab. Beständig wurden Boote verloren und wiedergefunden, und es war üblich, mit dem ersten besten Schoner zu jagen, der das Boot aufnahm, bis der eigene Schoner gefunden war. Da Wolf Larsen jedoch ein Boot fehlte, ergriff er Besitz von dem ersten fremden, das uns in die Quere kam, zwang die Mannschaft, auf der „Ghost" zu bleiben, und erlaubte ihnen nicht, zurückzukehren, als wir ihren eigenen Schoner sichteten. Ich weiß noch, wie er dem Jäger und seinen beiden Leuten das Gewehr auf die Brust setzte und sie nach unten trieb, als ihr Kapitän uns passierte, um nach ihnen zu fragen.

Johnson und Leach wurden schlimmer behandelt als je und sie erwarteten, daß mit der Jagdzeit auch ihr Leben zu Ende sein würde. Aber auch die übrige Mannschaft lebte ein wahres Hundeleben unter ihrem erbarmungslosen Herrn. Ich selbst kam ganz gut mit Wolf Larsen aus, obgleich ich nie den Gedanken loswerden konnte, daß ich am richtigsten handeln würde, wenn ich ihn tötete. Er übte einen ungeheuren Zauber an mich aus, und ich fürchtete ihn grenzenlos. Und doch konnte ich mir nicht vorstellen, daß er tot hingestreckt daliegen sollte. Es war ein Hauch von Ewigkeit über ihm. Ich konnte ihn mir nur immer lebend vorstellen, immer herrschend, kämpfend und vernichtend.

Eine seiner Zerstreuungen war, wenn wir mitten in einer Robbenherde lagen und die See zu hoch ging, um die Boote niederzulassen, selbst mit zwei Pudern und einem Steuerer hinauszugehen. Er war ein guter Schütze und erbeutete viele Felle unter Verhältnissen, die die Jäger einfach unmöglich nannten.

Ich lernte immer mehr von der Navigation und an einem schönen Tage — etwas, was uns jetzt selten begegnete — erlebte ich die Befriedigung, selbst die „Ghost" führen, steuern und die Boote auflesen zu dürfen.

Wolf Larsen war von seinen Kopfschmerzen befallen, und so stand ich nun von morgens bis abends am Rade, kreuzte über das Meer nach dem letzten Leeboot, legte bei und nahm dieses und die anderen fünf auf, und das alles ohne Kommando oder Anweisung von dem Kapitän.

Hin und wieder wehte es steif, denn wir waren in eine stürmische Breite gekommen, und Mitte Juni erlebten wir einen Taifun, der bedeutungsvoll für meine ganze Zukunft werden sollte. Nie hatte ich gedacht, daß es so ungeheuere Wogen geben könnte! So gewaltig waren sie, daß selbst Wolf Larsen nicht beizudrehen wagte, obgleich wir Gefahr liefen, weit nach Süden und aus den Robbengründen getrieben zu werden.

Wir mußten etwa bis in die Route der Transpazifiklinie gekommen sein, und als der Taifun nachließ, befanden wir uns zur Überraschung der Jäger inmitten einer großen Robbenherde, — einer Art Nachhut; wie sie erklärten, etwas sehr Seltenes.

Gegen Abend näherte Leach sich mir. Ich war gerade damit fertig, die Häute zu zählen, die das letzte Boot an Bord gebracht hatte, als er in der Dunkelheit neben mich trat und leise fragte: „Herr von Weyden, können Sie mir sagen, wie weit wir von der Küste entfernt sind und in welcher Richtung Jokohama liegt?"

Mein Herz hüpfte vor Freude, denn ich wußte, was er vorhatte, und ich gab ihm die Richtung an: „500 Meilen West-Nord-West."

„Danke!" Mehr sagte er nicht und dann schlüpfte er wieder ins Dunkel zurück.

Am nächsten Morgen wurde Boot 3 mit Johnson und Leach vermißt. Gleichzeitig fehlten die Wasserfässer und Eßkisten aller anderen Boote, Bettzeug und Seesäcke der beiden Männer.

Der Wind war günstig, wenn auch unbeständig, aber mir schien, daß man ebensogut eine Stecknadel in einem Heuschober wie das winzige Boot in dieser blauen Unendlichkeit hätte suchen können. Wolf Larsen holte jedoch alles aus der „Ghost" heraus, um die Flüchtlinge vom Lande abzuschneiden, und kreuzte hin und her in der Überzeugung, irgendwo auf sie zu stoßen. (Fortsetzung folgt.)

SPD. erhält ein weiteres Mandat

Berlin, 20. August. (Eigener Bericht). Der Reichswahlausschuß hat am Montag in einer Sitzung ein großes Additionsversehen korrigiert, das bei der Zusammenstellung des Wahlresultats vom 20. Mai zur Reichstagswahl im Wahlkreis Ostpreußen zu verzeichnen war. Dort waren im Regierungsbezirk Gerdauen 60 Stimmbezirke bei der Addierung ausgefallen. Es handelte sich um insgesamt 10 418 Stimmen, die sich folgendermaßen verteilen:

Sozialdemokraten 4622,
Deutschnationale 3868,
Zentrum 19,
Deutsche Volkspartei 318,
Kommunisten 710,
Demokraten 307,
Linke Kommunisten 31,
Mittelstandspartei 64,
Nationalsozialisten 182,
Deutsche Bauernpartei 224,
Völkischer Block 40,
Volksrechtspartei 42,
Evangelische Volksgemeinschaft 8,
Christlich-soziale Reichspartei 5,
Deutschsoziale Partei 11,
Reichsblock der Geschädigten 16 und
Alte Sozialdemokratische Partei 11.

Die mehr ermittelten 4622 sozialdemokratischen Stimmen sind den auf der Reichsliste entfallenen 26 165 Reststimmen zugezählt worden, so daß sich ein Rest von 30 787 Stimmen ergibt. Da 30 000 Reststimmen zu einem weiteren Mandat genügen, stellte der Reichswahlausschuß fest, daß auf die sozialdemokratische Reichsliste statt 9 Sitze 10 entfallen. Der durch diese Korrektur für gewählt erklärte Abgeordnete ist der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes Albert Falckenberg. Die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten beträgt jetzt 153.

Ein internationaler Bund sozialdemokratischer Juristen

Die in Brüssel im Anschluß an den Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zusammengetretene Konferenz der sozialistischen Juristen hat einstimmig die Gründung eines internationalen Bundes sozialdemokratischer Juristen beschlossen. Der Sitz des Bundes ist Berlin.

Der Bund hat die Aufgabe, zur Unterstützung der der SAJ. angeschlossenen Parteien und im Rahmen der Beschlüsse der sozialdemokratischen Parteien und der SAJ. hinzuwirken in allen Ländern: 1. Auf die Erfüllung der Rechtsordnung mit sozialistischem Geist. 2. Auf den juristischen Schutz der Arbeiter gegen Klassenjustiz und Verfolgung politischer Ueberzeugungen, für die Amnestierung der wegen politischer Straftaten Verfolgten. 3. Auf die Verteidigung der politischen und menschlichen Freiheitsrechte (Schutz der wegen politischer Straftaten Verfolgten). Ferner insbesondere 4. auf die Abschaffung der Todesstrafe, 5. auf den Schutz des Asylrechts.

In den Ländern, in denen die Freiheit der Richter und Verteidiger durch die Staatsgewalt bedroht oder beseitigt ist, hat der Bund die Pflicht, für die Wiederherstellung dieser Rechte einzutreten.

Die Konferenz fordert die Juristen der SAJ. angeschlossenen Parteien auf, in ihren Ländern Vereinigungen sozialdemokratischer Juristen zu gründen.

Dem provisorischen Büro des Bundes gehören an: Vandervelde, Longue, Renner, Rosenfeld, Modigliani, Posner, Behy.

Der deutsch-chinesische Zollvertrag

Zwischen China und Deutschland ist ein Zollvertrag abgeschlossen worden, der den bestehenden deutsch-chinesischen Vertrag vom Jahre 1921 ergänzt. Im Vertrag von 1921 sicherte Deutschland den Chinesen Tarifautonomie zu. China räumte uns aber damals hinreichende Konzessionen nicht ein. Vor allem wollte es Deutschland die Meistbegünstigung noch nicht zugestehen. In dem jetzigen Vertrag wird vereinbart, „daß in allen Zoll- und verwandten Angelegenheiten keiner der beiden hohen vertragsschließenden Staaten in dem Gebiet des anderen irgendwie gegenüber der Behandlung eines anderen Staates benachteiligt werden soll."

Damit kommen wir auf dem chinesischen Markt in den Besitz der Meistbegünstigung. Der Wert der Meistbegünstigungsklausel besteht darin, „daß Deutschland in Zukunft in China keine höheren oder anderen Zölle, inneren Angaben oder Steuern bei der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren zu zahlen hat als die von den Angehörigen Chinas oder von den Angehörigen irgendeines anderen Landes gezahlten Zölle, Abgaben usw." Da die deutsche Ausfuhr aus China im Jahre 1927 rund 200 Millionen Mark und die deutsche Einfuhr nach China rund 120 Millionen Mark betrug, ist die für Deutschland erreichte Gleichberechtigung von großer Bedeutung für unseren Warenverkehr. Sie kennzeichnet die Richtigkeit der Friedenspolitik, die wir seit Ende des Weltkrieges gegenüber China betrieben haben.

Die endgültige Regelung soll in einem Handels- und Schiffahrtsvertrag erzielt werden, der auf der Grundlage vollkommener Gleichberechtigung und Gleichstellung aufzubauen ist. Die Verhandlungen werden bald beginnen.

Mit dem vorliegenden Vertrag hat China gegenüber zwei großen Staaten, Nordamerika und Deutschland, in aller Form die Gleichberechtigung erlangt. Es ist anzunehmen, daß diese Tatsache früher oder später auch die anderen Länder zwingen wird, dem Beispiel Deutschlands und Amerikas zu folgen.

Tagung des Aeltestenrats des Reichstages

Der Reichstagspräsident hat den Aeltestenrat des Reichstages für Montag, den 27. August, vormittags 11 Uhr, einberufen. Der Aeltestenausschuß wird darüber zu entscheiden haben, ob dem kommunistischen Antrag auf Einberufung des Reichstages entsprochen werden soll oder nicht. Eine Aussicht, daß dem kommunistischen Antrag Folge geleistet wird, besteht nicht!

Die Hetze gegen die französischen Genossen

Wegen ihrer friedensfreundlichen Haltung in Brüssel

Paris, 20. August. (Eig. Bericht.) Ehe der Kongreß der Arbeiter-Internationale in Brüssel überhaupt eröffnet war, wurden die französischen Sozialisten von der nationalistischen Presse ihres Landes wegen ihrer Teilnahme an dieser Veranstaltung in der übelsten Weise angegriffen. Diese Hetze ist nach dem Abschluß des Kongresses eher heftiger als schwächer geworden. Insbesondere die Erklärung der französischen Delegation über die Räumung des Rheinlandes und die Rückgabe des Saargebiets an Deutschland hat im reaktionären Bürgertum einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen.

In ihrem Kampf gegen die Sozialisten geht die Rechtspresse so weit, daß sie die Erklärungen der deutschen Delegation zur Rheinlandfrage überhaupt nicht oder nur verdreht zur Kenntnis ihrer Leser bringt. Charakteristisch für die von einem großen Teil der bürgerlichen Presse angewandten Methoden ist die Art und Weise, wie das Hauptorgan der Hochfinanz, der Pariser „Temps", die Erklärung des Reichstagspräsidenten Löbe vor dem Brüsseler Kongreß behandelt. Dieses Blatt hat einen der wichtigsten Sätze aus dieser Erklärung einfach herausgestrichen und seinen Lesern dann auf Grund dieses gefälschten Textes einen Leitartikel serviert, in dem es sich bemühte, die französischen Sozialisten als von den Deutschen irregeführten Narren und die deutschen Sozialdemokraten als „Agenten ihrer Regierung" hinzustellen. Es ist nicht ganz klar, warum der „Temps", insbesondere in letzter Zeit, in seine alte Deutschenfresserei aus der ersten Ruhrepoche zurückverfallen ist. Sind es etwa die Einflüsse einzelner französischer Mitglieder der „Deutschfranzösischen Studienkommission" in Berlin? Merkwürdig, so lange die Deutschnationalen in der Regierung saßen, haben die französischen Herren dieses Komitees oft die Augen vor Dingen zugedrückt, die unzweifelhaft dem deutsch-französischen Versöhnungswerk schaden mußten. Jetzt, wo die Sozialdemokraten an der Macht sind und wo es keinen Zweifel darüber geben kann, daß der ehrlichste Friedenswille die gesamte Regierungspolitik in entscheidender Weise beseelt, hält der „Temps" es plötzlich wieder für angebracht, in Mißtrauen zu machen.

Vermutlich stehen auch gewisse Elemente des französischen Auswärtigen Amtes hinter der neuesten Hetze des Pariser „Temps". Es gibt dort Beamte, die mit der Gesamtrichtung der Briandschen Außenpolitik nicht einverstanden sind und denen es deshalb auf eine Intrige mehr oder weniger nicht ankommt. Es ist z. B. sicher, daß zwischen dem Generalsekretär des Quai d' Orsay, Philippe Berthelot, und dem wesentlich jüngeren Direktor des Briandschen Kabinetts, Leger, ein ziemlich scharfer Konflikt besteht. Der Außenminister selbst ist seit Wochen abwesend und kehrt nur von Fall zu Fall nach Paris zurück, wenn er dringende und hohe Besuche empfangen muß. Erst zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes wird er sich wieder einmal mehrere Tage in der französischen Hauptstadt aufhalten. Man nimmt in offiziellen Kreisen bestimmt an, daß es bei dieser Gelegenheit zu einer eingehenden Aussprache zwischen Briand und Stresemann über die schwebenden deutsch-französischen Probleme kommen wird. Diese Aussprache fürchtet man in gewissen Kreisen. Die Hetze gegen die deutschen und die französischen Sozialisten verfolgt deshalb u. a. auch den Zweck, die Atmosphäre für eine offene Auseinandersetzung zwischen den beiden Außenministern möglichst ungünstig zu gestalten. Leider ist es so, daß Briands taktische Bewegungsfreiheit nach der ausführlichen Debatte über die österreichische Anschlußfrage keineswegs ungehemmt ist. Da er außerdem damit rechnet, daß er für den Fall einer Regierungskrise im im Herbst oder Winter die Nachfolge Poincarés antritt, dürfte er kaum etwas tun, was einen Gegensatz zwischen ihm und den bürgerlichen Mittelparteien hervorrufen könnte. Andererseits weiß Briand, daß er, je nachdem wie sich die Dinge innerpolitisch entwickeln, mit den Sozialisten rechnen muß, so daß er auch bei ihnen nicht allzu hart anstoßen darf.

Alle diese Umstände lassen die Umrisse der französischen Außenpolitik von morgen hinter Schleiern verschwinden.

Flaggen-Zwischenfall in Brixen

Innsbruck, 20. August. Nach Meldungen aus Brixen wurde dort in der Nacht vom 16. auf den 17. August zwischen den beiden Türmen des Domes eine große Fahne in den in Südtirol verbotenen Farben rot-weiß aufgezogen. In den Morgenstunden wurde die Fahne sofort vom Militär heruntergeholt. Noch in den Vormittagsstunden begannen Verhöre und Haussuchungen. Dabei wurde zuerst der Meßner des Domes nach einem peinlichen Verhör in Gewahrsam genommen, worauf auch der Stellvertreter des auf Urlaub befindlichen Dompfarrers, Benedikt Pertramer, verhaftet wurde. Außerdem wurden der Dom-Kapellmeister Pius Goller sowie die Wirtschafterin des abwesenden Dompfarrers verhört. Schließlich beschlagnahmten die Behörden noch die Schlüssel des Domes. Im Laufe des 17. August begab sich eine Abordnung des Klerus unter Führung des bischöflichen Kanzlers, Prälaten Mutschlechner, zum Präfektur-Kommissar und verlangte die Herausgabe der Domschlüssel mit der Erklärung, daß sie sonst für nichts garantieren können. Ferner forderte die Abordnung die Freilassung des verhafteten Domgeistlichen. Wenn man diesen in Haft behalte, dann würden die übrigen Geistlichen ihre eigene Festnahme fordern. Die italienischen Behörden gaben zwar die Domschlüssel heraus, erklärten jedoch, daß wegen der Enthaftung Pertramers erst eine Weisung aus Bozen vorliegen müsse. Die Vorfälle haben in Brixen eine ungeheure Erregung ausgelöst. Wie der „Tiroler Anzeiger" berichtet, ist man in Brixen einhellig der Meinung, daß der Fahnenzwischenfall von den Faschisten selbst inszeniert worden sei. Man verweist darauf, daß gerade in der letzten Zeit eine Hetze gegen den deutschen Klerus eingeleitet wurde, der als das letzte Bollwerk des Deutschtums in Südtirol bezeichnet wird.

Gründung eines internationalen Stahlkontors?

Paris, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Innerhalb des Internationalen Stahlkartells sind nach Meldungen der französischen Presse zurzeit Vorbereitungen zur Gründung eines internationalen Ausfuhrkontors im Gange. Die Initiative hierzu soll von deutscher Seite ausgehen. Angeblich handelt es sich besonders darum, eine vernünftige Regelung der europäischen Ausfuhr zu schaffen, die durch das amerikanische Dumping besonders auf dem südamerikanischen Markt unter schwerster Konkurrenz zu leiden hat.

Rohheiten belgischer Faschisten

Sie pöbeln den Genossen Huysmans an

Brüssel, 20. August. (Eigener Drahtbericht.) Im Kursaal von Ostende, wo der russische Sänger Schaljapin an einem Konzert mitwirkte, veranstalteten Faschisten große Radauszenen gegen den anwesenden früheren Unterrichtsminister Camille Huysmans und seine beiden Töchter. Den Vorwand dazu lieferte der Einzug der belgischen Prinzessin Stefanie. Das Orchester stimmte die belgische Nationalhymne an. Obwohl sich Huysmans wie alle anderen von seinem Sitz erhob, wurde von mehreren in seiner Nähe befindlichen Faschisten ein wüstes Geschimpf gegen ihn losgelassen, weil er ein bereits vorher begonnenes leises Gespräch mit seinem Nachbar fortsetzte. Die Faschisten umringten Huysmans und schrien auf ihn ein: „Verräter, tötet ihn!" und machten Anstalten, ihn anzugreifen. Verschiedene spuckten um sich herum; einer schlug sogar mit einem Stock auf die Tochter Huysmans und eine andere sie begleitende Dame ein. Trotzdem Polizeikräfte herbeigerufen und mehrere Faschisten in Haft genommen wurden, dauerten die Szenen auch nach dem Konezrt noch an.

Es handelt sich hier um den ersten Fall, daß sich belgische Faschisten an einem sozialistischen Führer persönlich vergreifen. Die belgische Arbeiterpartei wird aus dieser Lehre die notwendigen Konsequenzen zu ziehen wissen.

Der deutsch-französische Schüleraustausch

Paris, 21. August. (Eig. Funkbericht.)

Der preußische Kultusminister Becker erklärte einem Vertreter des „Oeuvre" in Berlin, daß der Austausch deutscher und französischer Schüler in diesem Jahre ausgezeichnete Resultate ergeben habe. Er werde deshalb mit aller Kraft dafür eintreten, daß auf dem begonnenen Wege fortgeschritten werde. Dieser Austausch fördere vor allem die Sprachkenntnisse. Augenblicklich studierten in Paris etwa 300 deutsche Studenten, während es französische Studenten in Berlin zur Zeit nur drei gebe.

Großer Wahlsieg Venizelos

Athen, 21. August. (Eigener Funkbericht.)

Das vorläufige Ergebnis der griechischen Wahl liegt immer noch nicht vor. Vermutlich werden die Venizilisten von den 250 Sitzen der Kammer allein über 200 erhalten. Die Royalisten dürften kaum mehr als 30 Sitze erringen. Venizelos, der bereits am Montag die Vertreter der ausländischen Presse empfing, erklärte, daß der Ausgang der Wahlen einen großen Sieg des republikanischen Gedankens bedeute. Das könne selbst die Opposition nicht mehr bestreiten.

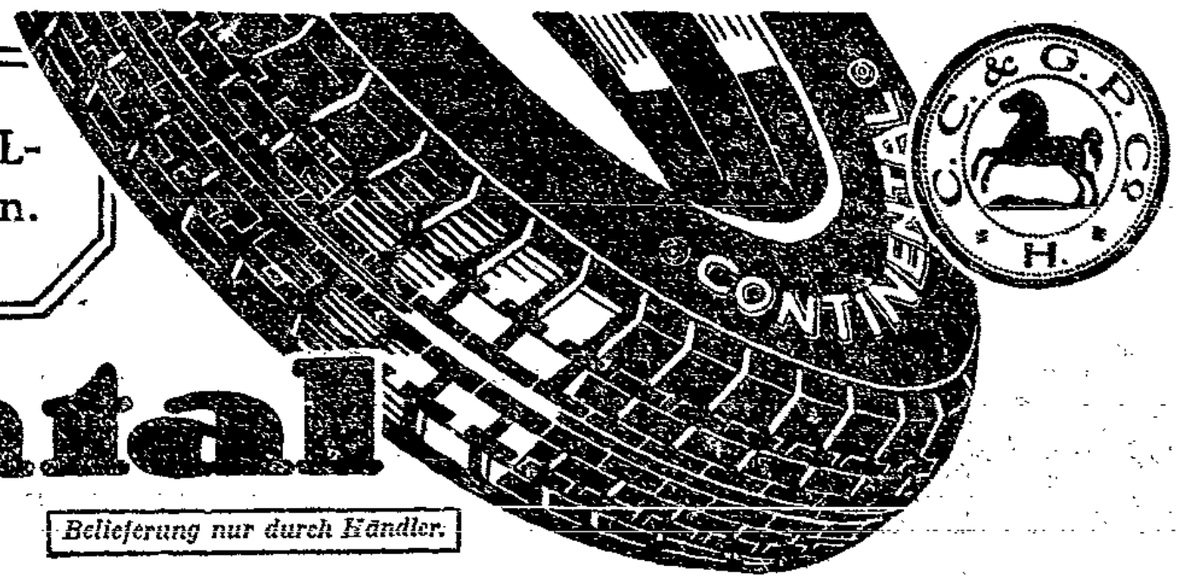
Der Terror in Bulgarien

Sofia, 20. August. (Eigener Bericht.) Im Zusammenhang mit den jüngsten politischen Morden in Sofia und in den mazedonischen Grenzbezirken hat das Innenministerium einen Befehl an die Polizei gerichtet, demzufolge sämtliche Personen zwangsweise zu stellen sind, die ohne Erlaubnis im Besitze von Waffen angetroffen werden. Personen, die sich in Sofia herumtreiben und nicht nachweisen können, daß sie dort ihren Wohnsitz haben, werden interniert. Wie eine Verlautbarung der Stadtkommandantur von Sofia mitteilt, sind bei den Polizeistreifen der letzten Tage bereits zahlreiche Leute verhaftet und in Internierungslager abgeschoben worden.

Diese Aktion der bulgarischen Regierung gegen die mazedonischen Terroristen wird nach den Informationen einiger Blätter auf die englisch-französische Demarche zurückgeführt, über deren Verlauf die bulgarische Regierung nach wie vor schweigt. Die Behauptungen der Presse, daß der englisch-französische Schritt die Regierung in eine schwierige Lage gebracht habe, da die Zurückweisung der von englisch-französischer Seite ausgesprochenen Wünsche hinsichtlich der Auflösung der Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation das Scheitern der Anleihe und andere Komplikationen zur Folge haben könnte, bezeichnen die offiziellen Stellen als unzutreffend. Der Ministerpräsident erklärte: Alles ist „Wind".

In Sofia selbst lächelt man über den Regierungsbefehl, die mazedonischen Komitadschis zu entwaffnen. Er dürfte in den Grenzkreisen Petritsch und Küstendil niemals durchgeführt werden, weil dort faktisch der Bandenführer Iwan Michailoff herrscht. Der Polizeiminister Liaptscheff dürfte es selbst angesichts der Gefahr eines Scheiterns der Völkerbundsanleihe nicht wagen, energisch gegen die Mazedonier vorzugehen, denn das wäre praktisch gleichbedeutend mit dem Ausbruch eines Bürgerkrieges oder mit dem Sturz der Regierung. Heer und Polizei, in denen der mazedonische Einfluß vorherrschend ist, ständig in dem gleichen Momente gegen die Regierung.

Nur gute Reifen sind wirtschaftlich. CONTINENTAL-Reifen sprechen für sich durch ihre Leistungen.



Continental Reifen

Belieferung nur durch Händler.

Familien-Anzeigen

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Sonnabend, den 18. August, verstarb unser Kollege

Richard Lauterbach

im Alter von 59 Jahren.

Ehre seinem Andenken! 2654

Die Ortsverwaltung Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, 22. August, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Friedhofes in Pohlanowitz.

Am 18. August, früh 7 Uhr, verstarb nach langem, schwerem Leiden unser werter Kollege, der **frühere Marstallbedienstete**

Richard Lauterbach

im Alter von 59 Jahren. 7149

Ehre seinem Andenken!

Die freiorganisierten Kollegen der Städt. Marstallverwaltung.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Pohlanowitz aus.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Sonntag, den 19. August, verstarb unser Kollege

Oskar Gebauer

im Alter von 54 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung Breslau.

Einäscherung: Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium Gräbschen. 2655

Sonnabend, den 18. August, verstarb unser Mitglied

Maria Grundke

im Alter von 74 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Breslau.

Beerdigung: Heute Dienstag, nachmittags 3½ Uhr, auf dem St. Bernhardin-Friedhofe in Dürrgoy. Trauerhaus: Gräbschener Straße 42. 2653

Am 18. August verschied unsere Genossin

Maria Grundke

im Alter von 74 Jahren. 2656

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

Die Genossinnen u. Genossen des Distrikts 15 des Sozialdemokratischen Vereins Breslau.

Beerdigung: Dienstag, nachm. 3½ Uhr, von der Halle des St. Bernhardin-Friedhofes in Dürrgoy.

Am 18. August verstarb die Frau unseres Mitgliedes 7150

Agnes Fieweger

im Alter von 45 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

Die Mitglieder der Schärpenkasse des Gaswerks Dürrgoy.

Beerdigung: Dienstag, den 21. August, nachmittags 4 Uhr, Oswitzer Friedhof, Kapelle 1.

Soeben erschienen:

Justin Richter

Die in Ihre Hände fallen!
Jugend in Not . . . . .
broschiert Mark 3.20

Volkswachtbuchhandlungen
Neue Graupenstr. 5, Neue Taschenstr. 11
Flurstraße 4/6.

Buchhandlung Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 3, N. Graupenstr. 5

Wohnungen

Tausche
schöne, sonnige Einzimmer-Wohnung ohne Küche, i. gut. Hause i. Ostert., i. Zweizimmer-Wohn. Off. u. T 10 Buchhdlg. Neue Taschenstraße 11. 56

Tausche
Wohnung mit Vereinigung, Ketzerberg, in Wohnung ohne Vereinigung. Offerten unter B 704 a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Tausche
meine schöne, große 3-Zimmerwohn., 4 Kilometer von Brieg, gegen 2—3 Zimmerwohnung in Breslau. Offert. unt. A 142 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung 7148

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden bei dem Hinscheiden meiner inniggeliebten 825

Frau Kaufmann Marie Wojtko

sage ich meinen herzlichsten Dank. Ganz besonderen Dank Herrn Kaplan Buchali für seine trostreichen Worte am Grabe.

Im Namen aller Hinterbliebenen:

Alexander Wojtko.

Die Buchkarte

ermöglicht Parteimitgliedern oder freigewerkschaftlich Organisierten bei Zahlung von

0.50 pro Woche

nach eigener Wahl die Einrichtung einer

Bibliothek

Bücher sind Freunde und Kampfgefährten!!

Ausgabestelle der Karten

nur Volkswachtbuchhandlung Neue Graupenstr. 5

Fort mit der alten

abgenützten Bürste, denn wozu sich quälen, wenn man

auf die Oderstraße

zweites Viertel vom Ring gehen kann, wo es Bürsten, Kämme, Klopfer, Scheuertücher mit kl. Fehlern

zu Spottpreisen

in großen Mengen gibt. Es erwartet Sie

London & Co., G. m. b. H., **Oderstr. 5,** 2. Viertel v. Ring. 7139

7142

Felix Kayser

MUSIKHAUS RING AM RATHAUS 26
FERNSPR. 59068

Autorisierte Verkaufsstelle in Breslau für

Electrola

Fabrikate. Hören Sie die fabelhaften

August-Neuaufnahmen

Schallplatten und **Musikapparate** renommierter Marken. **Ständiger Eingang neuester Platten.**

Leihweise elegante 7084

Frack- u. Rock-Anzüge

Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, I. Tel. 57062
früher Albrechtstraße.

Drucerei Volkswacht

Moderne, zweckmäßige und saubere Ausführung aller Drucksachen preiswert und bei kürzester Lieferzeit

Breslau 2, Flurstraße 4/6.

Zurückgekehrt
Zahnarzt 337
Dr. G. Guttmann
Schweidnitzer Stadtgraben 19

Nicht Soda verlangen, sondern immer Henko

Wenn Sie, nur in der Schutzmarke Packung mit den Henkel-Leuten.

Henko ist ein Reinigungsmittel ergiebig und kostbar billiger! Seit 50 Jahren sind Henkel-Bleichsoda in gleichbleibender Güte hergestellt.

Häusliches, junges Mädchen

27 Jahre, evgl., gute Aussteuer, wünscht Bekanntschaft mit soliden Beamten mit gut. Herzensbildung zwecks Heirat. Offerten unter A 141 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wer will sich an meiner Verkaufs-Halle beteiligen? Bin 43 Jahre, Junggeselle. Offerten unter 793 an Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten. 828

Achtung Auktion
Dienstag, den 28. August
Leihhaus Rudolph
Westendstr. 47 I 7143

Leihweise
Frack- Rock- u. Smoking-Anzüge
nur neueste Fassons
C. P. Pätzold
Königstraße 7/9, I.
7137 Kißling-Ausschank.

Sie verdienen täglich
10 Mk. an Schnürsenkel. Nur persönlich kommen.

Reste
in Serge, Kittei, Leinwand Aermelfutter • Roßhaar Garn, Knöpfe, Kernseife, Erdal, alles sehr billig, prima Ware • Detail und Engros
Bertold Lippert
Heinrichstraße 16 7140
Filialen: Oderstraße 17 und Weißgerbergasse 43.

Leihweise elegante
Frack- Rock- und Smoking-Anzüge
A. Patalong
Schneidermeister 6123
Bischofstraße 3.

Inserate erzielen in dieser Zeitung den größten Erfolg

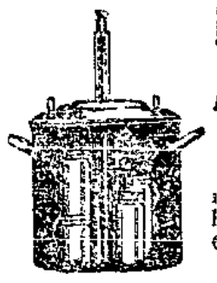
Ein weiterer Waggon

Einkochgläser

beste mundgeblasene, helle Ware massiver Rand mit Gummiring

Garantiert größte Hitzebeständigkeit

	½	¾	1	1½	2 Liter
eng Stück	35	38	40	45	50 Pf.
weit Stück	38	40	45	50	55 Pf.



Einkoch-Apparate
Original Langer
1a verzinkt
mit Einsatz, Thermometer, Kochbuch und 6 Federn komplett **4.95**

Prima rote Gummiringe
eng 4 Pf. weit 6 Pf.

Verschlußbügel
für enge und weite Gläser Stück 5 Pf.

Ersatzthermometer
für Einkoch-Apparate, mit Hülse Stück 95 Pf., ohne Hülse Stück 60 Pf.

Ersatzklammern
für Einkoch-Apparate . . Stück 10 Pf.

7144

Blesson Waldschmidt

Das billige kunsthistorische Buch!

Brieger: *Das Aquarell.* Seine Geschichte und seine Meister. Mit 200 Abbildungen . ½ Ln., statt 20.00 **7.00**
Stein: *Raffael* . . . . . ½ Ln., statt 4.00 **2.00**
Diez: *Einführung in die Kunst des Ostens* Mit 73 Abbildungen . . . . . ½ Ln. **2.25**
Rudelsberger: *Altchinesische Liebeskomödien.* Mit vielen Abbildungen . . . . . Or.-Seidenbd. **7.00**
With: *Buddhistische Plastik in Japan* **10.00**
Struck-Zweig: *Das Ostjüdische Antlitz.* Mit 52 Zeichnungen . . . . . Ln. **6.50**, ½ Ln. **4.50**
Tromentin: *Die alten Meister.* (Belgien—Holland) Mit 40 Abbildungen . . . . ½ Ldr. **4.00**, ½ Ln. **2.50**
Huysmans: *Mathias Grünewald* . . . . . Ln. **4.50**
Michelangelo: *Die Handzeichnungen des M—.* Mit vielen Abbildungen **3.00**
Scheffenberg: *Dürers Apokalypse.* Mit 49 Abb., ½ Ln. **3.00**
Hensy: *Der Weg zum Kubismus* . . . . . Ln. **3.00**
Franz Masereel von Arthur Holitscher und Stefan Zweig. Mit vielen Holzschnitten . Ln. **6.00**
Graphiker der Gegenwart. 102 Reproduktionen von Orlik, Slevogt, Zorn u. a. . . . . ½ Ln. **1.50**
Wilhelm Leibl: *Sein Leben und sein Schaffen.* Mit 48 Tafeln . . . . . ½ Ln. **3.50**
Pfister: *Der junge Dürer.* Mit vielen Reproduktionen ½ Ldr. **5.00**
Scheede: *Die Burg von Athen.* Mit vielen Abb. Ln. **3.00**
Thoma: *Die Handzeichnungen von Hans T—.* Herausgegeben von Storck. Mit 100 Abbildungen . ½ Ln. **10.00**
Schultz: *Allgemeine Kunstgeschichte der Renaissance.* 2 Bde. Mit 732 Abbildungen . . . . . ½ Ldr. **24.00**
Loewenstein: *Die Handzeichnungen der japanischen Holzschnittmeister.* Mit 32 Tafeln . . . . ½ Ln. **2.50**
Rembrandts Radierungen. Herausgegeb. von Singer. 3 ½ Ln.-Mappen. *Das gesamte graphische Werk R—.* in Or.-Größe. . reproduziert statt 150.00 **50.00**
Fixian. Herausgegeben von O. Zoff. Mit Abb. ½ Ldr. **4.00**

Zu beziehen durch die

Volkswacht-Buchhandlungen Breslau
Modernes Antiquariat
Neue Graupenstraße 5 ★ Neue Taschenstraße 11 ★ Flurstraße 4/6

Dortselbst finden Sie Kunsthistorika über alle Spezialgebiete zu Gelegenheitspreisen!

Für die Redaktion verantwortlich: **Rolf Reventlow**; für die Anzeigen: **Max Tedus.** — Redaktion: Friedrichplatz 3. — Hauptexpedition: Flurstr. 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtl. in Breslau

Breslauer Nachrichten

Breslau, den 21. August 1928.

Treten zum Beten

Die Breslauer Schulen rüsten zum Empfange des Reichspräsidenten Hindenburg. In der Jahrhunderthalle soll ein Kindermassenchor singen:

Wir treten zum Beten vor Gott, den Gerechten,
Er wollte, es sollte das Recht siegreich sein.

Wie Genosse Rektor Gabriel gestern in der Versammlung der Parteifunktionäre mitteilte, werden sich die weltlichen Schulen an diesem Empfang nicht beteiligen. Wir können diesen Beschluß um so eher verstehen, als man Gott nicht gerade zu loben braucht, daß er den Marschall Foch statt Hindenburg siegreich sein ließ.

Auch viele Eltern anderer Schulen werden ihre Kinder nicht singen lassen wollen:

Da war, kaum begonnen, die Schlacht schon gewonnen,
Sein Name sei gelobt, denn er verläßt uns nicht!

Schon weil das alles nicht stimmt, und weil wir unsere Kinder zur Wahrheit und vor allem zur Kriegsgegnerschaft erziehen wollen. Nötig hat niemand, seine Kinder das mitmachen zu lassen.

Landesarbeitsgericht Breslau

Eine Aufforderung, der man nicht nachkommen braucht — Schon Götz von Berlichingen sprach von ihr

Landarbeiterprozesse, die seit Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes in zunehmenden Maße vor die Arbeitsgerichte kommen, sind infolge der Deputatentlohnung und der besonderen, wenig erfreulichen Betriebsverhältnisse des landwirtschaftlichen Arbeitnehmers oft langwierig und kompliziert. Auch die Zeugennehmung ist bei dem schwerfälligen ländlichen Menschenschlag und der großen Abhängigkeit der meist in Frage kommenden Zeugen sehr schwierig. Ein sprechendes Bild dieser Schwierigkeiten gab die Berufungsverhandlung gegen Gutsbesitzer Stein, Besitzer des Dominiums Kochern, Kreis Ohlau, die sich gegen das Urteil des Arbeitsgerichts Brieg wendete, das der fristlosen Entlassung des Lohngärtners Sch. zugestimmt hatte. Sch. sollte nämlich, nachdem ihn der Arbeitgeber wegen eines vermuteten Versehens mit unglaublichen Schimpfausdrücken belegt hatte, mit dem bekannten Zitat aus dem Götz von Berlichingen geantwortet haben. Der Prozeßvertreter des Landarbeiterverbandes hatte in erster Instanz zwar geltend gemacht, daß diese liebenswürdige Einladung keine Beleidigung, sondern lediglich eine starke Zumutung sei, der man aber nicht nachkommen brauche. Dies Argument verfing auch beim Landesarbeitsgericht nicht, dürfte zweckmäßigerweise auch nicht die arbeitsrechtliche Rechtsprechung übergehen, denn es kommt auch vor, daß Arbeitgeber solche „Zumutungen" stellen und der Arbeitnehmer wird dann wohl das Recht für sich in Anspruch nehmen, fristlos zu gehen. Dagegen war es strittig, wann die Aeußerung gefallen war und die Behauptung des Berufungsklägers Sch., er habe diese Zumuntung erst nach der fristlosen Entlassung ausgesprochen, konnte einwandfrei nicht widerlegt werden.

Aus diesem Grunde und weil die anderen noch geltend gemachten Beschimpfungen des Arbeitgebers, durch dessen auch von dem Brieger Gericht scharf gegeißelten Verhalten kompensiert sei, erkannte das Landesarbeitsgericht, daß das Dienstverhältnis nicht zu Recht fristlos gelöst wurde. Sch. kann also den Lohn für fast sechs Monate Erwerbslosigkeit nachfordern. — Aber nun entsteht die zweite Frage, nämlich die Lohnberechnung und der Einwand, daß bei dem angeblich bestehenden Leutemangel in der Landwirtschaft, der Entlassene schuldhaft versäumt habe, neue Arbeit zu suchen. Da der Kreisarbeitsnachweis Strehlen bemerkenswerterweise eine dem Arbeitgebersyndikus keineswegs genehme Auskunft über die Arbeitsmöglichkeiten in der Landwirtschaft gegeben hatte, verlangte er natürlich ein Gutachten der — — Landwirtschaftskammer, die sich erst kürzlich in einem lebhaft angefochtenen Gutachen in dem Streit um den Obernigker Sittenwald als nicht restlos kompetent erwiesen hat. Zur Feststellung des effektiven Lohnverlusts an Deputat und Barlohn soll, wenn sich die Parteien nicht auf einen festen Satz einigen, noch eine weitere umständliche Erhebung stattfinden und die Landwirtschaftskammer um Rückäußerung der bereits an sie gerichteten, Fragen ersucht werden. rw.

Der Straßenhandel.

Man schreibt uns:

Schon wiederholt konnte die hohe Bedeutung des Obsthandels auf der Straße im Wirtschaftsleben bewiesen werden. In gegenwärtiger Zeit, bei der großen Wärme, sei nur daran erinnert, daß Frischobst absolut keine Lagerung verträgt und daß der allerkürzeste Weg vom Erzeuger zum Verbraucher gewählt werden muß, um die Beschaffenheit des häufig überreifen Frischobstes nicht zu gefährden. Es war bisher dem Straßenhandel überlassen, den größten Teil, nachweislich 70 bis 80 Prozent, aller Frischobstmassen weiterzuleiten, und er hat diese Funktion in geradezu vorbildlicher Weise gelöst. Man kann sagen, restlos werden die Obstmengen durch den Straßenhandel geräumt und ebenso restlos täglach ausverkauft. Diese Aufgabe kann durch den Straßenhandel aber nur dann gelöst werden, wenn er seine Ware an Brennpunkten präsentiert, sie so dicht wie möglich an die Käufer heranbringt und sie zum Kaufe seiner appetitlichen Früchte anlockt. Besonders hervorzuheben ist, daß der Straßenhandel preisreduzierend wirkt und sich dadurch bei der breiten Masse der Bevölkerung sehr beliebt gemacht hat. An jedem Fabrikeingang, an jedem Bahnhofe, an jeder Straßenkreuzung wie auf allen Sportplätzen usw. sollte, ohne Rücksicht darauf, welche Stunde der Zeiger der Uhr anzeigt, der Obstverkauf freigegeben werden.

Ist nun die Behörde, Handelskammer usw. bestrebt, diesen wichtigen Zweig im Wirtschaftsleben zu fördern? In vielen Fällen muß diese Frage verneint werden. Ohne Rücksicht auf die hohe Bedeutung des Straßenhandels geht man daran, ihn bis beinahe an der Peripherie zu verdrängen. Der Straßenhandel soll sogar einer Konzessionspflicht unterworfen werden, wie ebenso Bestrebungen im Gange sind, ihn vom Bedürfnis und von der Vorlegung eines Befähigungszeugnisses des Straßenhändlers abhängig zu machen. Hierdurch soll lediglich der Straßenhandel unterbunden werden. Die Behörde findet aber auch noch andere Mittel und Wege, solche wichtige Existenzen zu vernichten. Gerade das Zentrum der Stadt will man vom Straßenhandel vollständig freimachen und gibt die Behörde verkehrstechnische Gründe an. Wir erkennen an, daß im Interesse der Sicherheit des Verkehrs auch dem Straßenhandel begrenzte Schranken auferlegt werden können, es muß aber ganz entschieden Verwahrung eingelegt werden, daß diese Maßnahmen auch für Straßenzüge, wie es die Alsen-, Anderssen- Mariannen- und Berliner Straße sind, angewendet werden. Warum räumt man Inseln, wie am Sonnenplatz, Christophoriplatz und an der Zwingerstraße? Warum gibt man für Blumenfrauen nicht einmal die Eingänge zur Promenade frei? Ganz systematisch setzt die Räumung der Behörde ein. Kaum ist der eine Platz geräumt, folgt der andere, und immer nur aus verkehrstechnischen Gründen. Ob diese Gründe nicht einen anderen Ursprung haben? Durch solche Räumungen wird zweifellos der Volkswirtschaft ein schlechter Dienst erwiesen. Die Straßenhändler sind selbstverständlich sehr empört und haben ihre Vertretung beauftragt, weitere Räumungen zu unterbinden und sich dafür einzusetzen, daß die obengenannten Straßen und Plätze wieder freigegeben werden. Ein großer Demonstrationszug mit anschließender Kundgebung ist in kurzer Zeit geplant. Die in Frage kommenden behördlichen Stellen sollten mit aller Entschiedenheit dafür eintreten, daß die eintreffenden Obstmengen unverzüglich und auch planmäßig weitergeleitet werden können. Hierzu ist notwendig, daß dem Straßenhandel unbedingte Bewegungsfreiheit zugestanden wird, um seinerseits dafür zu sorgen, daß kein Pfund des so wertvollen Obstes dem menschlichen Körper als Nahrungsmittel entzogen wird. Wir Straßenhändler sind uns der hohen Bedeutung unseres Gewerbes durchaus bewußt und glauben, darüber zu dem Verlangen berechtigt zu sein, daß bei Schaffung von Verordnungen, Verfügungen usw. auch unsere ureigenen Interessen genau wie die anderer Gewerbetreibender berücksichtigt werden. B. M.

Neue Wege im schlesischen Blindenwesen

Von Dr. phil. et. jur. Ludwig Cohn-Breslau

In diesen Tagen wird der am 1. August vom Provinzial-Ausschuß gewählte neue Direktor unserer Schlesischen Blinden-Unterrichtsanstalt, der bisherige Blindenoberlehrer Reinhold Kreischmer, daselbst seine Tätigkeit als Leiter des Instituts aufnehmen, und damit tritt das Schlesischen Blindenwesen in eine neue Arbeitsmethode und zugleich in eine neue Epoche seiner Tätigkeit ein, denn nachdem am 4. Juli Blindenanstalt und Blindenheim auf die Provinz übergegangen sind, vollzieht sich in unserem heimischen Blindenwesen eine grundsätzliche Aenderung, denn automatisch muß nun auch der größte Teil der Blindenfürsorge auf die Provinz übergehen bzw. die Provinz hat nunmehr einen stärkeren und wichtigeren Anteil als bisher. Es ist gut und richtig so, denn nachdem zwischen den bisherigen schlesischen Blindenfürsorge-Vereinen und der Selbsthilfe-Organisation der Blinden, nämlich dem Niederschlesischen Landes-Blindenverband, eine Arbeitsgemeinschaft unter dem Namen „Niederschlesische Blindenwohlfahrt" zustande gekommen ist, in der nunmehr die Provinz in gleichem Anteil mitarbeitet, gibt es nur noch eine einheitliche schlesische Blindenwohlfahrt. Die Mitwirkung der Provinz hat sich als so verständnisvoll und segensreich erwiesen, daß wir in Schlesien sicherlich von einer vorbildlichen und nachahmenswerten Blindenfürsorge sprechen können. Der erste gemeinsame Schritt, der auf diesem Gebiete nun getan wurde, ist die Einsetzung eines von den Organisationen gewählten und von der Provinz besoldeten Blindenpflegers, der in erster Linie das Arbeitsproblem bearbeiten und es einer günstigen Lösung zuführen soll. Die Werkstätten der Blindenanstalt, das Arbeitsbeschaffungsamt für die Blinden Schlesiens, weitere bestehende und noch zu schaffende Arbeitsstätten in der Provinz, sowie die einzelnen Blinden, die beruflich tätig sind, oder beruflich tätig sein wollen, bilden in erster Linie Pflegeobjekte dieses neuen Beamten. Die Oeffentlichkeit, und zwar die allerbreiteste Oeffentlichkeit, muß aber hier mitarbeiten, denn es muß sich darum handeln, die alten bekannten Blindenberufe, soweit sie weiter gepflegt werden müssen, den blinden Handwerkern in umfassenderer Weise nutzbar zu machen, als dies bisher möglich sein konnte. Weiterhin aber müssen neue Gebiete gesucht und gefunden werden, um Blinden, die für die alten Berufe nicht in Betracht kommen, ein Arbeits- und Erwerbsgebiet zu schaffen, und zwar auf jedwedem Gebiet, auf dem sich eine Arbeitsmöglichkeit, wenn auch nur von Fall zu Fall, für immer nur einen Blinden, erreichen läßt. — Zum Nachdenken hierüber, zum Raten und zum Wegweisen werden alle aufgerufen, die ein warmes Herz für den Blinden und ein Interesse daran haben, ein wichtiges Fürsorgegebiet unserer Provinz fördern zu helfen. Jeder Wink, jeder Rat, jeder Versuch wird dankbar aufgenommen und geprüft. — Ganz besondere Aufmerksamkeit wird die neue Entwicklung dem Gebiete der Musik widmen, die für den Blinden eine weit größere Ausbeute als bisher, bieten muß. Dasselbe gilt von den geistigen Berufen, auf denen sich Blinde bereits auf so manchem Gebiet außerordentlich erprobt haben. Mit besonderer Sorgfalt wird auch Berufsmöglichkeiten für unsere weiblichen Blinden nachgegangen werden müssen, und es wird der Versuch gemacht werden, größere Handarbeitsaufträge herein zu bekommen, um denjenigen, die sich nur hiermit beschäftigen können, bessere Verdienstmöglichkeiten zu schaffen. Auch der Frage wird näher getreten werden müssen, ob es richtig ist, daß die Konzentration der Blinden in den Städten immer mehr fortschreitet, ob nicht besser eine Dezentralisierung durch Gründung von Arbeitsstätten in den mehr ländlichen Gebieten ratsamer ist. Endlich soll die ganze Fürsorge nicht, wie es bisher größtenteils der Fall war, nur eine nachgehende sein, sondern schon eine vorsorgende, das heißt es sollen Berufsmöglichkeiten schon dann angebahnt und aussichtsreich gemacht werden, wenn man sieht, daß dann und wann Anwärter für solche Berufe aus der Ausbildung hervorgehen werden.

Eine so umfassende, auf ganz neue Wege gestellte Fürsorge kann von privater Seite allein unmöglich geleistet werden, da muß die Provinz ihre helfende Hand reichen, wenn das Ganze kein Stückwerk, sondern ein nach und nach sich bildender harmonischer Bau werden soll. Deswegen können wir der sich bei uns in Schlesien vollziehenden Entwicklung nur dankbar sein, und wir dürfen zuversichtlich annehmen, daß der Weg, den unser Blindenwesen jetzt geht, geführt und geleitet von sachkundigen, verständnisvollen, warmherzigen Persönlichkeiten aus Behörden und Privatkreisen, daß dieser Weg zum guten Ziele führen muß. Gerade dadurch aber, daß die Provinz einen so starken Anteil bei dem schlesischen Blindenwesen hat, ist der privaten Gebefreudigkeit, Opferwilligkeit und Mitarbeiterschaft, die wir selbstverständlich bei unserer Arbeit nicht entbehren wollen, eine gewisse Sicherheit für den Erfolg ihres Leistens gegeben, denn es ist ja jetzt genau zu überblicken, in welchen großen Kanal alles einmündet, sodaß die richtige und zweckmäßige Verwendung aller gespendeten Mittel gewährleistet ist. Blinde und sehende Fachleute und verständnisvolle Freunde der Blindensache wirken jetzt in harmonischer Arbeit zusammen, um unsere schlesische Blindenwohlfahrt und damit unser heimisches Blindenwesen auf eine Höhe zu heben, von der aus das Leben und das Geschick eines jeden einzelnen Blinden beobachtet und nötigenfalls geführt und geformt werden kann. Die Arbeitsfreudigkeit, durch die alle in der Blindenwohlfahrt vereinigten Persönlichkeiten ausgezeichnet sind, läßt den besten Erfolg für unsere schlesischen Blinden erhoffen.

Luftpost nach Sibirien

Im Gebiet der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken ist von der russischen Luftverkehrsgesellschaft Dobrolet die Luftpostlinie Moskau—Nowosibirsk eröffnet worden, die bis zum 20. September betrieben werden soll. Für die wöchentlich zweimal verkehrenden Flüge ist folgender Plan vorgesehen:

ab Moskau 3,00 Uhr (Sonntags und Mittwochs);
an Kasan 9,00 Uhr;
an Swerdlowsk (Jekaterinburg) 15,00 Uhr;
an Kurgan 17,45 Uhr;
an Omsk 22,00 Uhr;
an Nowosibirsk 5,30 Uhr (Montags und Donnerstags).

Mit der Luftpost werden gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen nach Sibirien, China, Japan, der Mongolei und den Philippinen befördert, die den Vermerk „Par avion au dela de Moscou" tragen. Der außer den gewöhnlichen Gebühren zu erhebende Luftpostzuschlag beträgt für Postkarten 30 Rpf., für andere Briefsendungen für je 20 Gramm 50 Rpf.

Briefsendungen nach Breslau

Briefsendungen nach Breslau, in deren Aufschrift die Nummer des Zustellpostamts angegeben ist, werden schon während der Fahrt in den Bahnposten einzelner Züge nach den Breslauer Briefzustellämtern verteilt und diesen unmittelbar zugeführt. Die Sendungen kommen hierdurch in eine frühere Zustellung, was für die Empfänger oft von wesentlichem Vorteil ist. Diese Sonderbehandlungen kann auf Briefsendungen, die in der Aufschrift die Angabe des Zustellamtes nicht tragen, aus betriebstechnischen Gründen nicht erstreckt werden. Sie erleiden daher gegenüber den mit Zustellamtsangabe versehenen Sendungen eine Verzögerung in der Zustellung. Briefsendungen mit unrichtiger Zustellamtsangabe sind ganz besonders Verzögerungen ausgesetzt. Es liegt mithin in der Hand des Absenders, durch Angabe des Zustellpostamts in der Aufschrift der nach Breslau gerichteten Briefsendungen zur Beschleunigung in der Ueberkunft beizutragen. Von dem Verfahren sollte noch viel mehr Gebrauch gemacht werden, als es schon jetzt geschieht. Ein Hilfsmittel bei der Angabe der Zustellamtsnummer ist für die Absender von Postsendungen nach Breslau das „Verzeichnis der Straßen und Plätze in Breslau mit Angabe der Zustellamtsnummer". Dagegen wäre es unrichtig und würde in vielen Fällen zur Verzögerung führen, wenn die Absender von Briefsendungen nach Breslau sich bei der Zustellamtsangabe nach dem Aufgabestempel der aus Breslau erhaltenen Sendungen richten würden, weil nicht alle Zustellämter in Breslau mit der Abstempelung eingelieferter Sendungen Befassung haben.

Das Straßenverzeichnis kann zum Preise von 15 Rpf., der nach dem Stande vom 1. Juli erschienene Nachtrag hierzu zum Preise von 10 Rpf. durch jede Postanstalt bezogen werden. Der Nachtrag enthält außerdem ein Verzeichnis der Vororte von Breslau, im Verkehr mit welchem für Briefsendungen die Ortsgebühren gelten.

Lysoform führt ab, es wirkt sehr milde, versuch es, und Du bist im Bilde

Sind sämtliche weibliche Angestellte in Bars, Schankwirtschaften, Konditoreien anzumelden?

(Nachdruck verboten.)

Der Brennereibesitzer R. hatte in Breslau eine Bar einrichten und eröffnen lassen. Die Bar wurde von K. geleitet, der die Bar nicht gepachtet hatte, sondern von R. angestellt worden war. In der Bar war auch ein Fräulein U. tätig, die K. nicht bei der Polizeibehörde angemeldet hatte. K. behauptete, der Brennereibesitzer habe ihm verboten, Fräulein U. bei der Polizeibehörde anzumelden; als Angestellter sei er verpflichtet gewesen, der Anordnung seines Arbeitgebers nachzukommen. Das Amtsgericht sowohl wie die Strafkammer verurteilte aber K. zu einer Geldstrafe, da er als Geschäftsführer der Bar nach dem Gesetz über weibliche Angestellte in Gast- und Schankwirtschaften vom 15. Januar 1920 und der preußischen Ministerialanordnung vom 10. August 1920, 28. Juli 1921, 18. September 1922, verpflichtet gewesen sei, die gesetzlichen Vorschriften zu beachten und die Anmeldung der Bardamen vorzunehmen. Diese Entscheidung focht K. durch Revision beim Kammergericht an, das die Vorentscheidung aufhob und die Sache an die Strafkammer zurückverwies, indem u. a. ausgeführt wurde, es sei zweifelhaft, ob Fräulein U. die Gäste bedient oder in der Bar als Büfettfräulein tätig war; in letzterem Falle würde sie nicht unter die erwähnten Vorschriften fallen. Für die Verpflichtung der Inhaber oder Leiter von Gast- und Schankwirtschaften gemäß den genannten gesetzlichen Vorschriften zur Anmeldung der weiblichen Angestellten sei lediglich die Art der tatsächlichen Beschäftigung der weiblichen Angestellten maßgebend. Bestehe diese in der Bedienung der Gäste nach Kellnerinnenart, d. h. in der Art, daß die weiblichen Angestellten von den Gästen die Bestellungen auf Speisen und Getränke in der Wirtschaft selbst entgegennehmen, die bestellten Speisen und Getränke den Gästen bringen und an sie auch Bezahlung unter Gewährung von Trinkgeld oder eines Bedienungsaufschlages geleistet werden, so sei die vorgeschriebene Anmeldepflicht zu erfüllen. (1. S. 347, 28.)

Beraubung von Expreßgut und Reisegepäck

Vier Eisenbahnbeamte bereits festgenommen

Dem Fahndungsdienst der Reichsbahn ist es gelungen, fortgesetzten Diebstählen aus Gepäckstücken auf die Spur zu kommen, die zur Festnahme eines Ober-Ladeschaffners aus der Höfchenstraße 27a, eines Ober-Ladeschaffners aus der Zobtenstraße 26, eines Zugführers aus der Alexanderstraße 30 und eines Zugführers vom Ohlauer Stadtgraben führten. Als vor etwa fünf Wochen ein anderer Zugführer wegen Diebereien ermittelt worden war, legte er ein Geständnis ab, bei dem er gleichzeitig seine Kollegen denunzierte, so daß nunmehr die Festnahmen möglich wurden, denen noch weitere folgen dürften. Bei vorgenommenen Haussuchungen in den Wohnungen der Festgenommenen wurden zahlreiche Gegenstände gefunden, die den Verdacht bestätigen. In einer Wohnung fanden sich Briefschaften, die aus einem kürzlich beraubten Postsack stammen dürften, bei dem auch eine größere Geldsumme abhanden gekommen ist. Da der belastete Postbeamte vorläufig noch angibt, die Briefe in Kandrzin zwischen den Schienen gefunden zu haben, wird nunmehr erst die Kriminalpolizei die Herkunft des verdächtigen Fundes ermitteln. Die Expreßgüter und Gepäckstücke sollen in den meisten Fällen während der Fahrt beraubt worden sein. Koffer sollen mit Nachschlüsseln geöffnet, Pakete aufgeschnürt worden sein. Die fortdauernden Ermittlungen werden den Umfang der Güterberaubungen hoffentlich recht bald ergeben.

Konferenz im Zoo

Wie die Direktion des Zoologischen Gartens uns mitteilt, findet vom 23. bis 25. August eine Konferenz der Direktoren mitteleuropäischer Zoologischer Gärten in Breslau statt. Es werden dazu erwartet die Direktoren der deutschen Zoologischen Gärten von Berlin, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Halle a. S., Königsberg i. Pr., Nürnberg und den außerdeutschen Gärten von Amsterdam, Basel, Posen, Rotterdam und Schönbrunn. — In den Sitzungen werden Vorträge über tiergärtnerische Fragen gehalten und die Erfahrungen in der Tierhaltung usw. ausgetauscht.

Schlesische Burgenfahrt mit Kraftomnibus

Der Schlesische Verkehrsverband teilt mit, daß bei dem großen Interesse, das für die Burgenfahrt mit Kraftomnibus besteht, diese nochmals am Sonntag, den 26. August d. J., wiederholt wird. Außer nach dem Schloß Fürstenstein, nach der Bolko- und Schweinhausburg geht die Fahrt bis zur Ruine Nimmersath im romantischen Katzbachtale. Abfahrt 6 Uhr vom Tauentzienplatz (Südwestecke) über Schweidnitz—Freiburg nach Schloß Fürstenstein (Besichtigung). Weiterfahrt nach Bolkenhain, Besichtigung der Schweinhaus- und Bolkoburg. Gemeinsames Mittagessen im „Schwarzen Adler" in Bolkenhain, Preis 1,50 Mk. Weiterfahrt durch das Bober-Katzbach-Gebirge nach Nimmersath, Besichtigung der Burgruine, romantische Bergfahrt über Einsiedel nach Bad Salzbrunn, wo längere Zeit verblieben wird. Rückfahrt über Schweidnitz mit kurzem Abendaufenthalt nach Breslau. Fahrkarten für die Hin- und Rückfahrt zum Preise von 8,60 Mark sind in der Auskunftsstelle des Verkehrsvereins, Hauptbahnhof, Verkehrshalle, werktäglich von 8 bis 18 Uhr zu haben.

Eltern in Zimpel

Die Freien Eltern Breslau laden die Eltern von Zimpel zu einem Werbeabend für die weltliche Schule ein. Zimpel hat ein schönes Schulhaus. Wir müssen nun sehen, daß wir dort wenigstens eine 8. und 7. Klasse erhalten. Zimpel hat es in der Hand! Der Werbeabend findet Sonnabend, den 25. August, 19 Uhr, bei Wittke statt.

Den musikalischen Teil bestreiten Lehrer und Lehrerinnen unserer Schulen. Es werden abwechseln: Klaviervorträge, zwei- und vierhändig — Klavier, Schello, Violine — Klavier und Violine — Lieder mit Klavierbegleitung, gesungen von Frau Endas — Violinsolis von einem 14jährigen ehemaligen Schüler usw. Auf! — Niemand fehle! — Eintritt frei.

Volksbund für neue Erziehung

Im April und Mai 1928 besuchte der Breslauer Oberstudiendirektor Dr. Ganzenmüller, der weit bekannte und namhafte Schulreformer, auf einer Studienreise in der West-Schweiz eine Reihe von Schweizerischen Schulen, die neuzeitlich orientiert arbeiten. Ueber seine Beobachtungen wird er vergleichend und kritisch in einer öffentlichen Versammlung des „Volksbund für neue Erziehung — „Bund entschiedener Schulreformer" — am 25. August, um 20 Uhr, im Saale des „Goldenen Zepters" sprechen. Seine Darlegungen dürften in Eltern-, Lehrer- und Jugendkreisen weiteste Beachtung finden, insbesondere von schulpolitisch interessierten Kreisen beachtet werden.

Was ist eine prima Bratgans?

Vor dem Großen Schöffengericht stand am Mittwoch die Geflügelhändlerin Anna Kerzel, um sich wegen unlauteren Wettbewerbs zu verantworten. Die Angeklagte hat in der Markthalle auf der Gartenstraße einen Stand inne. Sie zeigte am 22. März d. Js. in einem Inserat in den „N. N." an, daß sie prima Bratgänse zu 70 und 80 Pf. das Pfund und prima ungarische Poularden zu 1.40 Reichsmark das Pfund verkaufe. Da das Angebot durch seine Billigkeit auffiel, wurden Ankäufe vorgenommen. Dabei wurde festgestellt, daß es sich bei den angekündigten Bratgänsen nicht um frischgeschlachtetes Geflügel, sondern um russische, gefrorene Gänse handelte. Die prima ungarischen Poularden waren gewöhnliche Suppenhühner. Man hatte die „Poularden" auch gekocht und da mußten sie anstatt eine halbe Stunde fast drei Stunden kochen. In dem Angebot wurde nun ein unlauterer Wettbewerb erblickt, weil durch das Inserat der Anschein hätte erweckt werden können, als handle es sich hier um ein besonders günstiges Angebot. Vor Gericht erklärte die Angeklagte, daß die beanstandete Ware tatsächlich gut und der Preis billig gewesen sei. Der Leiter der Fleischbeschaustelle, Dr. Hager, war als Sachverständiger geladen. Er bezeichnete ebenfalls die Ware als einwandfrei und preiswert, doch hätte unter keinen Umständen die Bezeichnung „prima" davorstehen dürfen. Unter prima verstehe man erstklassige und frischgeschlachtete Ware. Unter diesen Umständen mußte die Verurteilung der Angeklagten erfolgen. Das Urteil lautete auf 30 Mark Geldstrafe.

---

* **Schlesische Philharmonie.** Heute, Dienstag, Anfang 19,30 Uhr, findet unter Leitung von Kapellmeister Behr ein Konzert der Schlesischen Philharmonie im Südpark statt. Aus dem Programm sei besonders erwähnt „Tod und Verklärung" von Richard Strauß, Unvollendete Sinfonie in H-Moll von Schubert und die Orchester-Suite „L'Ar Lésienne" von Bizet.

* **Stadttheater-Abonnement.** Neuaufnahmen für das 22 Vorstellungen umfassende Abonnement (40 Prozent Ermäßigung auf die Kassenpreise) werden noch täglich bis einschließlich Sonnabend, den 25. August, an der Kasse des Stadttheaters 10—14 Uhr und 16—20 Uhr entgegengenommen. Es sind in allen acht Serien noch Plätze verfügbar.

* **Straßensperrung.** Wegen Kanalbauarbeiten wird die Brüderstraße zwischen Tauentzien- und Flurstraße vom 20. August bis 15. September für Fahrzeuge aller Art halbseitig gesperrt.

* **Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.** (10. Ziehungstag.) Wie uns die Lotteriebank Arndt mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen: **500 000 Mark** Nr. 359 651 in Abteilung I und II nach Bernburg und Osterode im Harz; **200 000 Mark** Nr. 54 597; **5000 Mark** Nr. 13 390, 25 604, 60 235, 125 469, 151 538, 368 634; **3000 Mark** Nr. 35 326, 77 212, 142 042, 167 482, 211 369, 216 192, 236 695, 259 860, 275 567, 285 718, 289 136, 363 139, 365 075; **2000 Mark** Nr. 68 458, 99 992, 104 550, 123 047, 137 314, 138 889, 140 116, 145 452, 160 578, 165 452, 185 320, 214 056, 216 235, 221 880, 243 136, 271 884, 274 935, 320 215, 374 092; **1000 Mark** Nr. 4691, 6398, 6834, 36 538, 41 717, 53 415, 62 481, 62 694, 76 922, 80 645, 92 921, 100 947, 101 039, 148 015, 151 615, 190 167, 198 014, 211 994, 276 204, 283 260, 294 179, 299 018, 301 925, 335 705, 338 693, 349 702, 355 639, 361 714, 356 520, 366 448; **500 Mark** Nr. 3793, 7559, 9714, 12 942, 18 291, 22 542, 26 297, 33 240, 36 935, 40 400, 40 477, 41 501, 43 056, 48 370, 66 764, 79 245, 91 177, 93 852, 104 167, 105 371, 106 310, 106 594, 109 308, 122 996, 136 712, 139 582, 146 855, 149 679, 152 078, 155 477, 155 857, 156 576, 167 516, 172 201, 174 584, 180 134, 184 032, 187 711, 194 519, 200 127, 205 476, 205 624, 206 440, 212 478, 212 997, 220 912, 225 099, 235 4[illegible], 240 425, 242 413, 246 370, 251 872, 254 885, 256 430, 257 954, 259 626, 266 370, 265 434, 270 037, 271 587, 274 083, 285 768, 287 353, 287 380, 289 560, 291 353, 297 521, 301 092, 316 492, 320 013, 321 951, 325 544, 329 521, 330 753, 336 190, 343 674, 349 366, 352 978, 354 772, 355 859, 363 594.

* **Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.** (11. Ziehungstag). Wie uns die Lotteriebank Arndt mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen: **10 000 Mark** Nr. 233 429, 250 293; **5000 Mark** Nr. 41 969, 153 710, 203 962; **3000 Mark** Nr. 1759, 148 215, 181 377, 212 252, 232 393; **2000 Mark** Nr. 1236, 33 174, 50 157, 82 676, 109 408, 142 086, 291 488, 148 369, 190 909, 191 411, 200 780, 215 603, 215 816, 220 975, 222 456, 252 784, 267 667, 326 789, 359 758 **1000 Mark** Nr. 9153, 27 206, 27 455, 61 486, 66 057, 74 868, 104 322, 109 555, 122 640, 125 631, 163 075, 171 136, 175 251, 202 732, 206 639, 208 173, 216 641, 218 204, 229 667, 232 412 267 907, 270 937, 279 349, 288 936, 294 594, 297 454, 299 663, 324 075, 324 565, 356 369, 337 266, 338 780, 362 298, 364 599, 368 752; **500 Mark** Nr. 1579, 7992, 28 212, 36 202, 37 252, 39 761, 48 051, 51 375, 57 758, 64 396, 55 123, 67 728, 70 157, 75 664, 82 007, 85 100, 86 345, 102 234, 102 821, 112 219, 116 138, 118 441, 120 175, 124 963, 125 446, 127 119, 127 948, 128 069, 129 362, 129 895, 142 291, 143 636, 146 140, 150 109, 167 890, 170 074, 170 282, 175 336, 175 755, 175 863, 176 345, 179 125, 185 263, 187 752, 188 822, 191 185, 198 054, 202 777, 221 531, 231 178, 237 914, 240 345, 244 946, 251 602, 252 710, 258 848, 292 134, 296 650, 299 084, 299 587, 300 259, 307 684, 308 640, 316 631, 318 181, 318 257, 318 639, 320 460, 320 680, 332 088, 332 561, 332 961, [illegible], 354 988, 369 355, 371 851.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Distrikt 1. Donnerstag abend, 7 Uhr, wichtige Funktionärversammlung. Der Dringlichkeit wegen ist es Pflicht, daß alle erscheinen.

Distrikt 8. Mittwoch abend, 8 Uhr, außerordentliche Distriktsversammlung bei Busch, Glogauer Straße. Referent: Genosse Schramm.

Distrikt 24. Heut abend, 8 Uhr, Frauenversammlung bei Wolf, Hedwigstraße 15. Redner: Genosse Machol: „Die wirtschaftliche Lage in Wien". Beschlußfassung über den Ausflug der Frauen. Alles erscheint.

Distrikt 34. Sonntag, den 26. August, findet auf der Oswitzer Waldwiese das Kinderfest statt. Abmarsch früh 9 Uhr vom Neumarkt mit Musik. Beteiligung aller Mitglieder ist Pflicht. Gäste sind gern gesehen.

Sozialistische Jungordner

Abteilung West. Donnerstag abend, 8 Uhr, bei Graf, Westendstraße 37, Frage- und Diskussionsabend. Es ist Pflicht eines jeden Jungordners, zu unseren Veranstaltungen zu erscheinen. Sonntag vormittag, 9 Uhr, nach der Wiese zum Spiel. Treffpunkt: Graf.

Sozialistische Arbeiterjugend

Kassierer der Heime 6, 7 und 8. Die Abrechnung findet nicht Dienstag, den 21., sondern Mittwoch, den 22. August, 19 Uhr in der Fürstenschule statt.

Sprechchor. Heut abend darf niemand fehlen.

Aelteren-Gruppe (Heiligengeist-Gymnasium). Donnerstag findet ein Diskussionsabend mit dem Theme: „Der Gegensatz zwischen konfessioneller und sozialistischer Erziehung", statt. Leitung hat Genosse Peter Duz-Wien. Zu diesem interessanten Abend werden recht viele Genossinnen und Genossen erwartet.

Heim 3. Mittwochs fällt der Wiesenabend von jetzt ab wieder fort, dafür ist alles in der Benderschule zu einer ganz wichtigen Angelegenheit. Zeigt, daß ihr Interesse am Heim besitzt.

Heim 4. Unsere Funktionärsitzung muß morgen abend bestimmt um 7,30 Uhr beginnen. Ort: Luisenstraße 15.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

Metallarbeiter-Jugend. Heute, Dienstag, kommen wir ab 19 Uhr im Heim zusammen. Wir haben einen „Heiteren Abend". Gäste aus anderen Gruppen willkommen.

Gärtner- und Blumenbinder-Jugend. Donnerstag, den 23. August, treffen wir uns pünktlich 20 Uhr im Jugendheim, Gewerkschaftshaus. Eingang durch den Hof.

Baugewerks-Jugend. Mittwoch, den 22. August, ab 19.30 Uhr, im Heim, Bauabend und Prüfungsfragen. Ferner müssen alle Hamburgfahrer anwesend sein.

Zentralverband der Angestellten, Jugendgruppe. Heute, 20 Uhr, Heim 1, Abendspaziergang nach Scheitnig. Treffen 19.45 Uhr, an der Freiheitsbrücke. Heim 2, Abendspaziergang nach der Oder. Treffen 20 Uhr, vor dem Heim, Posener Straße 12. Donnerstag, den 23. August, in beiden Heimen Vorträge mit Diskussion über das Thema: „Jugendbewegung". Erscheint recht zahlreich zu unseren Veranstaltungen.

Bund der Freidenkerjugend

Wir unterhalten uns heut in unserer Arbeitsgemeinschaft über „Führer der Arbeiterbewegung".

Geschäftliches

Der heutigen Ausgabe unseres Blattes liegt ein Prospekt der vierten Volkswohl-Lotterie (G. Dischlatis & Co., Berlin), bei. Auf ein Los zum Preise von 1,00 Mark kann man ein Landhaus mit vollständiger Fünfzimmereinrichtung im Werte von 50 000 Mark bzw. viele andere wertvolle Preise und Prämien gewinnen. Die Gewinne werden auf Wunsch mit 90 Prozent des Wertes in bar ausgezahlt.

---

* **Revue im Schauspielhaus.** Die große Ausstattungs-Revue „Wissen Sie schon", die täglich zur Aufführung gelangt, hat eine Bereicherung durch das überaus lustige „Geschenke Bild" erfahren. Hier wird dem Publikum Gelegenheit geboten, mitzuspielen und sich durch Geschicklichkeit reizende Ueberraschungen zu erwerben.

* **Liebich-Theater.** (Gastspiel des Berliner Metropoltheaters). In der Donnerstag, den 23. August, 8 Uhr, stattfindenden Aufführung „Wie einst im Mai" feierte Musikdirektor Werner Goebel sein 20jähriges Bühnenjubiläum. In dieser Festaufführung gelangen im zweiten Akt (bei Kroll) interessante Einlagen zum Vortrage. Grete Scholz singt den Csardas aus der „Fledermaus" und auch Arthur Hell wird durch Sondereinlagen überraschen. Meister Goebel bringt vor Beginn und in den Zwischenpausen mit seinem Orchester klassische Operettenmusik zum Vortrag.

* **Viktoria-Theater.** Täglich 8¼ Uhr: „Absteige-Quartier" mit Elfriede Mertens als Gast. Im Garten täglich 8 Uhr: Variété: „Drei Stunden amerikanisches Tempo" u. a.

* **Gefährliches Waffenspiel in der Trunkenheit.** Ein in der Weißen Ohle 5 wohnender 39 Jahre alter Portier hatte sich am Montag im Scheitniger Park in der Nähe der Schweizerei auf eine Bank gesetzt und begann in der Trunkenheit mit einer Mauserpistole zu zielen und zu schießen. Zwei Gartenarbeiter, die den Vorfall beobachteten, sorgten schließlich dafür, daß ihm von der Polizei die Waffe nebst der Munition abgenommen wurde, ehe er Unheil anrichten konnte.

* **Freiwillig aus dem Leben geschieden** ist ein Postbetriebsassistent, der sich am Sonntag nachmittag in seiner Wohnung in der Schwenkfeldstraße erhängte. — Einen Versuch, ihr Leben freiwillig zu beenden, unternahm am Montag mittag ein 17jähriges Mädchen aus der Vinzenzstraße 4, die sich an der Rathenaubrücke in den Kanal stürzte. Das Mädchen konnte geborgen und den Eltern zugeführt werden.

* **Die Mutter vom eigenen Sohne niedergeschlagen.** Im Hause Mollwitzer Straße 9 wurde am Montag früh die Ehefrau Bauer, als sie in ihrer Wohnung vor dem Küchenschrank kniete, von ihrem 19jährigen Sohne Richard mit einem schweren Plätteisenbolzen von hinten auf den Kopf geschlagen und brach schwer verletzt zusammen. Die Mutter hatte den arbeitslosen Sohn nicht allein in der Wohnung zurücklassen wollen, ehe sie einkaufen ging, da er sonst die Wohnung nach Geld durchsuchte, das er sich aneignen wollte. Der Vater forderte ihn deshalb, ehe er zur Arbeit ging, zum Aufstehen und Verlassen der Wohnung auf. Er ging aber nicht, sondern wartete, bis er Gelegenheit fand, die Mutter niederzuschlagen. Herbeigerufene Polizeibeamte nahmen den gewalttätigen Sohn fest.

Arbeiter-Sport

XI. Hauptversammlung der Naturfreunde in Zürich

Zürich, 17. August. (Eigener Bericht.) Im Sitzungssaale des Züricher Rathauses eröffnete heute der Präsident des Gesamtvereines, Nationalrat Volkert-Wien, das internationale Parlament der Naturfreunde. Er gedachte allen denen, die in den letzten drei Jahren aus den Naturfreundereihen ins All zurückgegangen sind, insbesondere aber jener 17 blühender Menschenleben, die dem furchtbaren Lawinenunglück am Sonnenblick zum Opfer fielen.

Im Namen der Stadt Zürich hieß Stadtrat Genosse Gschwend die Tagung willkommen. Genosse Wildung als Vertreter der Luzerner Sportinternationale und gleichzeitig der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege in Deutschland betonte, daß die Naturfreunde die ersten freien Sportler waren, die sich den internationalen Gedanken vorgelegt haben. Prof. Dr. Tandler-Wien überbrachte die Grüße der österreichischen Arbeitersport- und Kulturorganisationen. Genosse Grob hieß die Tagung im Namen der schweizerischen Naturfreunde willkommen und wünschte besonders den Genossen, die aus dem Auslande kommen, frohe und erlebnisreiche Tage.

Mit Eintritt in die Tagung wurden zum Präsidium die Genossen Volkert-Wien und Steinberger-Nürnberg bestimmt. Der Sekretär der Zentrale, Genosse Happich aus Wien, gab in seiner bekannten humorvollen Art den Bericht über den Gesamtverein. Er blickte zurück, wie vor 28 Jahren in Wien die erste Hauptversammlung in dem Nebenzimmer einer dürftigen Vorstadt-Wirtschaft tagte und zog eine Parallele zur heutigen imposanten Versammlung im Festsaal des Züricher Rathauses. Ein beispielloser Aufstieg sei zu verzeichnen. In folgenden Ländern habe die Bewegung sich weiter ausbreiten können: Oesterreich, Deutschland, Schweiz, Tschechoslowakei, Ungarn, Frankreich und Nordamerika. Auch in Australien sei eine Naturfreunde-Gruppe gegründet worden. Die Südtiroler Genossen haben trotz der Auflösung durch die Faschisten treu zur Fahne gehalten; in Polen, Bulgarien sind wir in unserer Arbeit zurückgegangen und in Norwegen auch weiterhin klein geblieben. Holland jedoch habe sich wunderbar entwickelt.

Ganz bedeutenden Aufschwung hat bei jung und alt der Wintersport genommen, ebenso das Wasserwandern. Auch die Pflege der Naturwissenschaften und Heimatkunde gewinne immer mehr an Boden, vorzüglich in den deutschen Ortsgruppen. Wien habe den einzig dastehenden Aufstieg auf 43 000 Mitglieder in einer Ortsgruppe zu verzeichnen. Naturfreundehäuser stehen in Deutschland 230, in Oesterreich 65, in der Schweiz 42, in Holland 32, in der Tschechoslowakei 15, in Amerika 4, in Frankreich 3, in Ungarn 3, in Polen 1. Im ganzen öffnen 395 Heime ihre Tore, um erholungsbedürftige Arbeiter in ihrem leider noch zu stark beschränkten Urlaubstage aufzunehmen. Die Kassenverhältnisse des Gesamtvereins sind wohl geordnet. In der einsetzenden Wechselrede sprachen zunächst Vertreter der einzelnen Länder. Der Vertreter Frankreichs sprach davon, daß der Ruf des Franzosen Jaques Rousseau „Zurück zur Natur" erst den Umweg über Wien machen mußte, um jetzt erst nach Frankreich zu den Arbeitern zu gelangen. Ein Vertreter Ungarns schilderte die behördlichen Verfolgungen der ungarischen Genossen, aber trotzdem ginge es aufwärts. Ein reichsdeutscher Vertreter versuchte die Aussprache teilweise auf parteipolitische Gebiete zu verschieben, blieb aber mit seiner Anschauung ziemlich isoliert. Der Bruderzwist scheint nun auch im Touristenverein „die Naturfreunde" sein Ende gefunden zu haben. Genosse Schreck-Bielefeld brachte mit seiner Rede den Höhepunkt des ersten Versammlungstages. Der Geist der Großzügigkeit müsse den Verschiedenheiten der Länder Rechnung tragen. Kein Hader dürfe die alten und neuen Aufgaben der Naturfreundebewegung stören; durch Naturbetrachtung müsse man zur Naturerkenntnis und dann durch kameradschaftliches Wirken zum Sozialismus kommen. Die Zeitschrift des Vereins „Der Naturfreund" müsse auch fernerhin das geistige Bindeglied bleiben, das alle Naturfreunde vom Meeresstrand und von der Heide bis in die tiefsten Gebirgswinkel hinein verbinde. Mit den Naturfreundehäusern sei ein großes Stück Tatsozialismus, eine gewaltige soziale Leistung vollbracht worden. Die Herzen der Arbeiterwanderer müssen glühend gemacht und in den Hirnen die Fackeln angezündet werden, um zur Würde des sozialistischen Menschen zu kommen.

Freie Turnerschaft Breslau. Diejenigen Abteilungskassierer, welche die Abrechnung der Programme und Festabzeichen vom Sportfest noch nicht vorgenommen haben, werden ersucht, das sofort nachzuholen.

9. Männerabteilung Freie Turnerschaft. Infolge Erkrankung des ersten Vorsitzenden findet die Mitgliederversammlung Dienstag, den 21. August, nach Turnschluß (Schule Klodnitzstraße) statt.

S.V. „Poseidon", E. V. Alle Genossen, welche an dem Kursus für Kampfrichter und Wasserballschiedsrichter teilnehmen, sind Freitag um 19½ Uhr im Poseidon-Bad.

Rettungsschwimmer-Kursus. Die theoretische Prüfung findet Mittwoch, den 22. August, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 13, statt. Es erscheinen nur die Genossen, welche an der Prüfung teilnehmen.

Amtlicher Wetterbericht

des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck, auch mit Quellenangabe, verboten).

Unter dem Einfluß absinkender Luftmassen hat sich über ganz Mitteleuropa eine Beruhigung der Wetterlage eingestellt. Die Temperaturen sind vielfach wieder bis fast 25 Grad angestiegen. Die Störung 41 D hat von Westen her unseren Bezirk erreicht. Außer vorübergehender Bewölkung wird sie kaum zu nennenswerten Niederschlägen Anlaß geben.

Aussichten für das schlesische Flachland, die schlesischen Mittel- und Hochgebirge.
Bei westlichem Winde wolkiges, zeitweise aufheiterndes Wetter, ohne nennenswerte Niederschläge, verhältnismäßig warm.

Wasserstand

21. August.

Ratibor	0.77	Ransern (Unter-Pegel)	1.48
Neisse (Stadt) vom 20. 8.	—0.75	Dyhernfurth	0.62
Neissemündung (Unter-Pegel)	1.36	Abflußmenge sekundlich 31 cbm	
Brieg (Mastenkran)	1.47	Fürstenberg vom 20. 8.	—0.34
Treschen	1.04	Wasserwärme +19,3°.	

Breslauer Produktenbörse vom 20. August.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 20 August 1928 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis ab Erzeugerstation) frachtfrei Breslau in vollen Waggonladungen. — Tendenz: Getreide: Matt. Sommergerste zur Zeit ohne Käufer, Preise daher nominell. — Oelsaaten: Still. — Kartoffeln: Sehr ruhig. Infolge stärkerer Anlieferungen aus Mitteldeutschland Preise weichend. — Mehl: Ruhig.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)

Getreide:	20. 8. alte Ernte	20. 8. neue Ernte	17. 8. alte Ernte	17. 8. neue Ernte
Weizen 74 kg Eff.-G. min. p. hl.	—,—	22,80	—,—	23,00
Roggen 71 kg	—,—	22,30	—,—	22,50
Hafer*	25,00	20,00	25,—	20,00
Braugerste, gute	—,—	25,50	—,—	25,50
Braugerste*	—,—	23,50	—,—	24,00
Wintergerste*	—,—	21,00	—,—	21,00

* Mittlere Art und Güte.

Oelsaaten:	20.	16.		20.	16.
Mittl. Art und Güte letzt. Ernte			Senfsamen	40,00	40,00
			Hanfsamen	38,00	38,00
Winterraps	31,00	32,00	Blaumohn	70,00	70,00
Leinsamen	40,00	40,00			

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg)

	20.	17.		20.	17.
Weizenmehl	34,00	34,25	Auszugmehl	40,25	40,50
Roggenmehl	33,25	33,50			

Die Preise verstehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70 Prozent. Feinere Sorten werden höher bezahlt.

Speise-Kartoffeln (Erzeugerpreise) ab Erzeugerstation: Inländische frühe, rote 4.00 Mk., weiße 4.10 Mk.

Fabrikkartoffeln ab Verladestation für das Prozent Stärke je —.

Der Untergang Londons

Vier Tage und fünf Nächte stand London dieser Tage im Banne eines Alptraumes. Tag und Nacht surrten und lärmten die Propeller der Aeroplane über den Giebeln der Stadt, übertönten drohend bei Tag den Lärm des Verkehrs, das Rollen und Stampfen der Autobusse und Transportautos, die Hupen der Taxis und privaten Wagen, das Klappern der Pferdehufe auf dem Asphalt der Straßen und das Klirren der Straßenbahnen; — sangen ihre monotone Melodie in die Stille der Großstadtnacht, wenn der Verkehr zur Ruhe gegangen ist und die Hauptstadt der Welt in ihrem tiefen, dumpfen Schlafe liegt, aus dem sie spät zu einem freudlosen Tage erwacht.

Am Tage jagten die Fliegerstaffeln in geschlossenen Formationen durch die Luft, bald keilförmig angeordnet, eine barbarische Phalanx, bald sich, wie im Spiele, auflösend; schleppten sich die schweren Bombenflugzeuge, seltsam ungelenkt eingeht, begleitet, überholt und in flinken Kurven angegriffen von Jagdflugzeugen und gelenken schnellen Kampffliegern. Nachts konnte das vom Kriege her immer noch geübte Ohr das schwere, drohende Propellerhämmern der mit Bomben überladenen Riesenflugzeuge des Feindes von dem helleren Knattern der Verteidigungsstaffel unterscheiden. Scheinwerfer jagten nervös über den Himmel, ihre Kegel krallten sich plötzlich auf einen bestimmten Punkt fest: zwei, drei weitere Lichtkegel schoben sich tastend heran, bis — in einer Orgie von Licht — die phantastischen Schattenrisse der Bomber sich unwirklich abzeichneten. Dann wieder zündete irgendwo, unter einem strahlenden Sternenhimmel, irgend ein einsames Flugzeug ein seltsam blaues Licht an, das wie ein Komet quer über den Horizont schoß, plötzlich im Nichts erlöschend. Oder es stiegen irgendwo aus dem nachtschwarzen Himmel, der bleiern unbelebt schien, Raketen auf; rot, gelb und grün, schossen hin und her, als ob irgend mehr als indischer Feuerwerker einen tollen Schabernack mit seinen pyrotechnischen Körpern triebe. Irgendwo, wußte man, donnerten die Abwehrgeschütze ein rasendes Schnellfeuer von blinden Schrappnells in die bestirnten Nächte, irgendwo jagten und umkreisten sich im Zweikampf Verteidiger und Angreifer, indeß die Maschinengewehre in den Propellerlärm hämmerten. London hielt den Atem an. Ein dumpfer Knall! Hat der Feind seine Bomben abgeladen? Kriecht Giftgas über die Stadt? Nein! Die überwachten Nerven haben nur hinzugedichtet, was diesem kriegerischen Spiel fehlt. Die Bomben, die auf uns prasseln, wurden nicht wirklich geworfen und die Ruinen sind nur bildlicher Natur. Morgen wird die Stadt wieder zur Arbeit gehen und die hunderte von Reservefliegern der nichtaktiven Armee, die nachts London angegriffen und verteidigt, Bomben geworfen und Phosphorpatronen auf den feindlichen Flieger verschossen haben, werden, ein wenig übernächtigt, ein wenig fröstelnd, in ihre Kontors und Büros zurückgekehrt, über Zahlreihen und geschäftlichen Korrespondenzen gebeugt sitzen.

Die Zeitungen aber, die eigene Kriegsberichterstatter mit in die Luft gesandt hatten, berichteten uns Morgen für Morgen, wie — wäre dies alles kein Spiel gewesen — diese nächtlichen Attacken, diese „Raids" im vollen Tageslicht die Stadt zertrümmert hätten. Wieviele feindliche, wieviel eigene Flieger brennend abgeschossen worden seien. Wieviele tausende von Tonnen trotz der Wachsamkeit der Verteidigung auf London abgeladen worden wären, das Luftministerium ein großer Trümmerhaufen, ganze Stadtteile vernichtet und niedergelegt und die Stadt von den Nebelschwaden der Giftgase entvölkert. Nicht Tausende, nein, Hunderttausende vergiftet, verbrannt. Das Leben der Stadt paralysiert. London, die Hauptstadt der Welt, vernichtet.

Die Luftmanöver sind vorbei und es hat nur ein paar Tote und Verletzte gegeben. Da ist ein Flugzeug brennend abgestürzt, dort sind zwei Flugzeuge zusammengestoßen. Alles ist wie am Schnürchen gegangen und die Sachverständigen sitzen nunmehr über den hundert und aberhundert Teilberichten; den Filmaufnahmen, die die Maschinengewehre gemacht haben, anstatt ihre Phosphorpatronen zu feuern; den Staffelmeldungen und Situationsberichten. Noch fehlt die offizielle Gesamtdarstellung. Aber das Gesamtresultat ist aus den täglichen Kampfberichten schon vorwegzunehmen: Mag London auch gegen Angriffe zur Luft besser verteidigt sein als irgend eine andere Stadt der Welt, mag man die feinsten Apparate haben, die das Kommen der Flieger längst verzeichnen, ehe sie dem unbewaffneten Ohr vernehmbar, dem unbewaffneten Auge sichtbar sind, mag man die modernsten Einrichtungen besitzen, um die noch unsichtbaren Flieger zu lokalisieren, mag man eine lückenlose Kette von Scheinwerfern besitzen, um den fliegenden Feind dem Dunkel der Nacht zu entreißen und den besten Abwehrgeschützen der Welt bloßzustellen. Mag Großbritannien zahllose Jagdstaffeln besitzen, um Sperre zu fliegen, schwere Bomben zu überholen und anzugreifen. Mag es (nach den Erfahrungen mit den deutschen Luftangriffen auf englischem Boden) die gesamte militärische Technik und riesige Geldsummen in den Dienst des Luftschutzes der Hauptstadt gestellt haben, die Tatsache bleibt, daß es im Ernstfall dem angreifenden Feinde an mehr als einer Stelle gelungen wäre, das Sperrfeuer der Luftabwehr durch die auf dem Boden stationierten Schnellgeschütze und das furchtbare Maschinengewehrfeuer der schnellen und beweglichen Jagdflugzeuge zu durchbrechen und ihre entsetzlichen, Tod und Verderben säenden Bomben und Torpedos abzuwerfen. Die Luftmanöver über London haben neu erwiesen, daß die Luftwaffe — ähnlich der Kavallerie in früheren Zeiten — eine Offensivwaffe ist; daß es einen Angreifer mit starkem Offensivgeiste heute, allen Abwehrmaßnahmen zum Trotz, immer möglich sein wird, wenigstens einen Teil seiner Vernichtungsarbeit durchzuführen. Sie haben erwiesen, daß die größere Geschwindigkeit, Wendigkeit und Steigfähigkeit der kleinen Jagd- und Kampfflugzeuge nicht jene entscheidende Ueberlegenheit über den schweren, langsameren Typ des Bombenflugzeugs darstellt, wie man selbst in Sachverständigenkreisen angenommen hat. Ist doch ein einziges Flugzeug, das mit Giftgasbomben beladen, die Sperre durchbricht und seine Last im Zentrum der Stadt abläßt, imstande, einen ganzen Stadtteil zu gefährden und die „Moral" einer Millionenstadt in einem Maße zu erschüttern, wie es selbst Monate der Entbehrung und des Durchhaltens im vergangenen Kriege nicht vermocht haben.

Die Bilanz der Londoner Luftmanöver von 1928 ist ernst genug und sie geht nicht nur London an. Sie gilt für alle großen Städte Europas. Sie alle sind, trotz Abwehr, eine Beute des zukünftigen Feindes, der sie binnen weniger Stunden nach Ausbruch der Feindseligkeiten lahmzulegen, ja vielleicht sogar zu vernichten vermag. Eine Perspektive des Grauens eröffnet sich vor dem inneren Auge dessen, der sich über die Wirksamkeit der jüngsten Entwicklungen der Vernichtungstechnik Rechenschaft zu geben versucht. Eine Perspektive des Grauens selbst dann, wenn nur ein Teil, wenn nur ein Zehntel dessen Wirklichkeit werden sollte, was die Experten des Luft- und Gaskrieges uns seit Jahr und Tag geschäftlich kalt vorrechnen.

London hat in den Tagen vom 12. bis 16. August auf dem Papier seinen Untergang gefunden. So steht es in fetten Schlagzeilen über die Riesenseiten der englischen Zeitungen geschrieben. So hat es uns das hundertstündige Brausen der Propeller in Herz und Hirn gehämmert. Man möchte glauben, nun wäre die Stadt mit Plakaten überklebt, die hunderttausendfältig „Nie wieder Krieg" in die Straßen schreien, nun wären Plätze und Säle zum Bersten voll von Demonstranten, die „Krieg dem Kriege" rufen, nun seien sieben Millionen im vollen Aufruhr gegen die Vision eines jüngsten Gerichtes, das — diesmal noch — gnädig an uns vorübergegangen ist.

Gemach — wohl ertönen Rufe. Aber nicht des Protestes, nicht der Aufruhr gegen einen Krieg, der in sich selbst sinnlos geworden ist, sondern nach mehr Verteidigung, mehr Jagdstaffeln, mehr Abwehrkanonen und mehr Scheinwerfern. Der Durchbruch des Feindes auf London ist nicht zur Mahnung geworden, sondern zu einem grandiosen Propagandamittel der Reaktion, die Luftstreitkräfte Britanniens zu verstärken und auszubauen.

Egon Wertheimer.

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!

Der Krieg in der Mandschurei

Von Moskau aus wird eine Meldung der mongolischen Regierung verbreitet, in der es heißt, daß diese Regierung oder die Truppen der mongolischen Volksarmee an dem von der ausländischen Presse gemeldeten Aufstand nicht beteiligt seien. Der Aufstand an sich wird jedoch nicht bestritten.

Inzwischen sind nach zuverlässigen Meldungen die Kämpfe im Norden der Mandschurei fortgesetzt worden. Mongolische Freischaren des Sowjets in Urga — also keine offiziellen Truppen — die von sibirischen Offizieren geführt werden, warfen die von Mukden aus entsandten chinesischen Truppen zurück und verdrängten sie von der Ostbahn. Die Kämpfe spielten sich in der Hauptsache an der mandschurischen Eisenbahn in der Ecke ab, wo die Mandschurei, die Mongolei und das östliche Sibirien zusammenstoßen.

Monarchie in Albanien?

Aus Tirana wird gemeldet, daß dort eine große Versammlung der Einwohnerschaft am Montag nachmittag für Albanien die Monarchie und für den Präsidenten Achmed Zogu wegen seiner angeblich unschätzbaren Verdienste die Krone gefordert habe. Dem Beispiel der Hauptstadt soll sich „ganz Albanien" angeschlossen haben.

Diese Kundgebungen sind von langer Hand vorbereitet und keineswegs spontan entstanden. Das Bedürfnis Achmed Zogus nach der Königswürde ist keineswegs neueren Datums. Er hat seit Monaten alles getan, um diese Würde zu erlangen.

Sanftes Flehen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit

London, 21. August. (Eig. Funkbericht.)

Der englische Ministerpräsident hat an die englischen Arbeitgeber einen Brief gerichtet, in dem er unter Hinweis auf die drückende Arbeitslosigkeit an die Unternehmer den Appell richtet, möglichst viel Arbeitslose in ihre Betriebe einzustellen. Der Brief wird von den Arbeitsnachweisen an insgesamt 150 000 Arbeitgeber versandt werden.

Letzte Nachrichten

Selbstmord einer Familie

Der Möbelfabrikant Waldauf-Nürnberg, seine Ehefrau und ihr 10jähriger Sohn wurden am Montag in ihrer Nürnberger Wohnung durch Leuchtgas vergiftet tot aufgefunden. Geschäftssorgen bildeten vermutlich den Grund zur Tat. Die Firma Waldauf stand bereits im letzten Jahre vorübergehend unter Geschäftsaufsicht.

Hilferufe eines französischen Dampfers

Eine französische Radiostation hat am Montag SOS.-Rufe des deutschen Dampfers „Braga" aufgefangen. Der Dampfer befand sich zu der fraglichen Zeit im Atlantischen Ozean auf 62 Grad, 42 Fuß nördlicher Breite und 6 Grad westlicher Länge.

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 20. August.

1 Pfund Sterling	20,346	100 franz. Francs	16,375
1 Dollar	4,1925	100 tschech. Kronen	12,428
100 holl. Gulden	168,07	100 Schweizer Francs	80,72
100 Belga = 500 Franken	58,295	100 Pesetas	69,79
100 norw. Kronen	111,85	100 schwed. Kronen	112,19
100 Danzig. Gulden	81,31	100 Pengö	73,07
100 Lire	21,93	100 österr. Schilling	59,10
100 dän. Kronen	111,89	100 Zloty	46,95

Volkswohl-Lotterie

für soziale und kulturelle Zwecke

Ziehung 6.-12. September

Alle Gewinne 90% bar

Für 1 RM können Sie ein Vermögen oder ein vollständig eingerichtetes Landhaus gewinnen!

Höchstgewinn auf ein Doppellos Wert	=	150 000
Höchstgewinn auf ein Einzellos Wert	=	75 000
Zwei vollständig eingerichtete Landhäuser Wert je 50 000 RM	=	100 000
Zwei Landhäuser Wert je 25 000 RM	=	50 000
Zwei Landhäuser Wert je 20 000 RM	=	40 000
Zwei Reisen um die Welt je 10 000 RM	=	20 000
4 Automobile oder Vierzimmer-Einrichtungen oder Gutscheine Wert je 5000 RM	=	20 000
6 Zweizimmer-Einricht., Motorboote, Silberkästen f. je 18 Personen je 2500 RM	=	15 000
12 Herrenzimmer, Schlafzimmer, Klaviere und Motorräder Wert je 1000 RM	=	12 000
24 Leichtmotorräder, Segelkanus und Küchen-Einrichtungen Wert je 500 RM	=	12 000
130 Fahrräder, Sprechmaschinen, Fotoapparate oder Gutscheine Wert je 50 RM	=	13 000
39 180 Gewinne je 2-50 RM 118 000 RM	=	118 000
39 362 Gewinne u. 2 Prämien l. Gesamtwerte v.	=	400 000

Die Prämien l. W. v. je 25 000 RM entfallen auf den zuletzt gezog. Hauptgewinn

Versand gegen bar, Briefmarken und gegen Nachnahme

Die Lose sind knapp — bestellen Sie daher noch heute. Auf Wunsch werden durch Nachnahmen bestellte Lose erst am 1. Septbr. vorgelegt.

Gutschein! Bitte hier abtrennen!

An die Lotteriebank ARNDT, Breslau 5, Schließfach 45

Senden Sie mir unter Nachnahme am .....

Stück ..... Doppellose à 2 RM
Stück ..... Einzellose à 1 RM
} der Volkswohl-Lotterie für soziale und kulturelle Zwecke

Stück ..... Doppellose à 2 RM als Glücksbriefe | Glücksbriefe mit 5 Doppellosen sortiert aus verschiedenen Tausenden ..... 10 RM

Stück ..... Einzellose à 1 RM als Glücksbriefe | Glücksbriefe mit 5 Einzellosen sortiert aus verschiedenen Tausenden ..... 5 RM

Name: .....

Ort: .....

Postanstalt: .....

Straße: .....

Bitte hier abtrennen!

Lose 1 RM, Doppellose 2 RM

Glücks-Briefe: 5 Einzellose 5 RM; 5 Doppellose 10 RM

Porto und Listen 35 Pfg. extra

Für Odertor u. Scheitnig Gneisenau-Drogerie Gneisenauplatz 4, erhältlich.

Arndt

Lotteriebank Breslau Am Tauentzienpl. (gegenüber Wertheim-Eckl) Postscheckkonto Amt Breslau Nr. 2571

Arbeit und Wirtschaft

Der Kampf um die Krisenfürsorge

Wann tritt die Verlängerung endlich in Kraft?

Die Verbesserung der Krisenfürsorge ist gerade in dem entscheidenden Punkt noch immer nicht durchgeführt. Das Reichskabinett hat es bis jetzt noch nicht über sich gebracht, ohne viel Wenn und Aber der Forderung des Reichstages auf allgemeine Verlängerung der Unterstützungsdauer von 26 auf 39 Wochen beizutreten. Es hat nur grundsätzlich die Verlängerung der Unterstützungsdauer beschlossen. Die Frage, wann diese Verlängerung Wirklichkeit werden soll, blieb einstweilen noch offen.

Will man bis zum Herbst warten? Warum das? Die Verlängerung der Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge ist vom Reichstag gefordert worden gerade mit Rücksicht auf den Ablauf der Uebergangsbestimmungen. Gerade deshalb soll ja auch nach dem Willen des Reichstages die Verlängerung der Unterstützungsdauer von 26 auf 39 Wochen rückwirkend ab 20. Juni Geltung haben. Vom Juli bis Oktober sind 3 Monate. Danach würde bis dahin die Mehrbelastung höchstens 9 bis 10 Millionen Mark ausmachen, denn im Monat Mai, in dem die Zahl der Krisenunterstützten noch wesentlich höher stand, betrug z. B. der Aufwand für Krisenunterstützung 10,8 Millionen. Ist denn die Mehrbelastung bis zum Herbst in Höhe von 9 bis 10 Millionen etwas Besonderes? Die paar Millionen machen bestimmt den Kohl nicht fett. Aber freilich, wenn von sozialpolitischen Dingen die Rede ist, dann rauchen plötzlich in der Presse die ergreifendsten Kassandra-Rufe über die bedrohliche Gestaltung des Etats auf. Gräßliche Defizitzahlen werden schon jetzt an die Wand gemalt. Wenn aber die Militaristen und Marinisten trotz dieses Defizits ihre Kriegsspielzeuge haben müssen, dann müssen die Arbeiter um so mehr darauf bestehen, daß endlich einmal für die Sozialpolitik die Parole ausgegeben wird: Mit Volldampf voraus! Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die freien Gewerkschaften erwarten mit Bestimmtheit, daß in der Krisenfürsorge rasch ganze Arbeit geleistet wird.

Konflikt in der Herrenkonfektion

In der Herrenkonfektion ist es zu einem neuen Konflikt gekommen. Das Reichsarbeitsministerium hat den zur Beilegung des Lohnstreits gefällten Schiedsspruch vom 19. Juli nicht für verbindlich erklärt. In der Begründung hebt das Ministerium neben formalrechtlichen Bedenken hervor, daß eine weitere Lohnerhöhung auch von Arbeitgeberseite als billig erachtet werde. Die Arbeitgeber hätten sich bereit erklärt, auf der Grundlage einer Erhöhung von 6 bis 7 Prozent zu verhandeln. Das im Schiedsspruch vorgeschlagene Ausmaß der Erhöhung, das sich im Durchschnitt auf etwa 11 Prozent stellte, sei nach Ansicht der Arbeitgeber wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen und es bestünden in der Tat begründete Zweifel, ob diese Lohnerhöhung für alle Unternehmungen der Branche tragbar sei.

Die Verantwortung für diesen Ausgang der Verhandlungen trägt der Arbeitgeberverband. Bei seiner Haltung war die Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums nicht mehr zweifelhaft. Die Arbeitgeber hatten alle Minen springen lassen, um den Verhandlungsführer einzuschüchtern. Sie haben unter anderem auch mit dem Hinweis operiert, daß seit 1927 eine Lohnerhöhung um 19 Prozent eingetreten sei. Dabei wird jedoch außer Acht gelassen, daß diese Erhöhung sich auf verhältnismäßig niedrigen Löhnen aufbaut.

Jetzt gilt es, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die neuaufgerollte Lohnbewegung zum Erfolg zu führen. Die Konfektionsarbeiterschaft im ganzen Reich muß sich ihrer Aufgabe und Pflicht bewußt sein. Sie muß geschlossen die Anweisungen der Verbandsleitung durchführen und zugleich alles tun, um die Organisation zu stärken und die Reihen aufzufüllen. In den nächsten Tagen müssen Tausende von neuen Mitgliedern aus der Konfektionsbranche gewonnen werden.

Karlsruher Abschluß

Die letzte Sitzung des Verbandstages der Metallarbeiter

Der Ausklang des Karlsruher Verbandstages der Metallarbeiter brachte sehr scharfe Töne gegen das

Treiben der Kommunisten.

Der Vorsitzende Brandes stellte in seinem Bericht über den Pariser IGB.-Kongreß und Internationalen Metallarbeiterkongreß fest, daß die Rote Gewerkschaftsinternationale außer der Spaltung der Arbeiterschaft absolut nichts zur Verbesserung der Lage der Arbeiter geleistet hat. Gegen die Minierarbeit der „Opposition" kündigte Brandes schärfste Maßnahmen des Vorstandes an, denn der Verband könne z. B. unmöglich dulden, daß in der Organisation besondere Unterstützungsvereinigungen zur Bekämpfung des Verbandes aufgezogen werden. Der Vorstand werde keine kommunistischen Ortsverwaltungen mehr bestätigen, wenn der Wahlkampf wie bisher mit Lüge und Verleumdung geführt werde. Niederkirchner-Berlin glaubte, an Hand eines einseitig abgefaßten Protokolls der russischen Metallarbeitervertreter über die gescheiterten Einigungsverhandlungen die Russen reinwaschen zu können. Dieser mit untauglichen Mitteln unternommene Versuch wurde vom Sekretär der Eisernen Internationale, Ilg, kurz und scharf abgetan. Den Kommunisten blieb die Sprache weg, als Ilg das Doppelspiel der Russen aufzeigte, die erst über die Einigung verhandelten und dann sofort zum Kampf gegen den Metallarbeiterverband aufforderten. Der russische Verband, betonte Ilg, wolle dem Bund nur beitreten, um ihn besser bekämpfen zu können.

Die scharfe Abrechnung mit der kommunistischen Zellenarbeit schloß mit der Annahme einer Entschließung, in der gegen die

Drangsalierung der Gewerkschafter

in den imperialistischen, faschistischen und sowjetistischen Staaten protestiert und allen unterdrückten Arbeitern die Sympathie des Verbandstages ausgesprochen wird. Gegen die Stimmen der Kommunisten wurde ferner eine Entschließung angenommen, in der die Aufforderung der Moskauer Gewerkschaftsinternationale zur Zerrüttung der Amsterdamer Gewerkschaften und zum Disziplinbruch aufs schärfste verurteilt und der Vorstand verpflichtet wird, alle desorganisatorischen Bestrebungen mit den Mitteln des Statutes aufs schärfste zu bekämpfen. Das Statut wurde im Interesse der strafferen Zusammenfassung der Organisation in verschiedenen wichtigen Punkten geändert. So sind z. B. künftig wahlberechtigt nur solche Mitglieder, die 13 Wochen dem Verband angehören und für diese Zeit ordentliche Beiträge entrichtet haben. Die Kommunisten bekämpften natürlich diese Neuerung; in der Gesamtabstimmung wurde jedoch die Reform des Statuts mit überwältigender Mehrheit (gegen etwa 25 Stimmen) angenommen. Auch mit ihren Beschwerden gegen Ausschlüsse fielen die Kommunisten glatt ab. Der Verbandstag trat ausnahmslos den Vorschlägen des Beschwerdeausschusses bei. Ebenso wurde mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen, daß die Wahlen zum Verbandstag und zu allen anderen Verbandskörperschaften nur nach einheitlichen gewerkschaftlichen Listen erfolgen. Die Niederlage der Kommunisten kam schließlich bei der Vorstandswahl besonders drastisch zum Ausdruck. Der bisherige Vorstand bleibt. In namentlicher Abstimmung wurde die Amsterdamer Vorschlagsliste mit 222 gegen 36 Stimmen gewählt.

In der

Verschmelzungsfrage

ist insofern ein Fortschritt zu verzeichnen, als durch eine Entschließung der Vorstand ersucht wird, mit den Maschinisten, Heizern und Kupferschmieden in Verhandlungen einzutreten, um eine Vereinigung herbeizuführen. Der Vorsitzende des Maschinisten- und Heizerverbandes, Klebe, teilte mit, daß sein Verband keine organisatorischen und beruflichen Hindernisse für die Verschmelzung sähe. Der Metallarbeiter-Verband würde, wie Brandes auf eine Anfrage Klebes hervorhob, die Maschinisten und Heizer aller Industrien übernehmen.

Die

Einführung der Invalidenunterstützung

ist vom Verbandstag mit mehr als Zweidrittelmehrheit im Prinzip beschlossen worden. Die zur Aufbringung der Mittel notwendige Beitragserhöhung wurde genehmigt, weitere Beitragserhöhungen wurden nicht beschlossen. An Stelle der schwarzen, beitragsfreien Marken für Arbeitslose muß künftig eine Zehnpfennigmarke pro Woche geklebt werden. Beschlossen wurde ferner die Einführung einer Unterstützung beim Tod der Ehefrau eines Mitgliedes, die von den Ortsverwaltungen bisher praktisch eigentlich schon geleistet worden ist. Die Streik- und Gemaßregelten-Unterstützung wird einem Beschluß gemäß künftig höher sein.

Die Karlsruher Tagung war eine arbeitsreiche Tagung. Sie wirkte vor allem gegenüber den kommunistischen Quertreibereien wie ein reinigendes Gewitter. Der Verband geht aus der Karlsruher Woche gestärkt und gekräftigt hervor, gut gerüstet zu neuen Kämpfen.

Der 20. Verbandstag des deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

begann am Montag im Münchener Gewerkschaftshaus. Die Tagesordnung des Verbandstages ist sehr reichhaltig. Neben der Geschäftsberichterstattung stehen im Mittelpunkt der Beratungen: Die Einführung der Invaliden- und Altersunterstützung (Referent Ferdinand Husung-Bremen), Anträge zum Verbandsstatut (Referent Johannes Krohn-Bremen), das Arbeitslosenversicherungsgesetz (Referent Franz Spliedt vom ADGB), das kommende Berufsausbildungsgesetz und die Lehrlingsfrage in der Tabakindustrie (Referent Otto Wenzel-Bremen) und der Bericht vom Internationalen Tabakarbeiterkongreß (Referent Alfred Kiel-Gießen).

Der Verband der Maler

hat einen neuen Mitgliederaufstieg der Maler zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg im zweiten Vierteljahr von 50 756 auf 55 540. Am 1. Juli vorigen Jahres wurden 46 972 Mitglieder gezählt. Der Zuwachs binnen Jahresfrist beträgt also 8 568.

Dieses erfreuliche Resultat wurde herausgeholt, obwohl die Konjunktur die gehegten Erwartungen nicht erfüllte und infolgedessen unausgesetzt große Teile der Maler selbst den Sommer über arbeitslos oder nur genügend beschäftigt waren. Daß die Organisation vorwärts schreitet, sieht man auch an der Tatsache, daß vom „Maler" wöchentlich mehr als 57 000 Exemplare angefordert werden.

Die Beamtenrätewahlen bei der Reichsbahn

sind im Benehmen mit den zuständigen Organisationen auf Sonnabend, den 20., und Sonntag, den 21. Oktober, festgesetzt worden. Die jetzigen Beamtenräte wurden 1926 gewählt. Die Wahlzeit beträgt zwei Jahre.

Die Ratifikation internationaler Arbeitsübereinkommen

hat neue Fortschritte gemacht. Anfang August lagen 305 Ratifikationen (von 26 internationalen Arbeitsübereinkommen durch 29 Länder) vor. In 29 Fällen wurde die Ratifikation von den zuständigen gesetzgebenden Körperschaften bereits beschlossen; in 156 Fällen liegen die Uebereinkommen den gesetzgebenden Körperschaften vor, und zwar mit einer Empfehlung der Regierungen, die Ratifikation zu beschließen. Im letzten Frühjahr hat Luxemburg 25 Konventionen ratifiziert, Cuba hat die Eintragung von elf Ratifikationen angemeldet.

Deutsch-englische Kohlenverhandlungen

In den letzten Tagen haben Verhandlungen zwischen dem englischen und dem deutschoberschlesischen Bergbau und die Absatzregelung auf den norddeutschen Märkten stattgefunden. Die Besprechungen sind jetzt abgebrochen worden. Dazu erfahren wir, daß die Verhandlungen durchaus die Möglichkeit einer Verständigung ergeben haben; einen greifbaren Erfolg konnte die Konferenz aber nicht bringen, weil auf der englischen Seite eine einheitliche Vertretung fehlt, die stark ist, eventuelle Abmachungen zu garantieren und durchzuführen. Der Erfolg der Konferenz liegt also in der Tatsache, daß die Engländer durchaus für eine Verständigung zu haben sind.

Die hohen Obst- und Gemüsepreise

Der Reichsverband deutscher Obst- und Gemüsehändler beschäftigte sich in einer am Sonnabend in Berlin stattgefundenen Veranstaltung mit den außerordentlich hohen Preisen für Obst und Gemüse. Der Verband gibt die gegenwärtige Desorganisation der Obst- und Gemüsemärkte, die besonders hinsichtlich der Preisbildung eine höchst ungesunde Entwicklung zeigen, selbst zu; für die Uebersetzung der Preise könne aber seiner Ansicht nach der Kleinhandel nicht verantwortlich gemacht werden. Die Ursachen für die gegenwärtige Teuerung seien vielmehr in der schlechten Obst- und Gemüseernte zu suchen. Außerdem hätte der Zwischenhandel eine Ausdehnung genommen, die auf die Preisgestaltung am offenen Markt nicht ohne Rückwirkung geblieben ist. Für die Preisbildung spielen auch die Lieferungsverträge der Konservenfabriken eine große Rolle. Diese Lieferungsverträge würden zu einer Zeit abgeschlossen, in der das Ergebnis der Ernte noch nicht zu übersehen sei. Fällt nun die Ernte ungünstig aus, so sehe sich der zur Lieferung verpflichtete Obst- und Gemüseerzeuger gezwungen, seinen Bedarf anderweitig zu decken, um der vereinbarten Vertragsstrafe zu entgehen. Dadurch entstünde bei schlechten Ernten eine verstärkte Nachfrage, die sich auf den Preis auswirkt. Auch die Fruchtsaftpressereien vergrößerten die Nachfrage nach Obst und Gemüse ganz bedeutend und trieben die Preise.

Weiter wurde gerügt, daß die amtlichen Notierungen zu niedrig seien. Man könne immer feststellen, daß die Kleinhändler weit höhere Preise zahlen müßten als die Notierungen besagen. Dadurch mache sich das Publikum eine völlig falsche Vorstellung in der Gewinnspanne, die zwischen Groß- und Kleinhandelspreis liegt.

Ohne Zweifel werden die Obst- und Gemüsepreise in diesem Jahre durch die schlechte Ernte beeinflußt. Daß die Preisübersetzung aber durch den schlechten Ernteausfall restlos geklärt wird, muß mit aller Entschiedenheit bestritten werden. In diesem Sinne sind wir der Auffassung, daß der übersetzte Zwischenhandel wesentlich zur Verteuerung beiträgt. Im übrigen wirken sich bei der gegenwärtigen Obst- und Gemüseteuerung wirtschaftspolitische Fehler aus. Es ist eine Tatsache, daß die deutsche Obst- und Gemüseproduktion in absehbarer Zeit überhaupt nicht in der Lage ist, den Bedarf zu decken. Auch bleibt die Qualität inländischer Ware infolge der immer wieder aufgeschobenen und verhinderten Rationalisierung hinter der Beschaffenheit der ausländischen Ware zurück. Trotzdem sträubt man sich bei uns, zur Versorgung des deutschen Marktes das Ausland heranzuziehen. Man leistet damit der Bevölkerung keinen Dienst, sondern begünstigt den Wucher.

Allerdings nahm der Reichsverband deutscher Obst- und Gemüsehändler in seiner Veranstaltung am Sonnabend Stellung gegen die Zollpolitik der früheren Rechtsblockregierung und sprach sich für die vollkommene Zollfreiheit bei der Einfuhr ausländischen Obstes und Gemüses aus. Wir sind jedoch der Auffassung, daß dieses Bekenntnis der deutschen Obst- und Gemüsehändler zu dem Gedanken der Zollfreiheit auf dem Papier stehen bleiben wird. Die Leitung des Reichsverbandes befindet sich nämlich in Händen eines bekannten Wirtschaftsparteilers, dessen Partei die Zollpolitik der Rechtsblockregierung mitmachte und somit zu der gegenwärtigen Obst- und Gemüseteuerung beigetragen hat.

Die Reichspost im vergangenen Quartal

Der jetzt vorgelegte Ausweis der Reichspost über Einnahmen und Ausgaben für das erste Rechnungsvierteljahr 1929/29 (April bis Juni) bestätigt unsere Auffassung, daß die von der Post vorgenommene Preiserhöhung überflüssig war. Das Institut gibt seine Einnahmen mit 513 Millionen Mark an. Gegenüber dem Vorjahre liegt eine Steigerung von 72 Millionen Mark vor. Demgegenüber haben sich die Ausgaben nur um 22 Millionen auf 476 Millionen Mark erhöht. Die überaus günstige Entwicklung konnte sich durchsetzen, obwohl infolge der Gebührenerhöhung ein Rückgang sowohl im Brief- als auch im Paketverkehr eingetreten ist, wie folgende Zusammenstellung zeigt:

	1927	1928
	(von April bis Juni, in Millionen Stück)	
Briefsendungen einschl. Zeitungssendungen	72,8	67,9
Paketverkehr	144,7	137,2

Die Post hat also ihre Preise mit dem Erfolg erhöht, daß sie den Verkehr abdrosselte. Ohne diese Abdrosselung wäre mutmaßlich dieselbe finanzielle Entwicklung eingetreten. Diese Preispolitik hat mit Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen nichts mehr zu tun.

Bau von Landarbeiter-Wohnungen

Um den Ersatz ausländischer Arbeitskräfte in der Landwirtschaft durch deutsche stärker zu fördern, hat das Reichsarbeitsministerium schon vor längerer Zeit besonders bestimmt, daß auch Landarbeiterwohnungsbauten aus der produktiven Fürsorge finanziert werden, die solchen Arbeitern dienen, die nur saisonweise in der Landwirtschaft Beschäftigung finden. Neuerdings will man nun auch für Handwerker auf dem platten Lande (Schuster, Schlosser, usw.) den Wohnungsbau noch verstärkt fördern. Man geht dabei von ähnlichen Ueberlegungen aus, wie sie der Amerikaner Ford angestellt hat. Ford wollte eine Vereinigung von Land- und Industriearbeitern in einer Person herbeiführen, indem er seine Werke in ausgesprochene Agrarbezirke verlegen wollte. Da die gesamte Erntearbeit auf dem Lande innerhalb zweier Monate vollzogen wird, in dieser Zeit also die Anforderung von Arbeitern sehr stark ist, wollte er seine Arbeiter in dieser Zeit zur Verfügung stellen, während sie in den übrigen zehn Monaten in seinen Fabriken schafften.

Eine große Anzahl kleiner Handwerker auf dem platten Lande findet in der Erntezeit in der Landwirtschaft Beschäftigung. Es ist durchaus angebracht, sie vor allem in der Erntezeit auch mit landwirtschaftlicher Arbeit zu beschäftigen, während sie in dem Hauptteil des Jahres ihrem eigentlichen Berufe nachgehen. Zu diesen Handwerkern gehören auch die Bauhandwerker, deren Tätigkeit in den gewerblichen Betrieben nur vorübergehender Natur ist. Um sie der Landwirtschaft zu erhalten und zugleich die Anforderungen nach ausländischen Arbeitskräften zu beschränken, will man auch für sie den Wohnungsbau fördern. Jedoch ist dies an die Bedingung einer voraufgegangenen zweijährigen Beschäftigung mit Erntehilfsarbeit geknüpft.

Im Vordergrunde der Förderung stehen natürlich land- und forstwirtschaftliche Dauerarbeiter. Ausgeschlossen von der Förderung sind solche Arbeiter, denen eine Anwartschaft auf ländlichen Besitz oder sonstiges Vermögen zusteht. Um den Verteuerungen des Baumarktes und den sonstigen Belastungen zu begegnen, wurden die Förderungssätze und auch die Beleihungsgrenze für Eigenheime erhöht. Verschiedene Landkreise kommen den Förderungsbestrebungen dadurch entgegen, daß sie gering verzinsliche Hypotheken oder billiges Bauland zur Verfügung stellen. Auch das Reich will Zuschüsse zur Verbilligung von Hypotheken leisten.

Der Fortschritt des Eigenheims gegenüber der Werkwohnung ist erfreulich. Heute stehen bereits 20 422 Eigenheime 22 593 Werkwohnungen gegenüber. Für den sozialen Aufstieg der Landarbeiter ist damit immerhin ein Anfang gemacht. Dem ersten Schritt müssen aber weitere folgen. Werkwohnungen und Eigenheime und damit sozialer Aufstieg — vor allem in Ostelbien — sind ein besserer Schutz für Ostdeutschland einschließlich Ostpreußens, als der Panzerkreuzer, der in der Ostsee leicht zu einem Wettrüsten zwischen Deutschland und Polen führen kann.

Gesteigerter Autoabsatz in Amerika

Gelegentlich der Krise in den Ford-Werken hat man auch in Deutschland des öfteren davon gesprochen, daß der amerikanische Automobilmarkt übersättigt sei. Daß diese Auffassung nicht zutrifft, geht daraus hervor, daß die großen amerikanischen Autokonzerne im ersten Halbjahr 1928 eine starke Steigerung ihres Absatzes melden können. So gibt die General Motors Corp. ihren Wagenverkauf in den ersten sechs Monaten 1928 mit 1 062 474 an gegenüber 840 481 in derselben Zeit des Jahres 1927, 620 190 im ersten Halbjahr 1926 und 336 360 im ersten Halbjahr 1925.

Zum Alltag u. zum Feste
bleibt Christ's Brot
doch das Beste!

Aus aller Welt

Dienstag, 21. August 1928

Sensationelle vorgeschichtliche Funde

Die mongolische Wüste vor 20 000 Jahren dicht bevölkert — Vor 150 000 Jahren schon Menschen in der Wüste Gobi

Die Forschungen der Chapman-Andrews-Expedition in das Herz Asiens haben zu sensationellen Entdeckungen geführt, die in der gesamten internationalen Gelehrtenwelt Aufsehen erregen dürften. Die Forscher, die ihre Arbeiten zu Beginn dieses Jahres aufnahmen und sich jetzt auf dem Rückmarsch nach Peking befinden, haben festgestellt, **daß die heute menschenleere mongolische Wüste vor zwanzigtausend Jahren dicht bevölkert war; es wurden ausgedehnte Ruinenstädte gefunden. Zahlreiche Ausgrabungen haben u. a. ergeben, daß der Mensch schon vor hunderttundfünfzig tausend Jahren in der Wüste Gobi gelebt hat.**

Es ist den Forschern allerdings nicht gelungen, Spuren einer in der Entwicklung noch unter dem Neandertal-Menschen stehenden Rasse aufzufinden. Die Expedition hat jedoch umfangreiches paläontologisches Material gefunden, das der Wissenschaft wichtige Aufschlüsse über das Tierleben bis zur Tertiärzeit ermöglicht. So wurde u. a. das **nahezu vollständige Skelett eines gigantischen Landsäugetieres entdeckt, das einer bisher völlig unbekannten Tiergattung angehört und das an Größe jedes bisbekannt gewordene Säugetier übertrifft. Dieses sagenhafte Riesentier, das vor tausenden von Jahren gelebt hat, dürfte — nach den Knochenresten zu urteilen — ungefähr acht Meter hoch gewesen sein und zwanzig Tonnen gewogen haben.**

Die achttausend Kilometer lange Marschroute der Expedition führte zum großen Teil durch bisher unvermessenes Territorium, von dem genaue Karten aufgenommen wurden. Die Hauptfundstätten lagen etwa 500 Kilometer nordwestlich von Kalgan und ungefähr 150 Kilometer von der Karawanenstraße entfernt, die von Kalgan nach der mongolischen Hauptstadt Urga führt. Die Expeditionsleiter wollen im nächsten Jahre eine noch größere Expedition ausrüsten, da sich die mongolische Wüste als eine wahre Fundgrube für wissenschaftliche Forschungen gezeigt habe.

Lustmord eines Irrenhäuslers

Gestern mittag wurde in Lengerich ein schweres Verbrechen aufgedeckt. Eine junge Hausnäherin war am letzten Dienstag über Land gegangen, um bei einem Landwirt der Umgebung zu nähen. Sie hatte ihren Angehörigen erklärt, daß sie dort bis Sonntag zu tun habe. Der Landwirt kam gestern nach Lengerich, um sich bei den Eltern nach dem Verbleib ihrer Tochter zu erkundigen, da sie bei dem Landwirt noch nicht eingetroffen war. Man suchte daraufhin nach der Verschwundenen, und fand die Leiche oberhalb der Irrenanstalt mit einem Messer gräßlich zugerichtet und unbekleidet in einem Gestrüpp. Alle Anzeichen deuten auf einen Lustmord hin. Als vermutlicher Täter kommt ein Mann in Frage, der zur Beobachtung in der hiesigen Provinzial-Irrenanstalt eingeliefert war, und von dort am Montag entflohen ist. Der Verdacht, daß dieser Mann der Täter ist, wird noch durch die Tatsache verstärkt, daß das bei der Leiche gefundene Messer aus der Irrenanstalt stammt. Die polizeilichen Ermittelungen sind aufgenommen worden.

Bergrutsch in den Dolomiten

Rom, 20. August. In den Dolomiten haben starke Regengüsse an verschiedenen Stellen Bergrutsche verursacht. Der Eisenbahnverkehr ist teilweise unterbrochen. Auf verschiedenen Gebieten, in denen die Trockenheit noch immer anhält, werden große Waldbrände gemeldet. Acht Wohnhäuser sind gleichfalls ein Raub der Flammen geworden.

Drei Touristen durch Steinschlag getötet

Bei der Besteigung der Reichenspitze in der Nähe des Zillertales wurden zwei bisher unbekannte Touristen aus Duisburg mit ihrem Träger vom Steinschlag getroffen und getötet.

18 Jahre im Schlaf gelegen

In Johannisburg (Südafrika) ist dieser Tage ein Mädchen, das sich seit 18 Jahren in einem lethargischen Zustand befand, wieder aufgewacht. Das Mädchen war 1910, als es 20 Jahre alt war, und die Nachricht von einem tödlichen Unfall ihres Verlobten vernahm, in Schlaf verfallen. Nach ihrem jetzigen Erwachen ist die Lähmung ihres Körpers verschwunden; die Wiedererwachte kann jedoch nur unvollkommen sprechen und ist von einer krankhaften Schüchternheit befallen.

Opfer des Militarismus

Der italienische Kampfflieger Barachini ist in seinem chemischen Laboratorium in Rom bei Versuchen mit einer von ihm zusammengestellten Sprengstoffmischung für Flugzeugsignale tödlich verunglückt. Der Sprengstoff ging in die Luft und zerstörte das Laboratorium. Barachini erlag seinen schweren Verletzungen im Krankenhaus.

Rennfahrer Heußer gestorben

Der am Sonntag bei dem Buckower Dreiecksrennen verunglückte Autofahrer Heußer ist am Montag seinen Verletzungen erlegen. Der Verstorbene soll schon den ganzen Tag vor dem Rennen sehr aufgeregt gewesen sein und vor dem Start einige Gläser Sekt getrunken haben.

Sechs Kinder vom Hochzeitsauto überfahren

Zwei Automobile, die eine Hochzeitsgesellschaft in einem Dorfe der Umgebung aus der Kirche heimfuhren, gerieten in eine Gruppe spielender Kinder. Sechs Kinder wurden überfahren. Davon wurden vier schwer, die beiden anderen leichter verletzt. Die Schwerverletzten sind ins Krankenhaus gebracht worden.

300 000 Lit erschwindelt

Raffinierte Schwindeleien sind bei der Litauischen Notenbank in Kowno festgestellt worden. Die Schwindler haben es auf raffinierte Weise verstanden, sich 300 000 Lit auf Grund gefälschter Geldüberweisungen von der Bank auszahlen zu lassen. An den Betrügereien sind zwei leitende Beamte der Litauischen Staatsbank beteiligt, die inzwischen verhaftet wurden.

Ein furchtbares Liebesdrama

hat sich in der Nacht zum Montag auf der Eisenbahnstrecke Halle-Leipzig abgespielt. Dort fand man die leblosen Körper des 21jährigen Buchhalters Willi Lenhardt aus Lichtenberg bei Berlin und der 20jährigen Kontoristin Hedwig Hagelgans aus Leipzig; beiden war von einem Eisenbahnzug der Kopf vom Rumpfe getrennt worden. Das Motiv der Tat ist, wie aus vorgefundenen Briefen hervorgeht, unglückliche Liebe. Das junge Paar wollte heiraten, hielt aber die ihm im Wege stehenden Hindernisse für unüberwindbar. Die jungen Leute waren vor ihrer Tat tagelang in der Gegend von Beuditz umhergeirrt. Lenhardt war bei einer Schuhfabrik als Buchhalter angestellt. Er hatte u. a. 4000 Mark unterschlagen.

Der Ozeanflug nach Schweden

Von den Fliegern fehlt jede Nachricht

Nach Meldungen aus Newyork fehlt von den Fliegern Hassell und Cramer jetzt seit 36 Stunden jede Nachricht. Die Befürchtung wächst, daß sie verunglückt sind. Allerdings besteht noch immer die Möglichkeit einer Notlandung, die jedoch, da der Flug über sehr dünn bevölkertes Gebiet führte, mit großen Gefahren verbunden wäre. Die Wetterbedingungen werden als so günstig bezeichnet, daß nach Ansicht der Sachverständigen nur ein Motorschaden die Flieger in eine gefährliche Lage gebracht haben kann. Der dänische Forscher Bangsted, der auf Grönland die Vorbereitungen für die Landung der beiden Flieger getroffen hat, erhielt am Montag die Nachricht, daß die Radioanlage auf dem Landungsplatz nicht in Ordnung sei. Der Forscher glaubt hierin eine Erklärung für das Fehlen jeder Nachricht von den beiden Fliegern zu erblicken.

* * *

Eine neuere Nachricht meldet: Von den amerikanischen Fliegern Hassel und Cramer, die am Sonnabend den Flug nach Grönland angetreten haben, um von dort nach Stockholm weiterzufliegen, fehlt bis Montag abend jedes Lebenszeichen. Die Flieger waren zu dieser Zeit schon über 48 Stunden fällig. Man vermutet, daß sie infolge Motordefekts auf den Ozean niedergehen mußten und ertrunken sind.

Der Europa-Rundflug

Mertens in Paris gelandet

Die Flieger Mertens und Weber, die mit ihrem Kleinflugzeug am Sonnabend in den Ardennen eine Zwischenlandung vornehmen mußten, sind Montag Mittag um 14 Uhr in Paris gelandet. Am Dienstag werden sie auf der deutschen Botschaft empfangen werden. Von Paris werden die Flieger nach London weiterfliegen.

300 Todesopfer auf Haiti

Die Zahl der Todesopfer des Wirbelsturms auf Haiti beträgt nach den letzten Meldungen aus Port au Prince rund 300. Darunter befinden sich auch die Besatzungen mehrerer Fischerboote und Küstendampfer. Die Verbindung mit dem verwüsteten Gebiet ist noch vollständig unterbunden.

Klosterbrüder gegen das Baden

Sie schütten Glasscherben in den Teich.

Aus München wird uns geschrieben: Eine Bahnstunde von München am Ufer des schönen Ammersees befindet sich der sogenannte „Heilige Berg" mit Kloster Andechs, ein beliebtes Ausflugs- und Wallfahrtsziel der Münchener. Wohlbeleibte Klosterbrüder sorgen dort für des Leibes und der Seele Atzung durch selbstgebrautes Klosterbier, prima Klosterkäse, andererseits durch Messen, Predigten und Schaustellung heiliger Reliquien. Aber auch in anderer Hinsicht sind die frommen Brüder aufs lebhafteste um das Seelenheil der Bergpilger besorgt. Nicht weit vom Kloster findet der Wanderer einen hübschen Weiher, dessen kühle Flut zum erfrischenden Bade lockt. Männer und Frauen haben sich dort lustig tummeln können — bis vor kurzem. Jetzt droht dort ein Schild „Achtung, Glasscherben! Für Unfälle wird nicht gehaftet. Gutsverwaltung Andechs." Von den Einheimischen erfährt man, daß die Klosterbrüder ein äußerst probates Mittel entdeckt haben, um die Menschen vor dem sündhaften Gelüst des Badens zu bewahren: sie ließen durch Lastautos ganze Ladungen Glasscherben heranfahren und in den Weiher schütten.

20 bis 30 Hektoliter Bier werden alle Sonntage im Kloster Andechs verzapft.

Ein Gedenkstein für Tietz und Wollank

die in Arensdorf ermordeten Reichsbannerleute, auf dem Waldfriedhof in Erkner bei Berlin wurde am 19. August unter großer Beteiligung enthüllt.

100 Kilometer Feuerfront

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat sich der Riesenwaldbrand im Gebiet des Baikal-Sees in Ostsibirien zu einer Feuerfront von 100 Kilometern ausgedehnt. An der Bekämpfung der Flammen beteiligen sich mehrere tausend Einwohner.

Wandernde Häuser

Transportable Häuser gibt es schon seit längerer Zeit. Früher nannte man sie Sommerhäuschen, heute heißen sie Weekendhäuschen. Inzwischen haben wir erlebt, daß auch schwere, massive Häuser mit Hilfe des Rüstzeugs moderner Bau- und Ingenieurtechnik ihre Plätze wechselten. Manchmal hat man sie an ihrem alten Platz eingerissen und an einem anderen Platz in ihrer alten Form mit demselben Material wieder aufgebaut. Manchmal hat man sie auch als Ganzes transportiert. Vielleicht kommen wir noch so weit, daß die Häuser mit den Menschen zusammen wandern gehen, daß jeder sein eigenes zusammenlegbares Haus im Gepäcknetz mitnimmt. Erst in den letzten Wochen wieder hat die Technik ein großes Haus versetzt. Nicht, als ob sie es aufs Versatzamt geschafft hätte, aber das kommt vielleich noch! Sie hat vielmehr ein Glashaus, ein Filmatelier, das zu einem Teil ein Opfer des Feuers geworden war, niedergelegt und an einer anderen Stelle wieder aufgebaut.

Auf den eisernen Trägern und fastigen Konstruktionsteilen, die in Grünwald dem einstigen Glashaus der Orbis-Film-Gesellschaf als Stütze dienten, lastet jetzt die Wucht eines sogenannten Dunkelateliers, das die Emelka auf ihrem Gelände in Geiselgasteig errichtet hat. Man ist im Film seit einiger Zeit davon abgekommen, sich bei Aufnahmen im Atelier des Sonnenlichtes wie bisher zu bedienen. Die fortschreitenden Verfeinerungen in der Handhabung und Anwendung des Kunstlichtapparates haben schönere und natürlichere Wirkungen ergeben als das pralle und dichte Licht der Sonne. Und darum verwendete man für das neue Atelier der Emelka in München, das in einer Breite von 20 Metern und in einer Länge von 40 Metern neben dem alten Atelier in Geiselgasteig errichtet wurde, nur massives Material. Die eine Seite des stattlichen Gebäudes weist überhaupt keine Fenster auf, die andere Seite, die zu den zahlreichen Verwaltungsräumen, den Garderoben-, Maschinen- und Materialräumen führt, gleicht mit ihren gestreckten, schmalen Fenstern ebenfalls nicht mehr dem Anblick, den ein Glasatelier bietet. Durch eine riesige Schiebetür kann sofort eine Verbindung des alten Ateliers mit dem neuen hergestellt werden, so daß dem Regisseur für große Filme nunmehr ein Arbeitsfeld von 70 Meter Tiefe zur Verfügung steht. Welches Ausmaß an Leistungsfähigkeit erzielt werden kann, geht daraus hervor, daß die Lichtanlage künftig 4000 Ampère Gleichstrom liefert.

„Der Steckbrief im Reisekoffer"

Unter dieser Anschrift brachten wir am 9. August in der Beilage „Aus aller Welt" einen Artikel, welcher sich mit der Trinkgeldfrage im Hotelgewerbe beschäftigt. Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten erhalten wir hierzu folgende Ausführungen:

Die Behauptung in dem Artikel vom 9. August daß sich die Hotelangestellten durch Geheimzeichen auf den Koffern und auf den Schuhsohlen des Gastes über die Bewertung desselben wegen des Trinkgeldgebens verständigen können, dürfte jeden Kennern des Hotelgewerbes als unmöglich erscheinen. Wie denkt man sich die Anbringung von Geheimzeichen auf den Koffern? Der Hoteldiener, der die Gepäckbeförderung besorgt, würde das Trinkgeld erst kurz vor Abgang des Zuges erhalten, nachdem für den Gast alles prompt erledigt ist. Glaubt man wirklich, daß der Hoteldiener, nachdem er die Koffer bereits der Gepäckabfertigungsstelle, oder wenn es sich um Handgepäck handelt, dem Gast übergeben hat, aus Rache, weil er kein oder zu wenig Trinkgeld erhalten hat, auf die Koffer und Gepäckstücke noch Geheimzeichen machen kann?

Der Hoteldiener muß, wenn er die Schuhe der Gäste zum Putzen zusammenträgt, auf die Schuhsohlen die Zimmernummer schreiben. Das hat aber mit Geheimzeichen nichts zu tun, dies geschieht, damit die Schuhe nicht verwechselt werden. Im übrigen dürfte auch das Anbringen von Geheimzeichen auf die Stiefelsohlen nicht zweckmäßig sein, wenn nämlich der Gast tagsüber die Schuhe trägt, wird dann der Hoteldiener, der im nächsten Hotel für den Gast die Stiefel putzt, kaum noch etwas von einem Geheimzeichen sehen können. Es wäre ferner interessant, vom Artikelschreiber zu erfahren, wie ein Kellner, wenn er dem Gast die Suppe serviert, schon wissen soll, wie der Gast bezüglich des Trinkgeldes zu bewerten ist? In dem Artikel fehlte nur noch die Behauptung, daß die Hotelangestellten auch den Anzug und sonstige Kleidungsstücke zinken. Der Inhaber eines Hotels würde es auch nicht einsehen wollen, wenn ein Kellner öfter aus „Versehen" den Gästen die Suppe auf die Kleider gießen würde. Der Betriebsinhaber oder dessen Beauftragter würden keinesfalls solche Methoden von ihren Angestellten dulden.

Für die Hotelangestellten, welche größtenteils freigewerkschaftlich organisiert sind, ist die Entlohnung fast überall tariflich geregelt. Entweder werden sie fest entlohnt, oder wie es in Breslau der Fall ist, es wird ein prozentualer Bedienungszuschlag auf die Zimmerrechnung erhoben. In Städten, wo die Hoteldiener keinen festen Lohn erhalten und wo auch kein Bedienungsaufschlag erhoben wird, erhalten dieselben einen festen Satz für das Stiefelputzen, welcher den Gästen auch besonders in Rechnung gestellt wird. Die Bezahlung der Gepäckbeförderung erfolgt allgemein nach den bahnamtlichen oder den ortsüblichen Dienstmannsgebühren. Jedenfalls ist den Gästen bekannt, daß das frühere Trinkgeldsystem in irgendeiner Form durch tariflich geregelte Entlohnung abgelöst ist. In den meisten in Deutschland bestehenden Tarifverträgen ist die Bestimmung enthalten, daß die Annahme von Trinkgeldern dem Bedienungspersonal bei Androhung der fristlosen Entlassung verboten ist. Es soll damit nicht behauptet werden, daß heute keine Trinkgelder mehr gegeben oder genommen werden. Leider gibt es noch immer Gäste, welche die Unsitte des Trinkgeldgebens nicht lassen, und die Gastwirte dulden trotz der erwähnten tariflichen Strafbestimmung die Trinkgeldannahme, um bei den Lohnverhandlungen das Argument der Trinkgeldeinnahmen ausspielen zu können und dadurch erreichen zu wollen, daß die Löhne des Bedienungspersonals niedrig gehalten werden. Zu solchen krassen Begleiterscheinungen, wie sie in dem Artikel angeführt worden sind, ist es aber in Deutschland (Die Ausführungen unseres Artikelschreibers bezogen sich nicht auf speziell in Deutschland, sondern international gemachte Erfahrungen. D. Red.) noch nicht gekommen. Vom gesamten Bedienungspersonal im Hotel- und Gastwirtsgewerbe wird verlangt, daß es im Verkehr mit den Gästen den erforderlichen Takt und Höflichkeit zeigt. Bedienungskräfte, welchen diese Eigenschaften fehlen, dürften sich im Gewerbe nicht zu lange behaupten können. In diesem Zusammenhange darf auch darauf hingewiesen werden, daß es auch Gäste gibt, welche den Angestellten das Leben schwer machen, indem sie in denselben nur die bedienenden Geister erblicken, an denen sie ihre Launen auslassen wollen. Die Gasthausangestellten verlangen, daß sie gleich so wie die übrige Arbeiterschaft als Menschen, welche durch schwere und verantwortungsvolle Arbeit ihr Brot verdienen müssen, behandelt und geachtet werden. Diese Ausführungen dürften hoffentlich bewiesen haben, daß die Behauptungen in dem Artikel über Zinken und Geheimzeichen usw. ein Märchen sind, welches geeignet ist, das Ansehen der Gasthausangestellten zu schädigen.

Landeshauptmann und Presse

Der Landeshauptmann von Niederschlesien ist der Chef derjenigen schlesischen Verwaltung, die die allergeringsten Beziehungen zur Presse hat. Alle anderen Behörden haben seit langem die im Wesen des demokratischen Staates liegende Bedeutung der Aufnahme und Pflege von engen Verbindungen mit der Oeffentlichkeit eingesehen und sich demgemäß eingestellt. Der Landeshauptmann, der den demokratischen Staat negiert, ihn höchstens als ein unabweisbares Uebel hinnimmt, an dessen Beseitigung er sich als Mitglied des Alldeutschen Verbandes eifrig beteiligt, verneint demgemäß auch die Ersprießlichkeit und Notwendigkeit der Anteilnahme der Oeffentlichkeit an den Arbeiten seiner Verwaltung. Die Formen und Methoden des seltenen Verkehrs mit der Presse, wie sie der Landeshauptmann seit einiger Zeit zu belieben pflegt, können aber nicht mehr mit Stillschweigen hingenommen werden.

Die „Volkswacht" vom 21. Juni hat in einem Leitartikel bereits eine vernichtende Kritik an einer Presseveröffentlichung des Landeshauptmanns über Land- und Bevölkerungsprobleme in Schlesien geübt. Sie hat nachgewiesen, daß von ihm angegebene Zahlen und Daten fast durchweg irrig oder entstellt waren, daß er falsche Behauptungen aufgestellt und Zusammenhänge lückenhaft und tendenziös dargestellt hat. In einem anderen Zusammenhang ist diese Kritik in der „Volkswacht" erweitert worden. Kein einziges Wort dieser Kritiken konnte vom Landeshauptmann widerlegt werden. Ohne mit der Wimper zu zucken, ohne den Versuch einer sachlichen Widerlegung ließ er darauf verweisen, daß es sich bei dem fraglichen Artikel um — — die Wiedergabe von Ausführungen handele, die vor etwa einem Jahre (!) auf einer Tagung von einem volksparteilichen Landtagsabgeordneten gemacht worden seien. Er gab damit zu, Einrichtungen der Provinzialverwaltung dazu mißbraucht zu haben, um ohne Angabe der Quelle und ohne kritische Prüfung zeitlich weit zurückliegende Ausführungen der Oeffentlichkeit als amtliches Material zu unterbreiten, seine Verwaltung unterliegt damit dem Vorwurf bewußter grober Irreführung der öffentlichen Meinung.

Nicht lange danach hat der Landeshauptmann in einer weiteren Pressenotiz zu Ausführungen der „Volkswacht" über die ungleiche Behandlung von Oper und Schauspiel in Breslau Stellung genommen. Er hat zu begründen versucht, weswegen die Provinzialverwaltung zwar die Oper, nicht jedoch das Schauspiel in Breslau finanziell unterstützt. Auch in dieser Auslassung befanden sich zahlreiche Irrtümer, zum Beispiel über die Höhe des von den Vereinigten Theatern beschäftigten Personals, über die Theaterverhältnisse in der Provinz Niederschlesien, über Zuwendungen an diese Theater. Die Kenntnislosigkeit einer Verwaltung, die es fertig bringt, von Irrtümern strotzende Berichte der Presse zu übermitteln, muß Erstaunen erregen. Freilich ist dem Landeshauptmann jedes Mittel recht, um den wahren Grund der Nichtfinanzierung des Breslauer Schauspiels zu verhüllen: nämlich seine tiefe Abneigung gegen ein von dem in der „Volksbühne" organisierten Teil der Breslauer Bevölkerung gestütztes Theater mit freiheitlicher künstlerischer Tendenz. Dabei ist dem Landeshauptmann völlig klar, daß er durch dieses Verhalten die Förderung einer Breslauer Kulturstätte auch durch die Berliner Stellen erschwert. Zuwendungen an ein Theater, das die wegen seiner Bedeutung für die Provinz interessierte Provinzialverwaltung nicht für förderungswürdig hält, sind natürlich von Reich und Staat auch bei größten Anstrengungen nur mit Mühe zu erreichen. Nicht die Aufstellung von Programmen, sondern die Verwaltungspraxis entscheidet über die Bereitwilligkeit zur Hilfe und Arbeit für Schlesien, die im Falle des Breslauer Schauspiels vom Landeshauptmann brüsk verweigert und deren Verweigerung durch offenkundig entstellende Notizen bemäntelt wird.

Nicht minder kritikbedürftig als die bisher erwähnten Veröffentlichungen sind die regelmäßigen amtlichen Mitteilungen über die Sitzungen des Provinzialausschusses. In diesen Sitzungen wird eine Fülle interessanten und wichtigen Stoffs verarbeitet. Die Berichte darüber mißhandeln die deutsche Muttersprache in grauenerregender Weise und sind so langweilig abgefaßt, als ob sie der Zweck verfolgten, der Oeffentlichkeit ihre Lektüre zu verekeln. Aber das ist noch das geringste. In den Fällen, in denen politische Momente in die Beratungen des Provinzialausschusses hereinspielen, unterschlägt der amtliche Bericht der Oeffentlichkeit sorgfältig alle Einzelheiten, die der herrschenden Richtung der Herren v. Thaer und Peucker unbequem werden könnten. So heißt es zum Beispiel von dem Einverständnis des Provinzialausschusses zur Ernennung des Genossen Lüdemann zum Oberpräsidenten, daß sie „mit Stimmenmehrheit" erfolgt sei. Die Mehrheit des Niederschlesischen Provinzialausschusses sucht dadurch abweichend von der Praxis der anderen Provinzialausschüsse die hochpolitische Abstimmung über diese Frage mit einem Schleier des Geheimnisses zu umgeben, natürlich vergeblich, weil dieser doch zerrissen worden ist. Ein solches Verhalten streift schon das Lächerliche. Der Grund dafür ist nicht schwer zu erkennen. Man wollte vermeiden, die Oeffentlichkeit darüber zu unterrichten, daß selbst der volksparteiliche Vertreter den Anspruch der Sozialdemokratie auf diesen Posten als so berechtigt und die erwählte Persönlichkeit als so einwandfrei und geeignet anerkennen mußte, daß er sich nicht gegen ihn entschied, sondern sich der Stimme enthielt — eine Haltung, bemerkenswert für diejenigen Herren vom Zentrum, die sich vergeblich bemühten, aus einer selbstverständlichen Angelegenheit ein Objekt übelsten Schachers zu machen; man wollte ferner wohl nicht an die große Glocke hängen, daß zusammen mit den Mitgliedern der Deutschnationalen im Provinzialausschuß als einziger der Landeshauptmann v. Thaer gegen den zukünftigen Chef seiner Aufsichtsbehörde gestimmt hat. Die schlesische Bevölkerung jedoch hat Anspruch auch auf amtliche Unterrichtung über die Einzelheiten einer solchen Abstimmung.

Denselben Anspruch kann sie aber auch bei anderen politischen Abstimmungen im Provinzialausschuß erheben. So verschweigt der amtliche Bericht völlig die Debatte, die über die Gestaltung der Verfassungsfeiern im Behördenkörper der Provinz geführt wurde. Im vorigen Jahre hatte der Provinzialausschuß mit Stimmenmehrheit die Abhaltung von Verfassungsfeiern ohne Einschränkung beschlossen. In diesem Jahre nahm er durch einen Beschluß der Rechten und des Zentrums die Heil- und Pflegeanstalten aus, obwohl in diesen, selbst wenn man von den zum Teil für die Beteiligung an solchen Feiern nicht in Betracht kommenden Kranken und Pfleglingen absieht, ein Personal bis zu hundert Köpfen beschäftigt wird, denen ein Hinweis auf die Bedeutung dieses Tages gewiß nichts schaden könnte. Man wird die Aenderung der Stellungnahme des Provinzialausschusses begreifen, wenn man sich erinnert, daß in der vorjährigen Sitzung das stellvertretende Zentrumsmitglied Jaschke, in der diesjährigen das ordentliche Mitglied Dr. Peucker beteiligt war, den der verstorbene Genosse Scholich einmal im Provinziallandtag bitter aber nicht übertreibend als Hospitanten der Deutschnationalen bezeichnet hat. Von solchen Debatten schweigt des Sängers Höflichkeit, nämlich der amtliche Bericht des Landeshauptmanns.

Unsere Genossen im Provinzialausschuß werden diese Formen einer falschen und lückenhaften amtlichen Darstellung derjenigen Behörde, für deren Verwaltung sie die Verantwortung mit tragen, nicht mehr durch längeres Schweigen indirekt decken können. Sie werden mit eigenen Veröffentlichungen hervortreten müssen, um zu verhindern, daß amtliche Verschweigungen, Falschdarstellungen und Entstellungen sich propagandistisch auswirken. Keine Aufsichtsbehörde wird die aus einem derartigen unwürdigen amtlichen Verhalten, aus politischer Gewissensnot sich für die Vertreter von 40 Prozent der provinziellen Wähler ergebenden Konsequenzen als Bruch der Schweigepflicht ansehen können. —t.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt

(Hier finden lediglich Mitteilungen Aufnahme, die der Redaktion über das Sekretariat des Unterbezirks Breslau-Land zugehen.)

Klettendorf. SAJ. Heute abend sind alle Burschen und Mädels um 7 Uhr auf dem Sportplatz. Es gilt, recht fleißig für den Spieltag zu proben und die letzten Einteilungen zu treffen.

Um den Panzerkreuzer

Stellungnahme des Bezirks Görlitz

Das Bezirkssekretariat Görlitz hatte zu Sonntag den Bezirksvorstand, die Unterbezirksleiter, die Parteisekretäre, die Vertreter der Parteipresse, die sozialdemokratischen Abgeordneten unseres Wahlkreises und einige Funktionäre, die sich in besonders wichtiger Stellung befinden, nach Görlitz eingeladen, um sie über die Panzerkreuzerangelegenheit zu informieren und ihnen Gelegenheit zur Kritik und Aussprache zu geben. Die Eingeladenen waren bis auf wenige, die ihr Fernbleiben entschuldigt hatten, erschienen. Das einleitende Referat hielt Genosse Buchwitz, der besonders auch auf die Verhandlungen im Parteiausschuß und in der Reichstagsfraktion einging. Seine beifällig aufgenommenen Darlegungen wurden durch kurze Bemerkungen der Genossin Nemitz und des Genossen Taubadel ergänzt.

In der regen Aussprache gab ein Redner seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß der Bezirksvorstand ihnen so rasch Gelegenheit gegeben habe, sich zu informieren und auszusprechen. Besonders erfreulich war die Feststellung einiger Funktionäre, daß eine Erregung über die Haltung unserer Genossen in der Reichsregierung wohl zu verzeichnen und begreiflich sei, daß aber niemand darum der Partei die Treue brechen wolle, im Gegenteil, es seien auch in der vorigen Woche Neuaufnahmen für die Partei zu verzeichnen. Das schaffende Volk erblicke nach wie vor in der Sozialdemokratischen Partei die Vertreterin ihrer Interessen. Es war selbstverständlich, daß die Haltung der sozialdemokratischen Reichsminister in der Aussprache lebhaft kritisiert wurde, aber kein Redner wollte, wie die Görlitzer Volkszeitung berichtet, die Folgerung gezogen wissen, daß sie wegen dieses Einzelfalles jetzt zurücktreten sollen. Es wurden aber Sicherungen gefordert, daß unsere Genossen künftig vor wichtigen Entscheidungen mit den maßgebenden Parteiinstanzen Fühlung nehmen. Redakteur Lüders-Liegnitz forderte auch öftere Konferenzen für die politischen Redakteure unserer Parteipresse, auf denen sie besser als jetzt informiert werden. Nach einem kurzen Schlußwort des Genossen Buchwitz nahm die Konferenz von der Annahme einer besonderen Resolution Abstand. Der Vorsitzende, Genosse Taubadel, stellte aber unter Zustimmung aller Konferenzteilnehmer fest, daß man sich der Resolution anschließe, die der Parteiausschuß und die Reichstagsfraktion angenommen haben.

Dem Tode entronnen

Drei Berghauer, die in den Schatzlarer Kohlenwerken infolge eines Streckenbruchs eingeschlossen wurden, konnten nach ununterbrochenen, stundenlangen Rettungsarbeiten gerettet werden. Sie waren völlig erschöpft, aber unverletzt.

Die Ochsenbaude abgebrannt

Während eines starken Gewitters schlug nachts der Blitz in die Ochsenbaude bei Johannisbad im böhmischen Riesengebirge ein. Die Baude brannte dabei vollkommen nieder. Von dem tschechischen Militär, welches bei dem Bau der Seilschwebebahn Johannisbad—Schwarzer Berg beschäftigt ist, wurde diese Baude auch als Depot verwendet. Der reichliche Bestand an Material, Uniformen und Waffen wurde vernichtet.

Gießmannsdorf, Kreis Bunzlau. Großfeuer. In der Nacht zum Sonntag brannte das dem Gutsbesitzer Bruno Gerlach gehörige, aus drei Gebäuden bestehende Bauerngut nieder. Große Strohvorräte sind mitverbrannt; eine Möbelausstattung der Tochter des Mieters Jackisch, sowie das sonstige Mobiliar und Handwerkszeug wurden ein Raub der Flammen. Der Brand dürfte auf Kurzschluß zurückzuführen sein.

Hoyerswerda. Im Spiel den Tod gefunden. Ein elfjähriger Knabe aus Laubusch war auf eine Birke geklettert, um Aeste abzuschneiden. Er sprang mit dem Messer in der Hand vom Baum, stürzte und stieß sich das Messer in die Brust. Er verstarb kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

Kattowitz. Autounfall. Auf der Chaussee nach Orzesche ereignete sich ein schwerer Autounfall. Zwei Autos stießen auf bisher unerklärliche Weise zusammen. Drei Personen, darunter zwei schwer, wurden verletzt.

Schauspielhaus Operettenbühne Tel. 36300
Heute und täglich 20 Uhr:
Die große
Ausstattungs-Revue „Wissen Sie schon?"
712

Konzerthaus
WAPPENHOF
Heute Dienstag ab 4 Uhr:
Großer heiterer Nachmittag!
mit dem auserlesenen Programm.
Dasia Sisters, sensationeller Luftakt; Tsuda u. Partnerin, japanischer Equilibristik-Akt; Omar u. Sait, die unübertrefflichen Kaskadeure; Fritz Brand, der Unverwüstliche; Bert & James, Reck-Barren-Gymnastik-Akt; Adori & Fium, Exzentriks; Montador, Dressurakt exotischer Vögel; 3 Geschwister Schneider, die Walzerköniginnen; 2 Josettys, equilibristischer Akt auf rollender Kugel; Lauretta-Ott, Humorist und Conférencier.
7145 Eintritt 25 Pf.
Anschließend:
Der beliebte Wappenhofball.
Morgen Mittwoch: 2 Vorstellungen
4 Uhr und 8½ Uhr.
Nach der ersten Vorstellung bei schöner Witterung
Gr. Garten-Konzert, ca. 75 Musiker.

Liebich-Theater
Täglich 8 Uhr
Wegen des sensationellen Erfolges verlängertes Ensemble-Gastspiel des
Berliner Metropoltheaters
mit Arthur Hell
dem besten deutschen Tenorbuffo in
Walter Kollo's größtem Operettenerfolg
Wie einst im Mai
Die Berliner Einstudierung in Breslau.
Donnerstag, 23. Aug. 8 Uhr zum 20jährigen Bühnenjubiläum d. Dirigenten Musikdirektor
Werner Goebel
Preise ab 1 Mk.

Circus Busch Schau-Arena
Tel. 291 35 7141
Heute ringen: Herausforderungskampf im freien Stil
Jirsa (Tschechoslowakei)
Huhtanen (Finnland)
Jirsa, ein Meister in dieser Kampfart, hat Huhtanen herausgefordert, mit ihm im Freistil zu ringen. Jirsa zahlt **200 Mk. Prämie** an Huhtanen, falls es ihm gelingt, Huhtanen innerhalb drei Runden à 7 Minuten regelrecht zu besiegen. Alle Griffe erlaubt!
Ferner ringen: [illegible]
Entscheidung: [illegible]
Vorher: Varieté.
Eintr. 50 Pf. b. 2.00 Mk. Loge

Schles. Philharmonie
Heute Dienstag, 19.30 Uhr
Südpark-Konzert
Dirigent: Behr

Sprechapparate

Schallplatten Neuheiten Serien [illegible]
2–3 Mk.
Wöchentliche Abzahlung
[illegible], [illegible]str. 51

Proletarier!
Beseitigt die Hindernisse der Sprachverschiedenheit! Lernt die Weltsprache **Esperanto**, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird

Hans Struwe
Um die Welt

illustriert
anstatt 2 Mk. nur **1** Mk.

INHALTSVERZEICHNIS
Meine ersten Abenteuer zur See
Von England nach dem Mittelmeer
Erlebnisse in Rußland und England
Durch Portugal und Spanien
Über den Ozean nach der neuen Welt
Als Erntearbeiter in Argentinien
Zu Fuß durch Uruguay nach Brasilien
Bei Kolonisten im brasilianischen Urwald
Von Brasilien in die Heimat
Kreuz und Quer durch die Vereinigten Staaten
Von St. Franzisko über die Kordilleren nach Indien
Abenteuer in Indien und Japan

Volkswachtbuchhandlungen
Modernes Antiquariat
Neue Graupenstraße 5 – Neue Taschenstraße 11 – Flurstraße 4

Garderobenschrank
3türig, mit Wäscheteil, Nußbaum poliert, 95 Mk.
Bettstellen
mit Matratze, 160 Mk.
zu verk. Tischlerei Fürstenstr. 6.

Arbeitsmarkt

Maschinennäherin 824
auch zum Einrichten kann sich melden
Marotzke, Rothsürbenstr. 10

Arbeitslose
Frauen und Mädchen
mit landwirtschaftlichen Arbeiten vertraut, werden sofort gesucht
Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer,
Breslau, Bahnhofstr. 19
Hof rechts. 7016

In der „Volkswacht" haben
Stellen-Angebote
infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolg